DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

120 11. JAHRGANG September '94 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

FAHRRAD

Unzufrieden mit den üblichen Angeboten an Diebstahlversicherungen für Fahrräder, haben einige Leute in Bremen vor vier Jahren die RAD WEG-Versicherung gegründet. Das Prinzip »wird ein Rad geklaut, werfen viele Leute ihr Geld zusammen und kaufen ein neues« wurde vor kurzem zum ersten Mal – da wirklich ein Rad weg war – auf die Probe gestellt. Unser Autor Götz Paschen beleuchtet die Entwicklung dieser selbstverwalteten Fahrradversicherung und stellt KLAUNIX vor, die zweite Gründung einer solchen Solidargemeinschaft auf Seite 4.

ITALIEN oder PARTISANiNNEN-REPUBLIK

Diesen Sommer jährt sich ein Versuch der lokalen Selbstverwaltung in Italien zum 50sten Mal. Während eineinhalb Monaten im faschistischen Italien des Zweiten Weltkriegs existierte die PartisanInnen-Republik von Montefiorino in der traditionell roten Emilia. TeilnehmerInnen einer Studienfahrt des Bielefelder Bildungswerks für Friedensarbeit berichten von »heute noch leuchtenden Augen« ihrer GastgeberInnen auf Seite 10 und 11.

SOZIALPOLITIK

Zukunftswerkstätten haben die Eigenschaft, daß auch Ideen formuliert werden können, deren Umsetzung nicht unbedingt realistisch sein muß. Diese phantasievolle Form des Debattierens wählte die vergangene sozialpolitische Tagung der AG SPAK, um die Frage zu diskutieren, wie denn gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit gerecht finanziert werden kann. Bericht der Tagung und Ideen zum Weiterspinnen stellen wir vor auf Seite 11.

BÄCKEREIEN-TREFFEN

Selbstverwaltet Backen tun einige in diesem Land, doch Kontakte gab's in letzter Zeit fast nur auf persönlicher Ebene. Die frühere Tradition der regelmäßigen Bäckereien-Treffen wurde nun von 6 Bäckerei-Kollektiven wiederbelebt. Die ausgetauschten Erfahrungen um Qualität und Rohstoffe, Lohnmodelle und Entscheidungsfindung sowie Personalfragen sind nachzulesen auf Seite 12.

WOHNUNGSGENOSSENSCHAFTEN

Genossenschaften gelten nach der Rechtsauffassung der Regierungskoalition noch immer als Eigentum zweiter Klasse. Die Mitglieder sind demnach von einer steuerlichen Förderung ausgeschlossen. Der Problemdruck auf dem Wohnungsmarkt sowie einige gegenteilige Rechtsgutachten erhöhen nun die Chance für eine Gleichstellung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus mit sonstigem selbstgenutztem Wohneigentum. Einschätzung zur Anhörung im Bauausschuß des Bundestages ist nachzulesen auf Seite 13.

EDV

In Fortsetzung des CONTRASTE-Schwerpunkts der letzten Nummer zu Mailboxen, ihrer Anwendung und möglichem Mißbrauch liegt nun ein aktueller Bericht von eCE (engagierteComputerExpertInnen) vor. Er befaßt sich mit Mailboxrazzien in Italien und gibt eine Einschätzung zum Stand der Kriminalisierungs- und Überwachungsversuche elektronischer Kommunikation. Seite 14

SOMMERSEMINAR

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie der AG SPAK besteht seit 16 Jahren und traf sich in diesem Jahr in der Bildungsstätte Munzel bei Hannover, um vor allem das Konzept einer »Akademie für kollektives Management« weiter zu entwickeln. Ein Bericht von Peter Streiff auf Seite 12.

DIE KRAFT DER GESTÜTZTEN SELBSTHILFE

Wege aus den Behinderungen

Nur durch Chancen zur Arbeit nach ihren Fähigkeiten läßt sich für viele Behinderte eine anständige Einbindung in die Mitwelt verwirklichen. Der Schwerpunkt macht ihre Lebens- und Arbeitssituation, aber auch Alternativen deutlich.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● »Arbeit hat einen hohen politischen, sozialen und ökonomischen Stellenwert«, so beginnt die Hamburger Erklärung zur Neuorientierung von Ausbildung und Arbeit für behinderte Menschen. Sie wurde im März dieses Jahres auf einer Fachkonferenz zum Thema »Behinderte in der Arbeitswelt« verabschiedet. Weiter heißt es: »Arbeit bedeutet aber auch gesellschaftliche Anerkennung und Integration. Arbeit eröffnet individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, den Weg zu Mitmenschen, zur Teilnahme an Gemeinschaft. Menschen mit Behinderung gehören dazu!«

Auf politischer Ebene wird der Ruf nach einer Integration von Behinderten in die Arbeitswelt immer lauter. In der Wirklichkeit aber hat die Rezession die Schwierigkeiten von Schwerbehinderten auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft. Rund 174.000 Schwerbehinderte sind in West- und Ostdeutschland arbeitslos gemeldet. Ihrer Einstellungspflicht kommen die meisten Unternehmen nicht nach. Unternehmen mit mehr als 16 Arbeitsplätzen müßten auf sechs Prozent der Stellen Schwerbehinderte beschäftigen: Die meisten kaufen sich einfach frei.

Grund hierfür ist nicht zuletzt die unzureichende Ausbildung. Erfahrungen zeigen, daß sich jede Mark für berufliche Rehabilitation als sinnvolle Ausgabe erweist. Laut Bernhard Jagoda, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, haben 85 Prozent der AbsolventInnen von Berufsförderungswerken und 80 Prozent von Berufsbildungswerken spätestens ein Jahr nach Abschluß der Ausbildung eine Stellung gefunden. Die Konsequenz laut Hamburger Erklärung: »Die bestehende Beschäftigungsverpflichtung muß um eine Ausbildungsverpflichtung ergänzt werden.«

Im Schwerpunkt dieser CONTRASTE werden weitere Alternativen für Behinderte deutlich: Nico Schindler fordert ein Anti-Diskriminierungsgesetz und die Entwicklung von selbstverwalteten Projekten als Ersatz für die bestehenden Behindertenwerkstätten. Zwei Lebensläufe von Behinderten veranschaulichen, wie persönliche Widerborstigkeit, Glück, Zusammentreffen mit den richtigen Leuten und die vielfältigen, unzureichenden Unterstützungsstrukturen völlig unterschiedliche Erfahrungen mit sich bringen.

Den Ausblick geben zwei spannende Projekte: Bei der Lebensgemeinschaft Dhrontal werden Behinderte möglichst gleichberechtigt in den Alltag von Leben und Arbeiten integriert. Deutlich wird hier, daß sich nicht alle Ansprüche ungebrochen verwirklichen lassen. Genauso eindrucksvoll ist das Beispiel des Stadthaus-Hotel in Hamburg. Hier gelingt es Behinderten durch Unterstützung, ein Hotel zu führen. Das gibt Mut, nach weiteren unkonventionellen Wegen von, für und mit Behinderten zu suchen. ●

Schwerpunktthema auf den Seiten 5 bis 9.

P 8008 E

GELD NUR ALS TAUSCHMITTEL

Wir alle haben Talent

Alternative Geldmodelle und die Diskussion um das (Un-)Wesen der real existierenden Zahlungsmittel hat bisher schon einige CONTRASTE-Spalten gefüllt. Statt Theorie beleuchten wir diesmal das schweizerische Talent-Experiment und ähnliche Aktivitäten in Deutschland.

Peter Streiff, Red. Heidelberg ● Der letztjährige Wirbel ums Knochengeld ist wohl vor allem den BerlinerInnen noch in naher Erinnerung. Geld sollte mal wirklich als Tauschmittel funktionieren, brachte also keinen Zins, wenn's aufbewahrt wurde, sondern verlor sogar an Wert. Dank einer Umlaufgebühr von einer Mark pro Zwanzig-Knochen-Schein wurde der Geld-Kreislauf in Gang gehalten. Wer also versucht hätte, die »Knochen« zu horten, dem hätte es bald gestunken, immer mehr Gebühren zu bezahlen. Das überaus große Echo in der Öffentlichkeit auch nur an diesem befristeten Versuch zeigte, wie interessant das Thema Geld und vor allem das Kratzen am gott-ähnlichen Image ist. (vgl. auch CONTRASTE Nr. 111)

Das Verhältnis zwischen Kunst und Geld beschäftigt auch die Kölner KünstlerInnengruppe »Projekt Herzgehirn«, die in diesem Frühling mit mehreren Aktionen an die Öffentlichkeit getreten ist. Unter dem Titel »Hefe und Knete« wurde der Widerspruch zwischen dem Kunstbereich »als dem kreativen Potential eines jeden Menschen« und den destruktiven Formen unseres Umgangs mit Geld, speziell dem »systematisch zum Ausbeutungsmechanismus ausgebauten Zinswesen« thematisiert. Anschaulich wurde dies zum Thema Kredit durch die Anhäufung eines Schuldengebirges auf dem Kölner Domplatz vorgeführt, wo neben der monumentalen Kathedrale drei Bankgebäude stehen. Die Straßenperformance bestand in der Anhäufung eines Salzhaufens vor der Kirche für die »Gläubigen« und eines Sandhaufens vor einer Bank für die »Gläubiger«. Die Schuld im religiösen Sinne und Kreditschulden könnten zwar beide abgetragen werden, aber bei Zufügen des natürlichen Materials Wasser erstarrte sowohl »Gutsein« als auch »Guthaben« zur Säule.

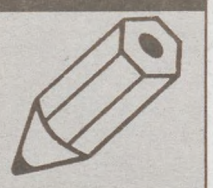
Die KünstlerInnengruppe um den Bildhauer Sol Lyfond plant als weitere Verbindung von Kunst und Geld die Talentskulptur als Teil des Talent-Experiments, das auf der Freigeld-Theorie von Silvio Gesell beruht und in der Schweiz seit einem Jahr erfolgreich läuft. »Die Talentskulptur ist ein Kunstwerk, das erst durch aktive Mitgestaltung von immer mehr Menschen und der Entwicklung ihrer Talente entsteht,« beschreibt Sol Lyfond sein Konzept. Konkret ist dabei jeder Mensch aufgerufen, die eigenen Talente zu erforschen und sie als Dienst anderen anzubieten. Es können auch Waren angeboten werden, die ja immer durch menschliche Talente entstanden sind. Zur Vermittlung der verschiedenen Talente wird ein Verrechnungssystem benötigt, das in Anlehnung an die Währung der altgriechischen Kultur auf der Währungseinheit von einem TALENT beruht.

Organisatorisch wird Wert gelegt auf Regionalgruppen, durch die die angestrebten Tauschnetze am schnellsten mit Leben gefüllt werden können. Daß ein Talentmarkt innerhalb kürzester Zeit Angebote und Nachfragen zusammenbringen kann, zeigt das Talent-Experiment in der Schweiz, das bereits nach dem ersten halben Jahr auf einen Kreis von 180 TeilnehmerInnen mit einem Gesamtumsatz von 50.000 Talenten anwuchs.

Fortsetzung auf Seite 3

INTERN:

Die linke Spalte



Liebe LeserInnen und Leser,

nächsten Monat ist es soweit. Trotz aller Schwierigkeiten, in diesen Zeiten das Thema Selbstverwaltung publizistisch zu verkaufen, haben wir es geschafft: CONTRASTE wird 10 Jahre alt!

Wir nehmen unser Jubiläum zum Anlaß, in einem umfangreichen Schwerpunkt »Was wir wollten – was wir wurden« schon lange bestehende selbstverwaltete Betriebe und Projekte über ihre Erfahrungen berichten zu lassen. Über ihre ursprünglichen Ideen, Ansprüche und Hoffnungen und über das, was mit den Jahren daraus geworden ist.

Hat der kälter werdende Wind des Zeitgeistes ihnen etwas anhaben können? Was haben der Druck des Marktes und der Abbau staatlicher Fördermittel aus den einstigen Idealen gemacht? Gibt es heute noch eine gesellschaftliche Perspektive der Selbstverwaltungsbewegung, oder haben sich die Kollektive eher zurückgezogen vom politischen Parkett und kämpfen nur noch um's Überleben? Wie steht es mit dem Nachwuchs? Gibt es Interessengegensätze zwischen den in Ehren ergrauten GründerInnen und den NewcomerInnen der Nach-Wirtschaftswunder-Generation?

Und nicht zuletzt: Wie geht es den Beteiligten an den gesellschaftspolitischen Alternativen heute, wo ihre AltersgenossInnen entweder dank sicherer Posten in den Institutionen (die einst revolutionär unterwandert werden sollten) auf ihre sozialstaatlich abgesicherte Rente hinarbeiten, oder sich als Yuppies straight nach oben kämpfen? Hat sich der Einsatz des eigenen Lebens für eine bessere Welt subjektiv gelohnt, oder gibt es einen Beigeschmack von vertanen individuellen Chancen? Wie ist es um das Selbstwertgefühl und den politischen Anspruch der SelbstverwalterInnen bestellt, nach all den Jahren?

Statt endgültiger Antworten hoffen wir mit unserer Jubiläumsausgabe im Oktober Ausschnitte aus der Wirklichkeit selbstverwalteten Lebens und Arbeitens zeigen zu können, die eine Bandbreite dessen darstellen, was von uns, von unseren Träumen geblieben ist. ●

Elisabeth Voß

Geburtstagsgeschenke für CONTRASTE erwünscht
... z.B. in Form von Glückwunschanzeigen in unserer Jubiläumsausgabe. Anzeigenschluß ist am 15. September, es gilt unsere Anzeigenpreisliste Nr. 3/1992.

UTOPIE-PROJEKT IN MÜNSTER

Zwischen Science Fiction und Realität

Die 90er Jahre scheinen eine utopielose Zeit zu sein. Angesichts des Zusammenbruchs des »realexistierenden Sozialismus« und der Renaissance des Nationalismus und Faschismus haben sich viele Linke, Ex-Linke, Pseudo-Linke und Alternative resigniert zurückgezogen, um den Verlust ihrer Utopien zu betrauern. Eine öffentlich und breit geführte Diskussion um Utopien scheint nicht in Sicht. Oder doch?

Denn gerade der Zusammenbruch von »Patentrezepten« läßt Platz für ganz neue Diskussionen – Diskussionen, die nicht eine enggefaßte, politische Linie verfolgen. Eine Utopiediskussion der 90er dient nicht der absoluten Wahrheitsfindung, sondern soll frei von festgelegter Engstirnigkeit sein. Wir schlagen vor, die Offenheit von Utopien als neuen Utopie-Begriff zu entwickeln, denn bisher wurde immer den Utopien ihr Determinismus vorgeworfen.

Wir wollen in einer Veranstaltungsreihe und einem abschließenden Kongreß eine breite, öffentliche Diskussion entfachen, in der alles möglich ist und die nicht alle Fragen beantworten muß. Wir wollen die unterschiedlichen Menschen und Lebenseinstellungen zusammenbringen, um gemeinsam zu palavern, experimentieren und phantasieren.

Solche Veranstaltungen brauchen auch nicht immer nur in den Metropolen stattfinden, um einen überregionalen Diskussionszusammenhang herzustellen. Statt metropoler Abgebrühtheit bieten wir Offenheit und Charme. In Münster sind die Köpfe und die Welt noch nicht vernagelt. Also auf in die Provinz, um die kühnsten gesellschaftlichen Entwürfe auszupacken.

Ziel der Veranstaltung ist nicht, fertige Konzepte zu entwickeln. Sind Utopien generell engstirnige »Rezepte« oder sind sie offen und weiterentwickelbar? No future oder happy future oder keins von beiden? Wir sind gespannt auf Eure Ideen...

Verschiedene Leute und Gruppierungen von Westerland/Sylt bis hin in die südlichsten Alpen, aus Österreich, Schweiz und Deutschland haben sich bereits gefunden, um das utopische Spektakel zu organisieren und ihre Entwürfe einzubringen. Wir erwarten, daß es immer mehr werden, wir warten auf DICH! und hoffen, daß alles so großartig und pluralistisch wird, bis uns die Sache über den Kopf wächst. Erfahrungsgemäß beginnt dann erst die Selbstorganisation, das Chaos neuer Utopien.

Konkret haben wir uns folgendes vorgestellt:

Das »Projekt Utopien« soll sich aus fünf Bestandteilen zusammensetzen:
1. Zukunftswerkstätten
2. Teach-Ins
3. einem offenen Studienseminar
4. einer Ausstellung und
5. einem Kongreß zu Ostern 1995

Die Zukunftswerkstätten sollen als Wochenenden 14tägig mit folgenden Schwerpunkten laufen: »Utopien nach '89«, »Anders leben, wie gründe ich eine Kommune«, »Großraumkommune«, »Utopien des neuen Zeitalters: New Age oder was...?«, »Nur Stämme werden überleben«, »bolo bolo: Alles aussteigen!«, »Der sanfte Umsturz: dissidente Subsistenz«, »Provos, Hippies und weiter..?«

Parallel dazu sind einige Teach-Ins mit entsprechenden Themen geplant.

Das Seminar orientiert sich an eine zu den »libertären Tagen« herausgegebene Utopie-Broschüre. Es sollen die modernen, literarischen Utopien untersucht und miteinander verglichen werden. Lassen sich die zahlreichen Gesellschaftsentwürfe seit den sechziger Jahren in zwei, drei grundsätzliche Konzepte zusammenfassen:
1. Extrem dezentral und pluralistisch (»bolo bolo« / »Frau am Abgrund der Zeit«),
2. zentralistisch, räteorientiert (»Planet der Habenichtse«),
3. »grüne« Utopien (»Ökotopia« / »Pazifische Grenze«)?.

D.h. haben die bisherigen Schubladen anarchistisch, sozialistisch, kommunistisch noch Gültigkeit als Utopien? Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars sollen Frauenutopien bzw. antipatriarchale Gesellschaftsentwürfe sein.

Als mehr handgreifliche Ergebnisse sind eine Utopien-Ausstellung und eine erweiterte Neuauflage der Utopien-Broschüre geplant.

Die Auftaktveranstaltung mit Zukunftswerkstatt und Teach-In am 29. und 30.10.94 mit Rolf Schwendter soll einen Überblick geben über das, was zu erwarten ist. Darauf folgen zwei Wochenenden, wo Utopien unter ökologischen Aspekten betrachtet werden. Im Januar 1995 gibt es zwei Werkstätten über spirituell/religiös motivierte Utopien, im Februar zwei Werkstätten über libertäre Utopieprojekte. Weiterhin geplant sind Workshops über europäische Projekte (z.B. Christiania), künstlerische Utopien, Sex und Drogen und Fortschrittsutopien der Naturwissenschaft.

Die Organisation dieses Projektes erfolgt durch das Asta Kulturreferat in Zusammenarbeit mit den Geisteswissenschaftlern Herrmann Cropp (Osnabrück) und Erich Landrooker (Münster).

Über ergänzende Ideen, Bereitschaft zur Hilfe bei der Organisation und ideelle oder finanzielle Unterstützung würden sich die VeranstalterInnen sehr freuen. Weiterhin suchen die VeranstalterInnen noch für die entsprechenden Termine Schlafplätze in Münster. ●

Ein detailliertes Programmheft in dem die einzelnen Themen ausführlich vorgestellt werden, ist gegen Zusendung von 3 DM ab Ende September unter folgender Anschrift erhältlich: »Projekt Utopie«, c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster, Tel. (02 51) 52 11 12.

SEMINAR

Umweltmanagement und Öko-Audit für Schreinereien

andreas küstermann, redaktion handwerk ● Zunehmend werden Qualitätsanforderungen nicht mehr auf Länderebene sondern im Rahmen der Europäischen Union definiert. Lange erarbeitete Qualitätskriterien verlieren so unter Umständen plötzlich ihre Aussagekraft, weil europäisches Recht andere Maßstäbe setzt. Im Bereich ökologischer Produkte und Dienstleistungen erleben manche Branchen die ersten Auswirkungen und versuchen sich, teils zu spät, darauf einzustellen. Nach allgemeiner Einschätzung wird das Öko-Audit künftig das zentrale Instrument des unternehmerischen Umweltmanagements sein. Damit wird es auch kleineren Unternehmen möglich, eine umweltgerechte und gleichzeitig kostensparende Betriebsführung zu entwickeln und so auch innerbetrieblich das umzusetzen, was sie mit ihren Produkten nach außen schon versuchen.

Die EU-Verordnung zum Öko-Audit, die am 29.06.1993 verabschiedet wurde, ist allerdings von ihren ersten Anwendungsformen und AnwenderInnen ein Instrument von und für Großunternehmen. Für kleinund mittelständische Betriebe sowie das Handwerk fehlen bis jetzt geeignete Umsetzungen. Dies erfordert vor allem qualifiziertes Einbeziehen der MitarbeiterInnen. Das angekündigte Seminar für Schreinereien möchte neben ersten generellen Informationen zum Thema Handwerksbetrieben und ihren MitarbeiterInnen erste Hilfestellungen bei der Anwendung dieses neuen Instruments geben.

Eckpunkte des Öko-Audit Systems sind:
- Aufbau und Umsetzung eines Umweltschutzinstrumentariums durch eigene Definition der betrieblichen Umweltpolitik,
- Ermittlung und Bewertung der Umweltwirkung des Betriebes,
- Erstellung einer Dokumentation,
- Einrichtung eines Systems zur regelmäßigen Umweltbetriebsprüfung als Innerbetriebliches Steuerungsinstrument.

Die Vorteile eines solchen Verfahrens für Betriebe sind eindeutig:
- Das Öko-Audit System bietet Hilfe bei der Umsetzung konkreter Umweltziele des Unternehmens.
- Es bietet Rechtssicherheit bezogen auf die Einhaltung von Umweltschutzbestimmungen.
- Es bietet im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens eine solide Datengrundlage.

Leitung: Herbert Klemisch;Klaus Novy Institut/EcoRegio, Köln Michael Schlickwei, netz
Zeit : 05.11.94; 10 - 18 h,
Seminarraum im Union Gewerbehof,
Huckarderstr. 12, 44147 Dortmund
Anmeldung:
netz, Börnestr. 10, 40211 Düsseldorf, Tel. (02 11) 164 95 83

FRAUENKONGRESS

Demokratie und Differenz

Die Frauenanstiftung e.V., organisiert in Kooperation mit Regenbogen e.V. und dem Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung e.V. vom 14. bis 16. Oktober in Berlin einen Frauenkongreß mit dem Thema »Demokratie und Differenz«.

Die Frauenanstiftung existiert seit 1988 und ist eine parteinahe Bildungseinrichtung des grünnahen, alternativen Spektrums. Der Name »Frauen Anstiftung« ist Programm: Frauen stiften Frauen an, sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen einzumischen und eigene politische Ideen zu verwirklichen. Jedes Jahr organisiert die Frauenanstiftung Kongresse, Tagungen und andere Bildungsveranstaltungen im In- und Ausland. Um den diesjährigen Kongreß »Demokratie und Differenz« zu organisieren, treffen sich deutsche und nicht-deutsche Frauen aus den alten und neuen Bundesländern seit einem Jahr.

Mit diesem Kongreß möchten sie politische Verständigungsprozesse und Bündnisse zwischen unterschiedlichen Frauen anregen. Im Zentrum des Kongresses stehen daher Konzepte von Differenz, Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und ein neues Verständnis von Feminismus. Die Debatte »Demokratie und Differenz« hat vor allem im angloamerikanischen Raum eine längere Tradition. Deswegen sind Vertreterinnen der politischen Philosophie wie u.a. die Professorin Nancy Fraser sowie Forscherinnen aus Minderheitengruppen wie Dr. Lisa Albrecht und Dr. Rose Brewer von African-American Studies aus USA als Referentinnen eingeladen.

Die Diskussion um produktive Formen des Umgangs mit Differenzen und Demokratie steht in der Bundesrepublik noch am Anfang. Mit dem Kongreß »Demokratie und Differenz« möchte die Frauenanstiftung diese Diskussion erweitern und einem größeren Kreis von politisch engagierten Frauen darüber eine Auseinandersetzung ermöglichen.

Am 14. und 15. Oktober werden Referentinnen aus USA, England und Deutschland ihre Vorträge halten. Am 16. Oktober werden vier Foren gebildet, und hier haben Frauen die Möglichkeit, nach einer kurzen Einleitung in einer kleineren Gruppe miteinander intensiver zu diskutieren.

Etwa 300 Frauen werden zum Kongreß erwartet. Aufgrund der begrenzten Teilnehmerinnenzahl ist die Anmeldung bis zum 15.9.1994 wichtig. Die Teilnahme kostet 100 DM bzw. 50 DM für Geringverdienende.
Anmeldung und Information:
Helga Braun, Frauenanstiftung e.V., Projekt Politische Selbsterfahrung, Grindelallee 43, 20146 Hamburg, Tel./Fax 040/457139 oder
Döhrte Jung, Büro für frauenpolitische Forschung & Beratung e.V., Hamburger Allee 96, 60486 Frankfurt, Tel. 069/709916, Fax 703671

BESTELLCOUPON: BUNTE SEITEN 1994/95

Im Oktober dieses Jahres ist es wieder soweit! Die BUNTEN SEITEN – der Adreßführer durch die Selbstverwaltungsszene – erscheinen im neuen Gewand. Neu überarbeitet und inhaltlich stark erweitert werden die BUNTEN SEITEN im Buchformat (230 x 297mm) das Licht der Welt erblicken. Die BUNTEN SEITEN sollen einen Handbuch-Charakter erhalten. Für den Benutzer und die Benutzerin ergibt sich daraus der klare Vorteil, statt mühselig nach einzelnen Anschriften aus den unterschiedlichsten Bereichen zu suchen, diese kompakt in den BUNTEN SEITEN (incl. Auflistung nach Postleitzahl, Register Ort-PLZ, Branchenregister, Landkarte mit Leitpostzahlen, sowie Namensregister der vertretenen Projekte) auch zu finden.
Die Produktion der BUNTEN SEITEN hat seinen Preis: 30 DM. CONTRASTE-AbonnentInnen können dieses Handbuch für den Preis von 20 DM mit nachfolgenden Coupon jetzt bestellen.

JETZT BESTELLEN: Ich/Wir bestelle/n die BUNTEN SEITEN 1994/95 zum Bezugspreis von 20,– DM (incl. Versand)

Ich bin CONTRASTE-AbonnentIn

Name:

Ort, Straße:

Abonummer:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß der Bezugspreis für die BUNTEN SEITEN 1994/95 von meinem Konto abgebucht wird.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— Ich habe den Betrag bar beigelegt

— Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Schnipsel für AbonenntInnen

VIDEOFILM FÜR FUSSGÄNGER

»Autoschreck« – ein Film

Michael Hartmann begann mit dem Autoüberklettern bei Autos, die auf den Bürgersteigen parkten, machte zu Hauptverkehrszeiten Butterbrotpause mitten auf vierspurigen Straßen und ging auch lieber auf der Straße als auf dem Bürgersteig durch die Stadt.

Dann folgten die ersten Carwalking-Seminare für AnfängerInnen, wie man ohne Sachschaden ein Auto überquert und weitere Ideen.

In drei Jahren harter Arbeit haben er und der Filmemacher Roland Schraut nun den 35mm-Kurzfilm »Autoschreck« fertiggestellt. Die Aufnahmen wurden teilweise geheim gemacht. Einige Male wurde der Kameramann von Autofahrern und Passanten geschlagen, oder sie rissen ihm die Kamera aus der Hand.

Michael Hartmanns Aktivitäten sind nicht unumstritten, dafür aber sicherlich verglichen mit der Gewalt, mit der der Autoverkehr sich vielerorts offenbart, eine friedfertige Antwort.

Der 15-minütige Film wird zur Zeit als Video (VHS) vervielfältigt. Dabei ist der Preis von der Auflagenhöhe abhängig (30 bis 50 Mark).

Der 35mm-Film kann als Kopie für Veranstaltungen ausgeliehen werden.

Bestellungen des Videos (bitte umgehend) und Anfragen an:
Roland Schraut, Film-TV-Produktion, Pilatusstr. 9, 81825 München, Tel. 089/42 82 66
oder an
Michael Hartmann, Hohenzollernstr. 56, 80801 München, Tel. 089/33 57 12.

pas

SCHWEIZ: DAS TALENT-EXPERIMENT

Vom Machtmittel zum Tauschmittel

Als jenseits von Kapitalismus und Kommunismus wird der Dritte Weg v.a. von den eigenen AnhängerInnen gepriesen. Was dran ist am Tauschgeld und an Zinsverzicht, kann hiermit mal nicht theoretisch sondern anhand des praktischen Beispiels namens Talent-Experiment aus der Schweiz überprüft werden.

Thomas Estermann, INWO Schweiz ● Unter dem Namen »Talent-Experiment von Aarau« wurde von Mitgliedern der INWO Schweiz und weiteren Interessierten im Frühjahr 1993 ein alternatives Tauschmittel geschaffen. Dabei werden von den InitiantInnen zwei unterschiedliche Ziel verfolgt:

Talent soll für all jene nützlich sein, die zusehends mehr Mühe haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, weil ihnen aus wirtschaftlichen, kulturellen oder anderen Gründen der Zugang zum Tauschmittel Geld immer mehr verwehrt wird.

Talent soll als Sammelbecken für Leute dienen, die von der Notwendigkeit einer Geldreform überzeugt sind und die anhand theoretischer Analysen und praktischer Reformvorschläge die Öffentlichkeit für diese Anliegen sensibilisieren wollen.

Gläubiger und Gläubige und ihre Schuld(en) auf dem Kölner Domplatz Foto: Sol Lyfond

WAS IST EIN TALENT?

Talent ist die Maßeinheit für die eingebrachten Talente jeder Teilnehmerin und jedes Teilnehmers. Es hat nichts mit Geld zu tun, erfüllt aber eine wichtige Funktion des Geldes: Es ist ein leicht verfügbares, zinsfreies, umlaufgesichertes und auf regionale Märkte beschränktes Tauschmittel. Talent hilft, den Geldmangel zu überwinden, führt Arbeit und Arbeitende zusammen und hilft den Erwerbslosen, die mitmachen, die Erwerbslosigkeit Schritt für Schritt aus eigener Kraft abzubauen.

Technisch gesehen ist Talent bloß eine Verrechnungseinheit. Es ist nichts anderes als eine simple Buchung auf einem Talent-Konto eines Tauschkreisbenützers.

WIE ENTSTEHEN TALENTE?

Talente entstehen dadurch, daß ein Mitglied einem anderen Mitglied irgend etwas »verkauft«; z.B. eine Nachhilfestunde in Französisch, ein Fahrrad, das nicht mehr gebraucht wird, selber produziertes und biologisch angebautes Gemüse etc. Sagen wir einmal, zwei Personen A und B entschließen sich, am Tauschkreis teilzunehmen. Ihre beiden Talent-Konten stehen auf Null. Sie haben also noch keine Talente, wohl aber Talente. Angenommen A sei eine gute Pianistin und B möchte Klavier spielen lernen. Nehmen wir weiter an, sie vereinbaren einen Preis von 30 Talent(Tt) pro Unterrichtsstunde. Nun muß also B nach der ersten Unterrichtsstunde 30 Tt an A überweisen. Erinnern wir uns aber: Beide Konten stehen zu Beginn auf Null. Die Talent-Buchhaltung funktioniert nun so, daß B trotzdem 30 Tt an A überweisen kann. Ihr Konto steht auf minus 30 Tt, dasjenige der Pianistin auf plus 30 Tt. Die Pianistin, die nun schon Arbeit geleistet hat, kann damit beispielsweise in einem Bioladen Gemüse »einkaufen«, sofern die Bioladenbesitzerin sich ebenfalls am Talent-Markt beteiligt.

Sie fragen sich jetzt vielleicht, was mit den minus 30 Tt von B geschieht. Zuerst einmal: Auf den Talent-Schulden von B läuft kein Zins. Insofern eilt es nicht, den Betrag sofort wieder ausgleichen zu müssen. Im Gegenteil: B kann weiterhin den Klavierunterricht besuchen. Irgendeinmal aber wird sich B überlegen müssen, welche ihrer Fähigkeiten sie im Talent-Markt anbieten will. Denn würde ihre Talent-Schuld 700 Tt übersteigen, könnte sie keine Talente mehr ausgeben. So wollen es die Spielregeln. Geben und Nehmen müssen in einem Tauschkreis auf die Dauer ausgeglichen werden. Negative Talent-Saldi bedeuten, daß man wieder an der Reihe ist, selber etwas anzubieten. Positive Saldi bedeuten, daß man bereits seine Fähigkeiten eingebracht hat und nun selber an der Reihe ist, von den Fähigkeiten anderer zu profitieren.

AUSSCHLUSSFAKTOR GELD

Bald zweihunderttausend Erwerbslose in der Schweiz, ein steigender Anteil von Menschen, die unter der Armutsgrenze leben müssen, bedenkliche Anzeichen dafür, daß die vielbeschworene Zweidrittelgesellschaft Wahrheit werden wird. All das zeigt auf, daß immer mehr Menschen der Zugriff aufs Tauschmittel Geld verwehrt ist. Nicht, daß das Geld als solches knapp wäre: Geld ist reichlicher vorhanden denn je, so sind z.B. in der BRD die Geldvermögen zwischen 1950 und 1990 um das 82fache von 59 Milliarden auf 4825 Milliarden angewachsen. (1)

Und die Geldvermögen nehmen weiter zu. Aber der Zugriff auf das Tauschmittel Geld ist heute für viele Menschen in den Industrienationen sehr eingeschränkt und unsicher geworden. Geld wird dann immer stärker zu einem Ausschlußfaktor in den modernen Gesellschaften. Dabei ist heute die Abhängigkeit vom Geld in den hochindustrialisierten Ländern um vieles schärfer als in irgendeiner Zeitepoche zuvor. Der Selbstversorgungsgrad der urbanen Menschen in den modernen Gesellschaften ist gegen Null gefallen. Die Sippenbande sind so weit gelockert, daß es für die meisten Menschen keine Fluchtmöglichkeiten zurück zu den Eltern, einem Onkel oder fernen Verwandten aufs Land mehr gibt. Geld wird zum alles bestimmenden Faktor darüber, ob ein Mensch an den Austauschprozessen der Gesellschaft, in der er lebt, teilnehmen kann oder nicht.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Geldes läßt sich unter anderem daran ablesen, daß sich im Lauf der letzten Jahrzehnte das Verhältnis von Geldvermögen zu Sachvermögen (Immobilien, Boden und produktive Anlagen) stark zugunsten der Geldvermögen verlagert hat. So machten in der BRD die Geldvermögen 1990 bereits knapp 70% der Sachvermögen aus, während es 1970 erst gut 50% und 1950 gar nur rund 30% waren. (2) Neues Geld entsteht ja dadurch, daß Sachvermögen monetarisiert werden: Ein Stück Land, ein Haus, das jemand von seinen Vorfahren geerbt hat, kann plötzlich als Sicherheit für einen Bankkredit dienen. Jeder Quadratmeter Land ist belehnt, jedes Gebäude durch Schulden beschwert. Durch solche Prozesse werden letztlich immer neue Gelder geschaffen, die dann zur Ausweitung der Geldvermögen (und der Schulden!) führen.

TALENT ALS MITTEL GEGEN ERWERBSLOSIGKEIT

Das Talent-Experiment geht der Erwerbslosigkeit an die Wurzeln. Arbeit ist ja vorhanden und auch Menschen, die diese Arbeit verrichten möchten. Was fehlt, ist das liebe Geld, um die Arbeit zu bezahlen. Geld hat in der Wirtschaft viele verschiedene Funktionen. Die erste und wichtigste ist die des Tauschmittels zum Austausch von Waren und Dienstleistungen. Über die Gründe, wieso Geld zwar reichlich vorhanden ist, in seiner Tauschmittelfunktion aber versagt, läßt sich streiten. Den Erwerbslosen in Bern und Dresden, Güstrow und Bonn nützt das Geld, das in Südostasien oder anderswo den Megaprofiten nachjagt, wenig. Talent trägt dieser Tatsache Rechnung. Seine Botschaft an die Betroffenen ist simpel und erstaunlich zugleich: Schließt euch zu einem großen lokalen Markt zusammen und macht euer eigenes Tauschmittel gleich selbst. Wartet nicht, bis jemand kommt und jedem eine Arbeit gibt, sondern nützt Eure Talente, nehmt am Tauschkreis teil und erschafft euch euer eigenes Zahlungsmittel. Talent richtet sich sowohl an das Kollektiv aller Betroffenen als auch an das Individuum selbst. Alle zusammen müssen eine Abmachung treffen, was sie gegenseitig als Zahlungsmittel akzeptieren wollen und wie die wirtschaftlichen Leistungen verrechnet werden sollen. In unserem Fall ist das Zahlungsmittel das Talent, und jede einzelne Transaktion wird in einer zentralen Talent-Buchhaltung verrechnet.

Neben Menschen aus verschiedenen beruflichen Richtungen beteiligen sich viele Ganz- oder Teilerwerbslose. Vor allem viele Frauen setzen ihre Fähigkeiten in Talent um. Über zwanzig Unternehmen bieten schon heute ihre Erzeugnisse und Dienstleistungen für Talent an. Angebote und Nachfragen werden in einer eigenen Zeitschrift, dem Talent-Markt, publiziert. Talent entwickelt sich zu einem Forum für Innovation und Ideenvielfalt.

Arbeitslosigkeit ist gleichbedeutend mit Ausschluß. Die eigenen Fähigkeiten und Erfahrungen sind plötzlich nicht mehr gefragt. Talent fördert die Mikroökonomie. Arbeitslose können im Talent-System ihre Fähigkeiten und Ideen wieder einbringen. Die Betroffenen bleiben vielfältig vernetzt. Es entstehen tragende, informelle Kontakte. In den Regionen entsteht eine vielfältige Talent-Kultur. Die Kirschen im Vorgarten werden wieder geerntet und kommen unter die Leute. Jeder Mann und jede Frau, die sich beteiligen, werden sofort zum selbständigen Unternehmer, zur selbständigen Unternehmerin. Da sich auch bereits etablierte Unternehmen am Experiment beteiligen, wird der Graben zwischen denen, die eine Anstellung haben, und denen die ausgeschlossen sind, überwindbar. Auf diese Weise kann die einschneidende Erfahrung, erwerbslos zu sein, gemildert und die Belastung verringert oder ganz überwunden werden.

In der Zukunft, wenn Talent vom Stadium des Experiments in die Betriebsphase übergeleitet wird, wird auch die zinslose Vergabe von Talent-Krediten möglich sein. Neue Kleinunternehmen können Fuß fassen. Talent wird zum Merkmal jener, die sich zusammenschließen und das Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

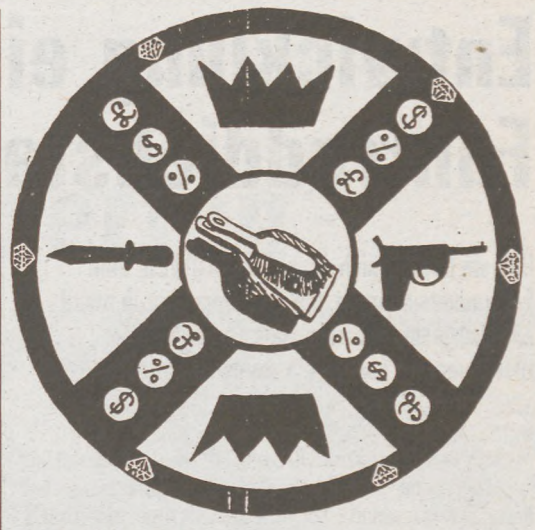


Illustration: Andrea Friedli

TALENT UND GELDREFORM

Talent will den Anstoß zu einer breiten Diskussion um die Möglichkeiten und Chancen einer umfassenden Neuorientierung im Geldwesen geben. Wir verstehen uns als Menschen, die einen sanften Übergang von der spätkapitalistischen zur nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung suchen. Der realexistierende Sozialismus und seine Planwirtschaft haben abgedankt. Sie haben sich als evolutionäre Sackgassen erwiesen. Wir sind davon überzeugt, daß der Geldkapitalismus mit seinen exponentiellen Wachstumsfaktoren und seinen polarisierenden Kräften nur ein Zwischenstadium darstellt, das überwunden werden muß, wenn das System sich nicht selbst zerstören soll.

Das Talent-Experiment ist demnach eine Bewegung, die zum Ziel hat, die Fehler der monetären Grundlagen unserer Gesellschaft aufzudecken. Modelle für eine grundlegende Erneuerung unseres Geldwesens zu entwickeln und darin praktische Erfahrungen zu sammeln. ●

Aktion 'Saubere Kohle'; Geldwaschen mal sichtbar Foto: Sol Lyfond

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Trotz der Wichtigkeit des lokalen Bezugs soll die effektive Verrechnung der Talente über die zentrale Buchhaltung in Aarau laufen, dies vor allem um sich nicht unnötige Schwierigkeiten mit der deutschen Bundesbank einzuhandeln (von denen z.B. die Knochengeld-Drucker erzählen können). Eine Anfrage der BetreiberInnen des Talent-Experiments bei der schweizerischen Nationalbank ergab die einigermassen verblüffende Antwort, daß es von der juristischen Seite keine Einwände gebe und »solange kein erheblicher Einfluß z.B. auf die Inflation« festzustellen sei, werde nichts gegen das Experiment unternommen. Wichtiger Unterschied des Talent-Experiments zu anderen, nicht gerade rühmlichen schweizerischen Geldgeschäften ist der Grundsatz der Transparenz, d.h. daß jederzeit der Kontostand an Talenten aller TeilnehmerInnen abgefragt werden kann – vereinfacht in der Handhabung seit kurzem durch Zugriff mit Modems. Zum Hintergrund des Talent-Experiments: vergleiche nebenstehenden Artikel. ●

KONTAKT & LITERATUR

TALENT-Experiment, Postfach, CH-5001 Aarau,
Tel. 0041-64/22 84 86, Fax. 0041-64/24 17 30.

INWO D (Intern. Vereinigung für natürliche Wirtschaftsordnung), Max Bockstr. 55, 60230 Frankfurt.

Projekt Herzgehirn, Sol Lyfond, Neusserstr. 569,
50737 Köln, Tel. 0221/740 70 44.

Broschüren (Vertrieb INWO D):
Alternative Geldmodelle, Beitrag u.a. von Th. Estermann: geldtheoretische Überlegungen zum Talent-Experiment, Herbst 93, DM 8, 70 S.
Schuldfreies Tauschgeld Talent – Entwurf einer grundlegenden Geldreform, Th. Estermann, Juli 94.

(1) **Creutz, Helmut:** Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft. Wirtschaftsverlag Langen Müller Herbig, München 1993, S. 223.
(2) Ebenda, S. 220

4 JAHRE RAD WEG

Entwicklung einer selbstverwalteten Fahrraddiebstahlversicherung

Und sie bewegt sich doch: Die RADWEG, eine Fahrradversicherung, die nach dem Prinzip »wird ein Rad geklaut, werfen viele Leute ihr Geld zusammen und kaufen ein neues« funktioniert.

Julia Drever, Redaktion Bremen ● Die Bewegung beginnt jetzt, da tatsächlich nach vier Jahren das erste Rad geklaut worden ist. Und dazu noch ein richtig teures (das zweite verschwand kurz nach Zusendung dieses Artikels, Anm. d. Red.). Und ob sie wirklich funktioniert, wird sich jetzt herausstellen. Eigentlich sieht aber alles danach aus.

JAHRESTREFFEN SEHR GUT BESUCHT

Bewegung ist nämlich auch in die Leute gekommen. 3/4 der Radwechs waren zum Jahrestreffen in Münster aus allen Landesteilen angereist. Welcher Verein schafft das sonst? Und die Anwesenden haben auch ohne Zähneknirschen für Kiras neues Rad gezahlt. Dazu hat die Stagnation in der Mitgliederliste ein Ende. Seit Anfang des Jahres sind zu den zwanzig »alten« sieben »neue« Radwechs gekommen. Die mühevolle Anfangsphase ist also gelaufen und die RADWEG rollt einer funktionierenden Zukunft entgegen. Nett war's, das Jahrestreffen, sehr konstruktiv und mit viel Konsens.

Aus der RAD WEG-Gründerzeit in Hamm – vier Jahre aktiv bei der Sache: Harald Schmidt, Götz Paschen und Julia Drever Foto: Jörg Bittner

NEUE IDEEN – GUTE AUSSICHTEN

Innerhalb der RADWEG haben wir die Dachgeber-Idee vom ADFC übernommen, das heißt: Jede(r) Radwech läßt jede(n) Radwech auf Reisen bei sich übernachten.

Positive Resonanz fand die Nachricht über die Gründung der KLAUNIX, einer RADWEG-Schwester in Bremen. Jetzt ist es möglich, das Rad zur einen Hälfte bei der RADWEG und zur anderen Hälfte bei der KLAUNIX zu versichern. Das bietet bei teuren Rädern eine vollständige Absicherung, die die RADWEG mit 27 Mitgliedern alleine noch nicht schafft (bis jetzt geht die Versicherungssumme bis 1.080 DM).

PARTY UND PROFESSIONALITÄT

Zum Schluß gab's natürlich eine Party und einige Räder wurden neu geschätzt und in die Kartei aufgenommen. Die Professionalität der RADWEG zeigte sich auch gleich daran, daß die neu rotierte Verwaltungsfrau aus Hamm ihren Verwaltungsordner sofort am Tagungsort liegen ließ.

Wen die RADWEG interessiert, die/der melde sich bei den Regionalkontaktstellen. ●

KLAUNIX ALS ZWEITE FAHRRAD-DIEBSTAHLVERSICHERUNG

Sattelbrennen als Gründungsritus

Zwei RADWEG-Vorträge, einige Vortreffen mit Konzeptabsprachen und teils wechselnder Besetzung und massives Interesse am Diebstahlschutz von hochwertigen Alltagsrädern ergeben die günstigen Bedingungen für die rasche Gründung der KLAUNIX.

Redaktion Bremen ● Die KLAUNIX ist eine zweite Fahrraddiebstahl-Solidargemeinschaft, seit Juni offiziell betriebsbereit, die ihr Klientel im Raum Bremen und Umgebung hat. Bei der Ausgestaltung der konkreten »Versicherungs«-Abmachungen und dem Start der Gruppe herrschten im Gegensatz zur RADWEG-Gründung Pragmatismus und Zielorientierung vor. Das Durchschnittsrad der Gruppe kostet locker 1.250 Mark und mehr. 70 Mark als Vorschuß pro Person sollen möglichst schnell zu möglichst hoher Versicherungsleistung führen (Personenzahl x 70 Mark = Versicherungsobergrenze). Bremen ist für Fahrraddiebe ein beliebtes Pflaster. Die KLAUNIX soll im wesentlichen ihre Funktion erfüllen, ohne den spielerischen Beigeschmack des sozialen Experimentes, den die RADWEG erst im Laufe von vier Jahren verloren hat.

EINE RADTOUR INS GRÜNE

Da die rund 20 GründerInnen sich nicht alle schon vorher gut kannten, wurde beschlossen, die Gründung auf ein gemeinsames Wochenende im Grünen zu verlegen. Eine Radeltour von Bremen zu drei Mitgliedern nach Sottrum (Kreis Rotenburg/Wümme), Palaver, Kulinarisches, das »Sattelbrennen« und natürlich der offizielle Start standen auf dem Programm. Andrea con Minckwitz und Nytia Lindlar berichten ihre Eindrücke von dieser Tour:

Die ersten Klaunixer und Nixen lagerten vorm Lagerhaus (Bremen) von 16 bis 17 Uhr und brannten schon mal vor, bis Friewies Sonnencreme vollständig verteilt war, und die »Reste« eingeradelt kamen. Nach dem Ballastabwurf über Schwachhausen – einige Zelte wech und ab in die pure Natur – ging's ab in die Pampa, mit steigender Laune.

Götz wollten alle mal auf ihrem eigenen Fahrrad sitzen und treten sehen, um sein schönes Liegerad auszuprobieren. Auch sonst wurde getauscht, watt dat Zeuch hielt, vom Wasser über Lakritze bis zur Weltanschauung und mehr. In ungefähr vier Stunden, zwischen: »... wann sind wir endlich daha?« über, »... wann wird gepicknickt?« bis »... Mensch simmer schon da?« ging's von Bremen über Blockland immer an der Wümme entlang nach Sottrum.

SCHLÖSSER, VILLEN UND SCHÄTZE

Dann mit kurzer Pause im Bad durch die hübsche Asbest-Villa – ohne Telefon und Kühlschrank – Ziemlich direkt in die Küche. Nach Aufarbeitung des Mitgebrachten folgte Büffet im Garten – nur wir und die Mükken. Plötzlich gellt ein »... somma ma schätzen?« durch den lauen Sommerabend und reißt uns aus Wein, gemütlichen Einnicken und Schlafsacklust in die harte Realität – wer steht auf und holt die Räder?

Beim Schätzen bewerten immer mindestens drei Leute oder mehr gemeinsam den aktuellen Zeitwert eines Rades, das in die Kartei aufgenommen werden soll. Danach liegt es dann ohne stetige Wertminderung auf diesem Level fest. Durch Nachschätzungen können Um- und Anbauten mitberücksichtigt und das ganze Rad neu taxiert werden. Fachsimpelei über Ausrüstung und Technik, Wertbemessung und die Darstellung ideeller Werte zum Beispiel bei Oldtimer-Modellen und natürlich eine gesunde Portion freche Bemerkungen und Spaß sind der Rahmen, in dem hier die Grundlagen zur Radkartei gelegt werden:

Ralph Lindlar von der KLAUNIX Bremen brennt den Sätteln mit Schlagbuchstaben, die im Lagerfeuer erhitzt wurden, die KLAUNIX-Nummern als Diebstahlsicherung und zur Re-Identifizierung auf dem Bremer Trödelmarkt ein, wo öfter geklaute Ledersättel verkauft werden Foto: Götz Paschen

AUF DEM LAUFSTEG – UNTER DEM BRANDEISEN

Jonas, trotz schwerer Verletzungen durch vorhergehende Volleyballspiele noch aktiv, stellt sich flugs als Vorführmodell zur Verfügung. Präsentativ schob er die ersten paar Räder über den Laufsteg. Die sich lümmelnde Jury schätzte den Wert der Räder gutgelaunt und angemessen großzügig. Einbrechende Dunkelheit und damit verbundene Schwierigkeiten, Rostbeulen und TÜV-Plaketten zu entziffern, beendeten das Unternehmen und man schritt zum Sattelbrennen.

Tapfer schleppten sich die müden Klauboys weg von abgezäumten Rädern, die leise wiehernd einschliefen, zum Lagerfeuer der NachbarInnen. Von stillosen Versuchen mit Schlagbuchstaben und Gasherd nahm man Abstand (schade, Mikrowelle gab's nich) und fand nach vielen Mühen die Lösung: Die Buchstaben wurden auf einem Backblech (wie im Western) erhitzt. Mit Zangen hantierten die Brenner so lange, bis alle Sättel ein KN & laufende Nummer eingebrannt oder – geschmort hatten. Erschlagen schlugen wir alsdann das Nachtlager auf.

BEKANNTSCHAFT SCHAFFT VERTRAUEN

Sicherlich wird es Leute geben, die diesen Aufwand für gemeinsames Kennenlernen und Gruppengründung übertrieben finden. Allerdings spielen in dieser »Versicherungs«-Idee neben der Solidarität vor allem Vertrauen und Mitverantwortung eine große Rolle. Sie sollen Betrug, mangelndes Interesse am Gegenüber – zum Beispiel bei der Verwaltung – und andere Mechanismen vermeiden. Diese führen bei normalen Versicherungen auf der einen Seite zu einer formalen Abwicklungshaltung von »Fällen« und auf der anderen zu einer solchen, möglichst großen Eigennutzen aus der Mitgliedschaft zu ziehen, ohne auf die Gruppe der Versicherten als Ganze Rücksicht zu nehmen. Anonymität zu zerstören und diese formalisierten Geschäftsbeziehungen wieder auf eine persönliche Ebene zu bringen, sollen den Umgang untereinander nachher bei Schriftverkehr, Nachzahlungsaufforderungen und Verwaltungskontakten nicht nur menschlicher gestalten sondern durch die persönliche Bekanntschaft auch unbürokratisch effektivieren. Zum Beispiel so: »Clara ist mit ihrer Nachzahlung immer noch nicht rübergekommen. Du kannst für sie ja das Geld auslegen. Wenn du sie heute im Maiskolben triffst, knöpfst du es ihr direkt ab oder läßt dich nachher von ihr zur Pizza einladen.«

So ergeben sich Möglichkeiten, ohne aufwendiges Mahnen und umfangreiche Briefwechsel Außenstände von verschlafenen Mitgliedern einzutreiben. Es braucht eben alles seine Zeit – nicht zuletzt nach dem abendlichen Gründungsfeuer im schönen Everinghausen. Bis alle am nächsten Morgen aus ihren Zelten und Schlafsäcken gekrochen waren, schien bereits die Sonne hoch über dem Horizont.

DAS ERWACHEN IM GARTEN

Friewie tat den Hahnenschrei so gegen 10.30 Uhr beim Bäcker und kaufte den Brötchenbestand des gesamten Dorfes auf. Dann Frühstück schätzen (hmm ... lecker) und nebenbei die letzten Räder. Die Abfahrtsplanung: Baden oder nicht Baden. Rad oder Bahn, kurze oder lange Strecke – das war hier die Frage! Was'n Glück, daß Michaela zwar'n Tach zu spät, aber dafür mit voller Ausrüstung für einen Radurlaub und einer feinen (!) Melone noch kurz vor der Abfahrt nachgereist kam. Das erleichterte die schwierige Entscheidung. Die »Reporter«, bißchen träger, aber eilich, sind mit der Bahn gefahren – wie war denn die Radtour noch?

Das waren nun zwei Tage aus dem jungen Leben der KLAUNIX. Die Fleißarbeit findet in Rotation und wie überall hinter den Kulissen statt: Mitgliederliste anfertigen und verteilen, herumtelefonieren, Verwaltungsordner komplettieren, Nachhaken, Konten anlegen, Einzahlungen weiterleiten etc.

Wer nun im Raum Bremen an der KLAUNIX interessiert ist, meldet sich einfach dort (Adresse siehe Kasten). Spätestens zum Halbjahrestreffen heißt es dann wieder: Feuer frei zum Sattelbrennen. ●

pas

BUNDESWEITE KONTAKTADRESSEN

Wer Interesse an der Gründung einer eigenen Fahrraddiebstahl-Solidargemeinschaft hat, kann sich mit den Regionalkontakt-Leuten in Verbindung setzen.
Sollte die Gründung nicht auf ausreichend Gegenliebe stoßen, können sich nach dem mißlungenen Versuch – und erst dann – auch diese Leute an die RADWEG wenden und vorerst dort einsteigen, bis sich in ferner Zukunft dann starke Regionalgruppen aus dem Gesamthaufen ausklinken und selbständig arbeiten. Hier also die Adressen:

RADWEG Bundeskontakt & Öffentlichkeitsarbeit
Götz Paschen
Everinghausen 42
27367 Sottrum
Postkarte statt Telefon

KLAUNIX Bremerland
Raphael Lindlar
Rolandstr. 33
28199 Bremen
Tel. (04 21) 50 79 28

RADWEG Regionalkontakt Südliches Niedersachsen
Christian Styrnol
Bergstr.15
49504 Lotte
Tel. (05 41) 12 78 84

RADWEG Regionalkontakt Niedersachsen-Anhalt
Andreas Pacholski
Jasperallee 80
38102 Braunschweig
Tel. (05 31) 33 01 62

RADWECH Regionalkontakt Ruhrgebiet
Matthias Echelmeyer
Hiltroperstr. 366
44805 Bochum
Tel. (02 34) 8 67 64

RADWEG Regionalkontakt Hessisches Hinterland
Beate Flechtker
Kasseler Str.. 116
35091 Cölbe
Tel. (0 64 21) 8 54 74

Lesestoff:
Wer die Idee im Detail kennenlernen möchte, liest am besten die »RADWEG-Broschüre«. 32 Seiten interessanter Text, Bilder und Beispielrechnungen für 7 Mark in Briefmarken oder als Scheck vorab (incl. Porto und Verpackung). Bestellungen an die RADWEG Bundeskontaktadresse (s.o.)

pas

BERICHT AUS DER VERWALTUNGSZENTRALE

Hallo, liebe Radwechs!

Das Leben ist grausam und schrecklich gemein, und ein Radklauer ein Schwein.

Dieses Mal hat er oder sie das Schloß von Ronjas Rad schlüsselfrei geöffnet und sich zwar umweltfreundlich aber niederträchtig aus dem Staub der Berliner Straßen gemacht. Zurück blieb ein Stück Stahlkette und ein weiteres Opfer dieser egoistischen Welt. Aber es gibt ein Leben nach dem Diebstahl – mit der RADWEG.

Wir alle müssen nun mithelfen, den Radlerhimmel über Berlin wieder etwas aufzuhellen. Das Leben stellt uns manchmal vor eine harte Probe, aber so zynisch das auch klingt: erst zwei geklaute Räder in vier Jahren ist ein guter Schnitt.

Weil das beim letzten Rundbrief für manche unklar war, habe ich nun für jeden und jede genau aufgedröselt, mit wie vielen Währungseinheiten Ihr Ronja zu einem neuen Rad verhelfen könnt. Bitte bezahlt schnell, das Konto steht ja auf der Adressenliste.

Hoffentlich erst bis zum Halbjahresrundbrief
Christian Styrnol

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

WEGE AUS...

Selbstverwaltung ermöglichen – Zusammenarbeit mit Nichtbehinderten

Die bisherige gesetzliche Bestimmung zur Integration von Behinderten ins Arbeitsleben haben nichts gebracht. Ein konsequentes Antidiskriminierungsgesetz könnte Abhilfe schaffen.

Reiner Schindler, Redaktion Genossenschaften ● Nach Paragraph 5 des Schwerbehindertengesetz, sind alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber, die über 16 Arbeitsplätze verfügen, verpflichtet, 6% der Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten zu besetzen. Zur Unterstützung dieser Verpflichtung wird im §11 Absatz 1 und 2 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) festgeschrieben: Solange ArbeitgeberInnen die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter nicht beschäftigen, haben sie für jeden unbesetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. In Absatz 2 heißt es weiter, die Ausgleichsabgabe beträgt je Monat und unbesetzten Pflichtplatz 150 DM. Ergebnis: Die meisten mittleren und Großbetriebe kaufen sich durch diese geringe Ausgleichsabgabe lieber frei, bevor sie eineN SchwerbehinderteN einstellen.

Von den Landesarbeitsämtern bekommen Firmen wegen dieser Normverletzung kein Ordnungswidrigkeitsverfahren angehängt. Da auch in Baden-Württemberg die Betriebe und Großkonzerne von Sanktionen verschont bleiben, waren im Durchschnitt der Landesbehörden im Jahre 1986 nur 3,66% der Stellen mit Schwerbehinderten besetzt. In der gewerblichen Wirtschaft waren es nur 4%. Diese Zahlen der besetzten Stellen von Schwerbehinderten machen deutlich, daß Schwächere in unserer Gesellschaft aus dem Produktionsbereich ausgeschlossen bleiben. Neben einem gerechten Ausgleich von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit ist deshalb notwendig, die Erwerbsarbeit massiv umzuverteilen. Für erwerbstätige Menschen mit einer Schädigung sollte zudem die Arbeitszeit über die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigungsverhältnisse hinaus verkürzt werden.

BEHINDERTENGERECHTE ARBEITSPLÄTZE

Nach §14 Absatz 1 sind die ArbeitgeberInnen verpflichtet zu prüfen, ob freie Arbeitsplätze mit Schwerbehinderten besetzt werden können. Dies gilt vorrangig für beim Arbeitsamt gemeldete Schwerbehinderte. Bei dieser Prüfung sollen die ArbeitgeberInnen die Schwerbehindertenvertretung gemäß §25 Abs. 2 beteiligen und die in §23 genannten Vertretungen hören. Die Möglichkeit der Beschäftigung Schwerbehinderter hängt aber vorrangig von der Schaffung geeigneter Arbeitsplätze und Betriebsabläufe ab. Deshalb heißt es im §14 Absatz 3 des SchwbG: Die ArbeitgeberInnen sind dazu verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu regeln, daß wenigstens die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter beschäftigt werden kann. Von diesem Anspruch ist die Realtität weit entfernt. Weshalb ist es nicht möglich, gegen Betriebe Sanktionen zu erwirken, die diesen Paragraphen nicht nachkommen? In den USA zum Beispiel gibt es ein Verordnungsrecht, das die Umsetzung einer solchen Norm durchzusetzen hilft. Nach §13 des SchwbG's kommt hinzu, daß jedem/jeder Hilfebedürftigen eine begleitende Hilfe im Arbeits- und Berufsleben zusteht in enger Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit und der zuständigen Hauptfürsorgestelle. Auch hier befinden sich Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Insofern müßten die Einflußmöglichkeiten der Schwerbehindertenvertretung in den Betrieben erweitert werden.

Wenn einE ArbeitgeberIn den baulichen, technischen und organisatorischen Maßnahmen in seinem Betrieb nicht nachkommt, so ist der Schwerbehindertenvertretung das Recht einzuräumen, gegen den/die ArbeitgeberIn mit einem Widerspruchsrecht vorzugehen. So könnten mehr Rechte für Behinderte erreicht werden. Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften die Rechte von Schwerbehinderten stärker wahrnehmen sollten.

WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE!

Entgegen der Zielsetzung der Werkstätten für Behinderte (WfB) als »Eingliederungseinrichtung in das Arbeitsleben« ist es diesen nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Behinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Ein- und Rückgliederungsquote liegt bundesweit unter 1%. Damit haben die WfB's ihr Ziel in den letzten Jahren verfehlt. Tatsächlich steht das Eingliederungsziel ins Arbeitsleben auch erst an zweiter Stelle: Die WfB's behalten die Behinderten lieber in ihren Werkstätten. Wird aber die Eingliederung in Beruf, Arbeit und Gesellschaft nach dem Schwerbehindertengesetz ernst genommen, so können die WfB's nur als Übergangseinrichtung verstanden werden. Dies erfordert, daß die entsprechenden Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Arbeitnehmerrechte vorhanden sind. Doch in den meisten Werkstätten ist das nicht der Fall.

Im Schwerbehindertengesetz (§54 Absatz 2 SchwbG) wird den Behinderten ein angemessenes Arbeitsentgelt versprochen. Wenn sie dann aber im Durchschnitt unter 200 DM im Monat erhalten, kann

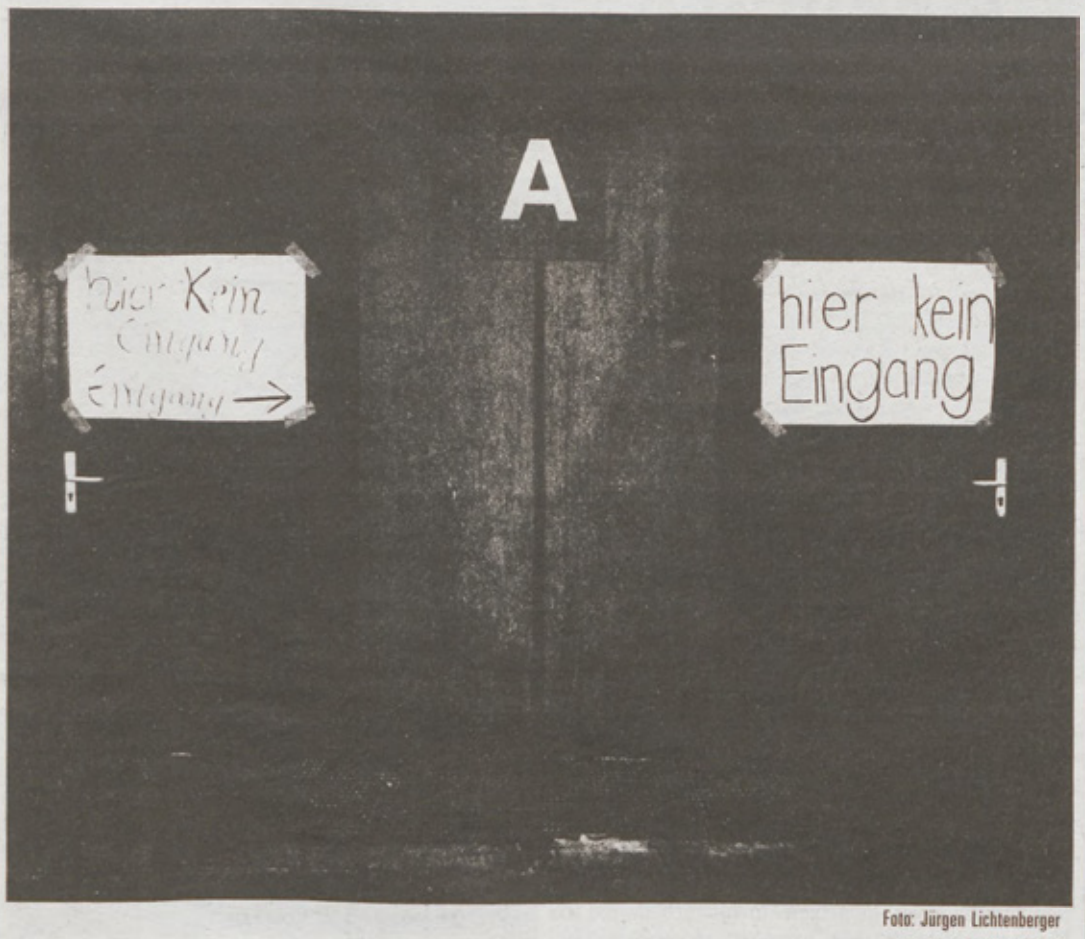


Foto: Jürgen Lichtenberger

von Eingliederung in Beruf, Arbeit und Gesellschaft keine Rede sein. Hinzu kommt, daß sie dafür auch noch kopflose Arbeit verrichten müssen. Hiergegen können sie sich nicht wehren, weil Behinderten nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AfG) §116 a, b, c und d kein Streikrecht zugestanden wird. Um etwas zu verändern, müßte ein radikaler Bruch mit der bisherigen Rehabilitationspolitik geschehen: Nicht die Förderung und Eingliederung über Sondereinrichtungen darf im Vordergrund stehen sondern die direkte Integration in Kindergarten, Schule, Beruf und Gesellschaft könnte ein erster Schritt sein, sie in selbstverwaltete Betriebe umzuwandeln und für nichtbehinderte ArbeitnehmerInnen zu öffnen. Sie müßten dabei eigene Produkte herstellen, die sie dann auch selbst auf dem Markt verkaufen könnten. Denkbar sind traditionelle handwerkliche Produkte wie Bäckerei, Handweberei, Druckerei oder eine Werkstatt für Reparaturen von Rollstühlen. Natürlich müßte dies gewerkschaftlich und tariflich gesichert werden.

EIN ANTI-DISKRIMINIERUNGSGESETZ

In den letzten Jahren ist es modern geworden, die Integration von Behinderten zu fordern. Doch dies ging nach hinten los: Entweder passen sich Behinderte den gegebenen gesellschaftlichen Werten und Normen an oder sie werden in Sondereinrichtungen weiterhin bevormundet und verwaltet. Beides hat nichts mit Integration zu tun. Gesellschaftliche Elemente und Teilhabe wie ein eigenes Einkommen, soziale Kontakte mit gleichaltrigen, soziales Ansehen, Einfluß und Anerkennung all dies wird den Behinderten vorbehalten. Das Recht auf Arbeit und nicht »für etwas nützlich zu sein«, wie es in den Werkstätten für Behinderte vermittelt wird, muß der zentrale Hebel gegen Aussonderung sein. Um hier anzusetzen, sollte das Schwerbehindertengesetz in ein Antidiskriminierungsgesetz umgewandelt werden. Dies hätte zur Folge, daß Behinderte keine dankbaren EmpfängerInnen karitativer Hilfe mehr sind, vielmehr würden sie einen einklagbaren Anspruch auf Gleichstellung im sozialen Leben haben, der ihnen in unserer Gesellschaft ermöglicht werden muß! Nur ein solches Antidiskrimierungsgesetz würde der Forderung nach Integration von Behinderten gerecht werden. ●

Anzeige

REGENWALD IN GEFAHR!

REGENWALDVERNICHTUNG

UMWELTZERSTÖRUNG

BUND JUGEND Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.

Materialien zur Regenwaldproblematik für Unterricht und Jugendarbeit bietet

☐ Ich bestelle ein "Dschungel"-Kennenlernpaket: Heft, Didaktisches Beiheft mit Weltkarte, und lege 13,- DM in Briefmarken bei.

☐ Ich bestelle ein Schüler Innen -"Dschungelheft" und lege 6,- DM bei.

BUNDjugend
Friedrich-Breuer-Str. 86, 53225 Bonn

AUSNAHME: BEHINDERT MIT ARBEITSPLATZ

WEGE AUS...

Mehr Durchsetzungsvermögen als andere – Erfolg durch positive Lebenseinstellung

Mit diesen Erfahrungen kann Susanne Schröder als Behinderte bisher auf eine positive Bilanz im Berufsleben »zurückblicken«.
»Ich hab' immer viel Glück gehabt. Das bestreite ich nicht. Im entscheidenden Moment die richtigen Leute, die einen aufmuntern, den nötigen Schubs geben, wenn nichts mehr geht: 'Das kleine bißchen, das schaffst du auch noch, du hast schon so viel geschafft'.«

Susanne Schröder

Pascale Gauchard, Redaktion Genossenschaften ● Wenn von Unterstützung und Glück die Rede ist, muß Susanne Schröder immer an eine Anekdote aus ihrer Kindheit zurückdenken: »Meine Eltern haben es mir erzählt. Ich war noch ganz klein, vielleicht drei. Im Krankenhaus wollten die Ärzte nicht glauben, daß ich sprechen konnte. Sobald ich einen weißen Kittel sah, verstummte ich. Im Krankenhaus waren die Kinder angebunden und eingesperrt: Ich nehme an, daß es der unbewußte Grund war. Meine Eltern haben den Arzt aufgefordert, ohne Kittel im Zimmer zu erscheinen. Das hat gereicht. Wer weiß, wo ich gelandet wäre, wenn in meiner Akte gestanden hätte 'kann nicht sprechen'...«

Susanne ist spastisch »gelähmt« und arbeitet seit November '91 als Finanzbuchhalterin beim Werkhof in Scharnhorst, ein sozialgewerblicher Betrieb mit insgesamt 120 Beschäftigten: »Das Gebäude am Buschei ist behindertengerecht – u.a. mit ebenerdigem Zugang, Fahrstuhl und Toilette – erbaut. Wir hatten dem Arbeitsamt signalisiert, daß wir gerne im Bereich Verwaltung eine/n Rollstuhlfahrer/in anstellen würden. Susanne Schröder war gerade arbeitslos. Es traf sich gut«, erklärt der Geschäftsführer. Susanne wurde im Rahmen des Arbeitsmarktprogrammes 'Aktion Integration' zur Förderung von Behinderten für 3 Jahre angestellt.

Voll sieht es auf ihrem Schreibtisch aus. Kein Wunder, denn »alles muß in Reichweite sein«: PC, eine Menge Ordner, Telefon mit Lautsprecher. Trotz der vorhandenen Ausstattung verging fast ein Jahr, bis die Mittel bereitgestellt wurden und alle notwendigen Spezialeinrichtungen angeschafft werden konnten. Der Schrank, der Lift für die Umsetzung auf Stuhl bzw. Rollstuhl – sogar die Spüle mußte umgebaut werden. »Erst dann ging es richtig los. Vorher wußt' ich zwar, wo alle Informationen zu finden waren, nur erreichen konnte ich sie nicht. Ich konnte nicht selbständig arbeiten, mußte immer wieder fragen, um Hilfe bitten. Lästig: für mich und für die anderen.«

HILFE BEI DER EINARBEITUNG

»Das Arbeitsfeld ist sehr umfangreich, mit insgesamt drei Firmen und etlichen Finanzprogrammen. Es dauerte, bis ich einigermaßen den Durchblick hatte,« gibt Susanne zu und setzt fort: »In der Finanzbuchhaltung sind wir zu zweit. Dazu kommt eine Halbtagskraft, die Vorarbeiten macht. Und eine weitere Kollegin, auch halbtags für die Personalbuchhaltung.«

Zu ihrer Erfahrung im Betrieb äußerte sie sich positiv: »Nette Kollegen, die mir vor allem in der Einarbeitungszeit sehr geholfen haben, die offen waren und viel Geduld hatten, auch wenn ich mehrmals gefragt habe, Das ist neu für mich. In der Schule waren wir doch 'viele Behinderte auf einem Fleck', sag ich mal so. Soviel Geduld haben wir für einander nicht aufgebracht. Anders kann ich mir den Unterschied nicht erklären.«

Nach der Hauptschule absolvierte Susanne die höhere Handelsschule in Bad Honnef. Anschließend wagte die gebürtige Dortmunderin – damals 20 Jahre alt – den Sprung ins kalte Wasser und zog nach Heidelberg, um eine Ausbildung als Industriekauffrau zu machen: »Ich hatte keine Wahl. Soviel ich weiß, ist das Berufsförderungswerk Heidelberg das einzige, das Industriekaufleute ausbildet. In Bad Honnef war ich eines der ersten Mädchen; ich dachte, ich hätte schon einiges mitgemacht... Aber in Heidelberg, so weit weg von zu Hause – ich kam nur einmal im Monat nach Dortmund – war es nicht gerade leicht.

Andererseits hab' ich gelernt, mich durchzubeißen. Was ich nicht wollte, das wußt' ich schon lange. Was ich beruflich werden wollte allerdings, lernte ich erst, als ich da in der Fremde alleine entscheiden konnte und mußte. Die Eltern nehmen einem – wenn auch unbewußt – doch zu gerne die Entscheidung ab.« Locker und selbstsicher fügte sie hinzu: »Vom Stoff her war es in der Hauptschule am schwierigsten. Ich hatte doch erhebliche Lücken im Vergleich zu anderen, die oft mehr als die notwendige 9. Klasse hinter sich hatten. Dazu kam, daß ich mit vielen Sehbehinderten in einer Klasse war. Erst einmal eine Umstellung für mich.«

VORURTEILE AUCH BEI BEKANNTEN

So locker und selbstverständlich wie es sich anhört, war und ist es jedoch nicht: »Nein, den Vogel hab' ich nicht abgeschossen. So einfach war es nie. Aber ich hab' immer gedacht: 'Was nützt das Jammern, davon stirbst du nicht. Also kämpfen.' Und ich mußte immer hart kämpfen. Denn es wird einem doch nichts geschenkt und als behinderte Frau schon gar nicht. Es sitzt tief in den Köpfen: Körperbehindert, Erbse im Gehirn. Selbst im Bekanntenkreis. 'Wie arbeiten? Aber doch nur in der Behindertenwerkstatt' oder 'Wie im Büro? Aber doch nur halbtags'. Sogar während der Ausbildung, ja selbst von den Lehrern kamen immer wieder Bemerkungen: 'Was wollt ihr denn eigentlich? Seid doch froh, daß ihr überhaupt etwas lernen dürft'... Das kann einen richtig runterziehen. In solchen Momenten kamen die Zweifel: 'Wozu die ganze Anstrengung, was bildest du dir eigentlich ein, du findest sowieso keine Arbeit' usw...«

Heute denkt sie anders darüber, denn alles »hat sich doch gelohnt«. Susanne war nach ihrem Abschluß nur einen Monat arbeitslos: »Beim Arbeitsamt sagten sie, es würde bestimmt ein halbes bis ein Jahr dauern. Ich hatte mich schon darauf eingestellt und mir eine Menge vorgenommen, um nicht zu 'versacken'. Aber auch da hat' ich Glück. Mein Arbeitsvermittler hat sich sehr eingesetzt.«

Daß sie zu den Ausnahmen gehört, beweisen die Fakten: »Im Grunde ist die Bereitschaft der Firmen trotz Förderung immer noch sehr gering, einfach auszuprobieren. Andererseits muß man auch verstehen, daß manche Firmen sich nicht leisten können; Monate auf eine Einrichtung zu warten. Wir waren 20 in meiner Klasse: Nur 4 haben bis jetzt eine Anstellung gefunden. Die anderen sind arbeitslos oder doch in die Werkstatt gegangen, müssen da für einen Hungerlohn – ca. 300 DM im Monat – hart arbeiten, haben keinen Anspruch auf bezahlten Urlaub. Schlimm.«

Alle Probleme sind für Susanne längst nicht aus der Welt geschaffen: Daß sie zum Beispiel noch zu Hause wohnt und am liebsten in einer Wohngemeinschaft mit Betreuung leben würde: »Das beschäftigt mich sehr im Moment. Aber in Dortmund ist es fast eine Sache der Unmöglichkeit. Es gibt ohnehin wenig Wohnungen für RollstuhlfahrerInnen und wenn, sind sie mit Werkstätten gekoppelt. Werkstätten sind nicht mein Fall. Also muß es ein Traum bleiben, ... vielleicht wird es doch irgendwann mal was,« fügt sie hinzu, immer darum bemüht, das Leben positiv zu betrachten. Wer weiß? ... Warum sollte dies nicht die nächste Etappe sein, für diese Frau, die sich grundsätzlich nicht geschlagen gibt?

AUSGLEICHSABGABE ZU GERING

»Willen hab' ich immer gehabt. Schon als Kind. Meine Mutter brauchte nur zu sagen 'das kannst du nicht' – das machte mich wütend. Ich hab' mich in meinem Zimmer eingesperrt und heimlich trainiert. So hab' ich stricken gelernt... Es ist wirklich wahr: Man muß immer wieder beweisen, daß man was kann. Viel Durchsetzungsvermögen haben, die Kraft haben, zu sagen 'das will ich nicht' und vor allem dabei bleiben. Und eines wollt' ich nie: In die Behindertenwerkstatt,« schließt Susanne lächelnd das Interview ab.

Daß trotz dreijähriger Arbeitsförderung und Übernahme der Einrichtungskosten durch Arbeitsamt und Hauptfürsorgestelle viele Arbeitgeber ihrer Pflicht bei der Anstellung von Behinderten nicht nachkommen – in Dortmund sind es immerhin 620 Unternehmen, die über 16 Beschäftigte haben –, mag sicherlich an zählebigen Vorurteilen liegen. Daß die monatliche Ausgleichsabgabe pro Schwerbehindertenarbeitsplatz bei 200 DM liegt, mag wohl kaum zur Pflichterfüllung ermutigen. Eine Binsenweisheit, isn't it? ●

ERFOLGLOSE SUCHE NACH ARBEIT

Gemeinnützige Werkstätten sind keine Perspektive

Redaktion Genossenschaften ● **Eine junge Frau stellte sich für ein Interview zur Verfügung, um über ihre Erfahrungen während der Arbeit in gemeinnützigen Werkstätten und der Suche nach einer angemessenen Tätigkeit zu berichten. Frau H. (Name ist der Redaktion bekannt) ist 37 Jahre alt und von Geburt an spastisch gelähmt. Ihr bisheriger Lebensweg macht die starke Diskriminierung Behinderter deutlich. Auch wird klar, daß die momentane Praxis der Behindertenwerkstätten keine akzeptable Lösung darstellt. Das gekürzt wiedergegebene Interview führte Veronika Buszewski vom Arbeitslosenzentrum Dortmund e.V.**

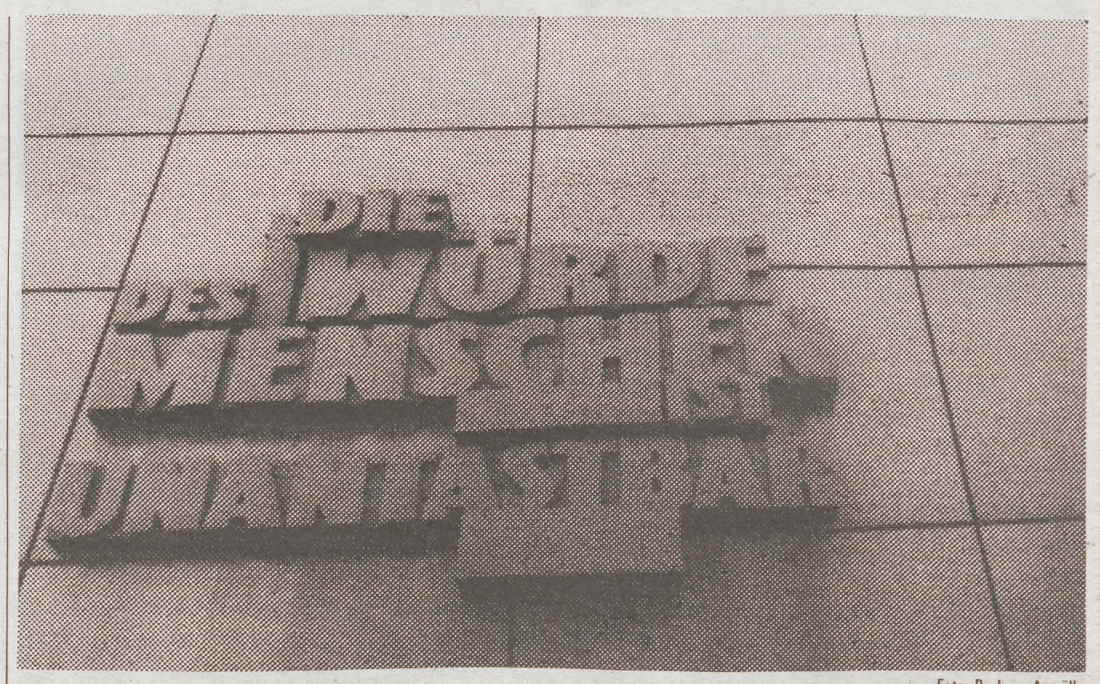


Foto: Barbara Aumüller

CONTRASTE: Welche Schule haben Sie besucht, Frau H.?
H.: Ich habe die Körperbehindertenschule des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe besucht. Die lag früher in Mengede, heute ist sie in Aplerbeck.
CONTRASTE: Haben Sie einen Schulabschluß?
H.: Nein, ich habe nur die 8. Klasse.
CONTRASTE: Gab es eine Berufsberatung in der Schule?
H.: Ja, aber meine Lehrer meinten, ich wäre nicht so gut – in Mathe und so. Da kam vor einer Schulentlassung immer ein Gremium zusammen, bestehend aus LehrerInnen, Leute vom Sozialamt, Arbeitsamt und Gesundheitsamt für die Schulabgänger.
CONTRASTE: Was wurde von Ihnen erzählt?
H.: Ach, eigentlich ganz positiv, aber die haben sich zu sehr nach der Meinung von Eltern und LehrerInnen gerichtet und meine Eltern haben mich damals nicht so recht für voll genommen.

So wurde entschieden, daß ich in eine gemeinnützige Werkstatt nach Waltrop komme, weil in Dortmund gerade kein Platz war. Das war im Juli 1973. Eine Mitarbeiterin des Arbeitsamtes veranlaßte noch vorher auf meinen Wunsch einen »Idiotentest« in Volmarstein und ich hatte eigentlich ein ganz gutes Gefühl bei dem Test, weil ich viele Fragen wußte und ich auch die Grundrechenarten kannte.

Ihren Berufswunsch gab sie mit Bürotätigkeiten an. Sie wurde für eine weitergehende Qualifizierung abgelehnt und führt dies auf die damals in Volmarstein nicht ausreichend gewährleistete Pflege (Hilfe beim Toilettengang etc.) zurück. Andere aus der Klasse, die nicht unbedingt besser in der Schule waren, aber noch laufen konnten, wurden dagegen genommen. Ihr teilte man mit, daß sie motorisch zu langsam wäre.

ARBEITEN FÜR EIN TASCHENGELD

CONTRASTE: Was haben Sie in Waltrop gemacht?
H.: Da habe ich in der Stickerei gearbeitet, Gobelin-Bilder gemacht und einen Teppich, ich glaub über 2 Jahre – mein Alptraum – da hab ich bis zum Schluß dran gearbeitet. 30 DM habe ich im Monat an Taschengeld gekriegt. Das ist überall ähnlich in den Behindertenwerkstätten. Jeden Morgen bin ich zwischen 5 und 6 mit dem Taxi abgeholt worden. Dann haben wir noch drei andere eingeladen, um dann um halb 8 in Waltrop zu sein.

Fortsetzung nächste Seite

STADTHAUS-HOTEL IN HAMBURG

WEGE AUS...

Einbindung von Menschen mit geistiger Behinderung

Seit August 1993 gibt es in Hamburg eine Neuigkeit: ein rollstuhlgerechtes Hotel. Eine Gruppe geistig behinderter und nicht behinderter MitarbeiterInnen betreiben das Projekt gemeinsam.

Andreas Hinz, Redaktion Genossenschaften ● Getragen wird das Projekt Stadthaus-Hotel vom Verein Werkstadthaus Hamburg e.V. Seine Mitglieder sind Eltern behinderter junger Leute und zwei befreundete SonderpädagogInnen. Er wurde nach längerem Vorbereitungen für dieses Vorhaben 1988 gegründet.

Grundlage war der Wunsch, eine in einer anthroposophischen Schule für geistig Behinderte unterrichtete Gruppe nach der Schulzeit nicht auseinanderzureißen. In der Gruppe befanden sich geistig und schwerst-mehrfachbehinderte Jugendliche. Sie waren zu einer sehr ausgeprägten, liebevoll aufeinander bezogenen Gemeinschaft zusammengewachsen. Üblich ist die Aufteilung nach den Kategorien Werkstatt für Behinderte und Wohngruppe einerseits und Tagesförderstätte und Wohngruppe für schwerst-mehrfachbehinderte junge Leute andererseits. Auch die ländliche Isolation anthroposophischer Lebensgemeinschaften wurde nicht als Alternative gesehen.

DIE STÄRKEN ZUR GELTUNG BRINGEN

Im Zentrum der Überlegungen stand die Frage: Wie können die Stärken dieser Gruppe im zukünftigen gemeinsamen Leben und Arbeiten möglichst gut zur Geltung kommen? Sonst stehen oft zu sehr Defizite und Schwächen im Mittelpunkt. Bald entstanden erste Ideen einer Teestube. In dieser sollte die Gruppe vor allem die Gastgeberfunktion übernehmen und für andere Menschen reale Dienste erbringen.

Da dies noch nicht finanziell tragend schien, entwickelte sich die Idee weiter zu einer Pension. Sie sollte auf die Bedürfnisse von Menschen mit speziellen Hilfebedürfnissen abgestimmt sein. Ergänzt wurde sie durch eine kleine Wäscherei, die zusätzliche finanzielle Mittel versprach.

BEHÖRDEN SPIELEN MIT

Zur eigenen Überraschung hielt die Hamburger Sozialbehörde diese Projektidee nicht nur für pädagogisch gelungen, sondern auch finanziell und administrativ umsetzbar. Für die Wohngruppe gelten die üblichen Finanzierungsmodalitäten der Vereinbarung von Pflegesätzen. Das Hotel muß sich ökonomisch selbst tragen. Dazu gehören die Gehälter der behinderten wie der nicht-behinderten MitarbeiterInnen sowie die sonstigen Kosten. Hier stehen die Chancen angesichts des Mangels an rollstuhlgerechten Übernachtungsmöglichkeiten nicht schlecht.

Zum Start wurden großzügig Mittel aus der Ausgleichsabgabe von der Sozialbehörde für die Einrichtung von Arbeitsplätzen für schwerbehinderte ArbeitnehmerInnen gewährt. Auch die üblichen Lohnkostenzuschüsse des Arbeitsamtes nimmt die Initiative in Anspruch. Zusätzliche Finanzmittel bringen Spenden. Das Projekt konnte in ein in Planung befindliches Objekt der Reichsbund Wohnungsbau GmbH mitten in Hamburg eingebunden und mit einem langfristigen Mietvertrag abgesichert werden.

Die behinderten MitarbeiterInnen wurden in einer zweijährigen vollzeitschulischen Qualifizierung auf ihr zukünftiges Arbeitsfeld vorbereitet: Hauswirtschaft, Wäschepflege, Reinigung und die weitere Förderung der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen bildeten Schwerpunkte.

ROLLSTUHLGERECHTE AUSSTATTUNG

Die Hotelpension umfaßt elf Betten in einem Dreier-, einem Doppel- und mehreren Einzelzimmern. Alle Zimmer sind rollstuhlgerecht ausgestattet. Sie haben eine befahrbare Dusche mit allen notwendigen Haltegriffen und sind für Notfälle mit einer Rufanlage ausgestattet. Im Service inbegriffen ist ein Frühstücksbuffett. Die Preise liegen im unteren Bereich der für diese Kategorie von Unterkünften in Hamburg üblichen Tarife.

Im Hotel arbeiten sechs junge Erwachsene mit geistiger Behinderung mit je halben Stellen und zwei nicht behinderte Hotelfachleute mit voller Stelle. Die behinderten MitarbeiterInnen sind sozialversichert. Sie erhalten den Tariflohn des Hotel- und Gaststättengewerbes.

Mit Beginn des Projekts zogen alle Beteiligten aus ihren Elternhäusern aus. Sie leben nun im gleichen Haus in einer über Pflegesatz finanzierten Wohngruppe. Als Ausgleich müssen sie einen großen Teil ihrer Einkünfte an das Sozialamt für die Kosten ihrer Unterkunft abführen. Ihnen bleibt ein Taschengeld von monatlich ca. 300 DM.

GELUNGENER START

Die Eröffnung im September 93 wurde von vielfältigen Berichten in Presse, Radio und Fernsehen begleitet. Seitdem kommt der Hotelbetrieb – natürlich mit den üblichen kleinen Anlaufproblemen – gut ins Laufen oder besser ins Rollen.

Bei den behinderten MitarbeiterInnen läßt sich ein deutlicher Sprung in ihrer Persönlichkeitsentwicklung beobachten: Sie haben eine wichtige Arbeit, die tatsächlich gebraucht wird. Ihre Aufgaben erfüllen sie sehr ernsthaft. Zum ersten Mal in ihrem Leben verdienen sie eigenes Geld, und das nicht etwa im Rahmen eines Taschengeldbetrages. Umstellungsprobleme verkraften sie zum Teil besser als ihre Eltern.

Grund zum Jubeln bestand, als das Sozialversicherungsheft der Bundesanstalt für Angestellte in der Wohngruppe eintraf. Dessen Sinn und Zweck mußte erklärt werden ... Deutlich ist zu spüren, daß sie sich auf dem Weg befinden zu selbstbewußten, »ganz normal« arbeitenden erwachsenen Leuten, die stolz auf ihre Arbeit sind.

ZUFRIEDENE GÄSTE

Die nichtbehinderten Mitarbeiter kennen als Fachleute alle Abläufe eines Hotels. Alle notwendigen Arbeiten müssen sie nun aber gemeinsam mit den behinderten MitarbeiterInnen bewältigen, denen sie ja ihre Arbeitsplätze verdanken. Auch dieses gelingt in hohem Maße.

Die Gäste besuchen das Hotel in überraschend großer Zahl. Eine zunächst angenommene Auslastungsquote von ca. 50% wurde in den ersten beiden Monaten deutlich übertroffen. Dabei handelt es sich weitestgehend um nichtbehinderte Gäste. Sie haben aber oft berufliche Bezüge zu derlei Projekten. Andere hatten in der Presse vom Hotel gehört. Einige fragen auch abends an, ob ein Zimmer frei ist, ohne etwas von dem »etwas anderen« Hotel zu wissen. Sie, wie auch behinderte Gäste äußerten sich bisher zufrieden über diese neue Möglichkeit der Unterbringung in Hamburg. ●

Adresse: Stadthaus-Hotel, Holstenstr. 118, 22765 Hamburg, Tel. 040/389 920-0, Fax 389 920-20.

FORTSETZUNG VON SEITE 6

CONTRASTE: Wie sah es mit Ausbildung Training aus?

H.: Gab es nicht, aber die Werkstatt in Waltrop – von der Struktur her – hat sie mir gefallen. Mongoloide und Spastiker arbeiteten zusammen, eine gute Gemeinschaft. Im Vergleich dazu wurde in Westerfilde, wo ich später war, unter Konkurrenzdruck gearbeitet. Es gab da Punktelisten, wo das »Taschengeld« nach Leistung gezahlt wurde.

CONTRASTE: Nach 2 Jahren sind Sie aus der Werkstatt in Waltrop raus, warum?

H.: Die Stadt Dortmund hatte einen freien Platz in der Werkstatt in Dortmund-Westerfilde. Dadurch wurden natürlich Fahrtkosten eingespart. Im Gespräch wurde mir gesagt, da bekäme ich mehr Geld und da bekäme ich mehr Förderung, müßte mehrere Gruppen durchlaufen. Das Arbeitsamt teilte mir genaueres in einem Schreiben mit.

CONTRASTE: Wie ging es Ihnen dann in Westerfilde?

H.: Zunächst war ich enttäuscht, weil ich doch nicht so viele Gruppen gesehen habe und gleich in die Kleinstmontage mußte. Man konnte zwar den Sozialdienst in dieser Sache fragen, aber es durfte nur eine bestimmte Anzahl von Rollstuhlfahrern in eine Gruppe, und wenn die erschöpft war, ging es eben nicht. Man hätte wohl nicht locker lassen dürfen.

KEINE AUSBILDUNG

Eine Ausbildung fand nicht statt. Nach ca. 1 Jahr bekam sie eine andere Arbeit in der Telefonzentrale. 1980 erlitt der Vater einen Schlaganfall. Ein selbständiges Geschäft mußte aufgegeben werden, die Pflegekraft konnte nicht mehr finanziert werden, die Eltern wollten sie in die Bodelschwingschen Anstalten nach Bethel schicken. Da nahm sie das Angebot der Werkstatt an, in ein »Appartment« am Orte zu ziehen, das aber in sehr schlechtem Zustand war. Im Zuge der skandalösen Ereignisse um den damaligen Werkstattleiter, ohne die Unterstützung ihrer Eltern im Kampf um ausreichende hygienische Bedingungen beim nachfolgenden Träger der Einrichtung sowie um eine ausreichende Versorgung innerhalb ihrer endlich bezogenen eigenen Wohnung, schließlich physisch und psychisch erheblich angegriffen, entschied sie sich zu kündigen.

H.: Aus einer Situation heraus bin ich nach Hause gegangen und beschloß, nie wieder zu kommen. Zu Hause habe ich gleich eine Kündigung geschrieben. Ich wollte es nicht mehr.

Vorher hatte ich ein Gespräch mit einer Sozialarbeiterin und ich fragte nach der Möglichkeit, gekündigt zu werden. Sie erklärte mir, daß die Werkstatt nur in ganz seltenen Fällen das Betreuungsverhältnis lösen könnte. Eine Kündigung war nur von meiner Seite möglich.

ELF JAHRE ARBEITSLOS

CONTRASTE: Wurden Sie auf Schwierigkeiten, in eine andere Werkstatt aufgenommen zu werden oder gar einen richtigen Arbeitsplatz zu finden, hingewiesen?

H.: Nein, direkt nicht. Die Sozialarbeiterin sagte, denk mal an deine Rente – Das war mir egal, da ich ja eh immer auf Sozialhilfe bleibe. Ich hab auch gedacht, ich krieg schon wieder was.

CONTRASTE: Sie sind also seit 1982 arbeitslos. Wie ging es dann weiter?

H.: Ich bin dann gleich zum Arbeitsamt gegangen. Das war mir wichtig. Nervig waren bei jedem Arbeitsamtbesuch die Probleme mit der Übernahme der Fahrtkosten hin- und zurück.

Beim Arbeitsamt wurde dann eine ärztliche Untersuchung angeordnet. Die Untersuchung war nur ein Gespräch. Der Arzt, er war schon ziemlich alt, strich mir mehrmals über den Kopf. Damals wußte ich mich noch nicht gegen ein solches Verhalten zu wehren. Zum Schluß riet er mir, um mich zu beschäftigen, Gedichte zu schreiben. Der Befund dieser Untersuchung ist mir bis heute unbekannt.

Beim Arbeitsamt wurde mir immer wieder die Frage gestellt: »Warum haben Sie denn in der Werkstatt aufgehört? Da waren sie doch gut untergebracht. Für Sie gibt es doch nichts anderes!«

CONTRASTE: Wie war das Klima der Gespräche?

H.: Ich hab da zeitweilig mit Tränen in den Augen gesessen. Ich kann gar nichts für Sie tun, hat der Sachbearbeiter gesagt. Ständig gab es Probleme mit dem Fahrdienst, einmal wurde ich auf dem Flur vor etlichen Zuhöhrern angemeckert. Das war mir ziemlich peinlich.

AKTENEINSICHT VERWEIGERT

Und immer wieder: »Überlegen Sie sich doch noch einmal, ob Sie in eine gemeinnützige Werkstatt wollen?« – Sie wollte aber nicht.

5 Jahre vergingen, in denen ihr lediglich gesagt wurde, daß sie alle 3 Monate ihrer Meldepflicht beim Arbeitsamt nachkommen sollte. Nach 5 1/2 Jahren, 1988, hat sie dann erneut ihren Arbeitsvermittler beim AA aufgesucht und um eine erneute, bzw. ersteinmal so zu bezeichnende, ärztliche Untersuchung nachgefragt. Man sagte ihr, daß der untersuchende Arzt noch der gleiche wie vor 5 Jahren sei. Das lehnte sie ab. Für ein Gutachten von einem anderen Arzt wollte niemand die Kosten übernehmen.

H.: Ich möchte Akteneinsicht, möchte wirklich mal wissen, was da in dem Gutachten steht.

Sie hat verschiedene Personen an der Universität, beim Sozialamt, an der VHS befragt, wie sie an ihre Unterlagen kommen kann. Einhellige Auskunft: Da sei nicht viel zu machen. Nunmehr seit fast 11 Jahren arbeitslos, ruft sie immer wieder beim Arbeitsamt an, möchte auch mal wieder vorbeigehen, aber möglichst nicht allein. Ihr Anliegen: Akteneinsicht und ein neues Gutachten.

Aus Erfahrungen in anderen Städten und anderen Ländern weiß sie, daß es dort oft bessere Beratungsmöglichkeiten und ein ämterübergreifendes Handlungskonzept gibt, was sie sich auch für Dortmund wünscht.

Frau H.'s Erfahrungen beziehen sich sicherlich teilweise auf Zeitpunkte, in denen die Arbeitsvermittlung und -beratung von Behinderten noch nicht weit ausgebaut war. Frage: Was kann Frau H. tun, um mit ihren Anliegen heute Gehör zu finden? Ist ihre einzige Perspektive, zu Hause zu bleiben oder in eine gemeinnützige Werkstatt zu gehen? ●

KURZ BERICHTET

Weltweiter Anstieg der Behinderten

Die Zahl von derzeit 290 Millionen Behinderten in der Welt wird sich, so eine Studie des UNO-Entwicklungsprogramms, bis zum Jahr 2025 fast verdoppeln. Sie steigt täglich um 23.000 Menschen. Demnach leiden heute schon fünf Prozent der Weltbevölkerung an einer körperlichen oder psychischen Behinderung. Diskriminierungen sind weit verbreitet. Die Verweigerung des Zugangs zu Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen oder der Ausschluß von Arbeit und Ausbildung gehört in vielen Ländern zur alltäglichen Umgangsform mit Behinderten.

Büro-Rollstuhl erleichtert Eingliederung

Das Arbeitsamt trägt die Einrichtung behindertengerechter Arbeitsplätze finanziell mit. Trotzdem drücken sich viele Unternehmer davor, manchmal auch, weil sie nicht wissen, wie ein behindertengerechter Arbeitsplatz aussieht. Elke Stimpfig, Diplomantin der Staatlichen Akademie der bildenden Künste in Stuttgart, hat den Spieß umgedreht. Der von ihr entwickelte Bürorollstuhl für Körperbehinderte ist kaum größer als herkömmliche Drehstühle. Er läßt sich durch viele technische Details den meisten Arbeitsplätzen anpassen und ist somit eine Ausrede weniger, Behinderte nicht einzustellen.

Barrierefrei Bauen hilft allen

Die vor einem Jahr in Kraft getretene neu Norm DIN 18.025 beschreibt, wie Wohnungen ausgestattet sein müssen, damit sich Behinderte und Betagte darin selbständig und ohne Einschränkungen bewegen können. Im Teil I werden Wohnungen für Rollstuhlfahrende und im Teil II Bauen für alle Altersstufen dargestellt. Der Berliner Beuth-Verlag vertreibt den Text dieser Norm. Ein ausführliches Planungsbuch zum Thema »Bauen für Behinderte und Betagte« ist gerade im Leinfelder Verlag Alexander Koch erschienen.

LEBENSGEMEINSCHAFT IM DHRONTAL

WEGE AUS...

Offensiv die eigenen Belänge vertreten

Seit nunmehr 10 Jahren gibt es die Lebensgemeinschaft im Dhrontal als selbstverwaltetes, libertäres und atheistisches Projekt. Zu hoch gesteckte Ansprüche ergeben Brüche beim Versuch, die Utopie der Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Gerhard Kern, Redaktion Genossenschaften ● Die rechtliche Struktur der Lebensgemeinschaft im Dhrontal ist ein eingetragener und gemeinnütziger Verein. Er wurde vom alten Trägerverein übernommen und beibehalten. Inhaltlich verstehen sich die Mitglieder als Teil der anarcho-kommunistischen Bewegung. Sie versuchen intern selbstverwaltete Entscheidungsstrukturen zu finden. Die Finanzierung erfolgt aus Pflegesätzen sowie – mangels bisheriger Alternativen – Einkünften aus einem Buch- & Weinladen, aus der Wollverarbeitung, Tierhaltung, Kräutersalzherstellung und dem Vertrieb der daraus entstehenden Produkte.

Laut Satzung des eingetragenen und gemeinnützig anerkannten Vereins ist folgendes Ziel und Zweck:

a) Schaffung von Lebensgemeinschaften mit Menschen, die der Sozialhilfe bedürfen (Bezug: BSHG 39 + 40 Absatz 2, Satz 2);
b) Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, durch Einrichtung von Werkstätten im weitesten Sinne;
c) ökologische Landwirtschaft zu betreiben;
d) Forschung und Bildung (Sozialwissenschaft, Erwachsenenbildung, Schule, Hauswirtschaftsschule);
e) Vermarktung von Fremd- und Eigenprodukten.

Fotos: Lebensgemeinschaft im Dhrontal

KOLLEKTIV LEBEN OHNE AUSZUGRENZEN

Konzeptionell wird ein kollektives Leben von behinderten und nicht behinderten Menschen beiderlei Geschlechts und aller Altersgruppen angestrebt. In dem vorgegebenen »natürlichen« Rahmen (Viehwirtschaft, Hauswirtschaft, Buch- & Weinladen) entstehen Arbeits- und Lernmöglichkeiten, die auf eine größtmögliche Entfaltung und Selbstbestimmung der Individuen zielen. Nach dem Selbstverständnis der GemeinschafterInnen wird die völlige Integration in den Projektzusammenhang angestrebt. Das schließt auch die Vereinsmitgliedschaft ein. Ob auch eine bruchlose Integration in diese kapitalistische Gesellschaft gewollt wird, kann von den Projektmitgliedern nicht eindeutig mit ja beantwortet werden.

Das sozialtherapeutische Konzept speist sich aus dem Erkenntnisstand der Sozialpolitischen Gesellschaft (Sitz Kassel), deren Mitglied der Verein ist. Eine Mitgliedschaft besteht auch beim Landesverband Rheinland-Pfalz des DPWV und im Internationalen Bund für Konfessionslose und Atheisten (IBKA).

Als sozialpolitisches Projekt in der »Behindertenarbeit« bewegen sich die Mitglieder ständig in einem Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Der »politischen Macht, die aus den Gewehrläufen kommt« (MaoTseTung); der Leistungsgesellschaft, in der der Einzelne mit harten Bandagen ums Überleben im materiellen Wohlstand kämpft, wird der Versuch des menschlichen Miteinander entgegengesetzt. Ziel ist die gegenseitige Hilfe. Über sie wird auch den behinderten Menschen die Möglichkeit eingeräumt, ein Leben soweit es geht in Selbstbestimmung zu führen. Der Zeitgeist, der Leistung ein- und ausatmet, steht dagegen.

SELBSTBESTIMMUNG IN ALLEN LEBENSBEREICHEN

Auch behinderte Menschen sollen ins »normale« Leben integriert werden, sollen in ganz normalen kapitalistischen Betrieben ihren Mann oder ihre Frau stehen. Die Macht- und Rechthabenden in der Gesellschaft sprechen von »Würde« und meinen Leistung, sprechen von »Norm« und meinen das Recht des Stärkeren.

Der Wunsch eines/r Nichtbehinderten sein/ihr Leben selbst zu gestalten, möglichst die Fremdbestimmung auf ein Minimum zu reduzieren oder gar ganz abzuschaffen, dieser Wunsch lebt ohne Unterschied auch in jedem/r Behinderten. Es gibt da auch keinen Lebensbereich, der bei diesem Ansinnen ausgeklammert werden kann. Dies gilt für die Wohnraumgestaltung, Wohnungs- und Arbeitsplatzwahl, Bildung, Sexualität oder Kinderwunsch. Bezeichnend für die Rückständigkeit dieser Gesellschaft ist, daß zu letztgenannten Themen immer noch heftige Debatten in der Öffentlichkeit über Pro und Contra eines Rechtes auf Sexualität geführt werden müssen.

Das »Recht« auf Autonomie ist nicht verbürgt, es muß erkämpft werden. Was aber meint das Grundgesetz mit der »Würde des Menschen« oder »Der Staat hat die Aufgabe, die persönliche Freiheit und Selbständigkeit des Menschen zu schützen ...«. Sind Behinderte Menschen? Oder müssen sie gar erst um ihre Anerkennung als Menschen kämpfen? Vielleicht sollte diese moderne europäische Gesellschaft ehrlicherweise unterscheiden zwischen Voll-, Dreiviertel-, Halb- oder gar Untermenschen?

SCHEINBAR SELBSTVERSTÄNDLICHES HINTERFRAGEN

Bei der Lebensgemeinschaft im Dhrontal wird seit etwa fünf Jahren versucht, Strukturen zu entwikkeln, die helfen, ein Leben gemäß der freiheitlichen Ansprüche zu realisieren. Diese Entwicklung verlief oder verläuft nicht geradlinig. Zuviel Sensibilisierungsarbeit, zuviel Stärkung des Selbstbewußtseins von Behinderten und vor allem der Nichtbehinderten ist nachzuholen. Gelernt werden muß, voneinander zu lernen, Andersartigkeit zu akzeptieren und die gesetzten Normen (z.B. schlank ist schön) zu hinterfragen. Das bedeutet auch, die scheinbare Selbstverständlichkeit mancher Normen zu verneinen.

Längst wurde im Dhrontal gelernt, daß die großen Schritte, die Idealismen und Ansprüche nicht geeignet sind, diese Zukunft zu erzwingen. Zu hoch gesteckte Ansprüche brachten Brüche in den linearen Verlauf der Entwicklung vom fremdbestimmten hin zum selbstbestimmten Individuum. Diese Brüche erweisen sich als Niederlagen im Kampf für eine humane Gesellschaft.

jekt. Diejenigen allerdings, die über mehrere Jahre dazugehören, sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten verantwortliche MitarbeiterInnen.

MINDESTEINKOMMEN MUSS GARANTIERT SEIN

Die Utopie der Selbstbestimmung aller Menschen benötigt als Mittel Strukturen, die geeignet sind, selbstbestimmte Menschen zuzulassen, H. E. Richter hat gefordert, die Menschen sollen ihre Belänge offensiv ins öffentliche Leben tragen und somit an einer Veränderung im eigenen Sinne beitragen. Im Drohntal wird versucht, ein sozialpolitisches Projekt in diesem Sinne zu realisieren.

Im Bereich der Selbstverwaltungsbewegung (inclusive der libertären) gab es bisher kaum Interesse, sich mit den Problemen der Sozialarbeit konkreter auseinanderzusetzen. Vielleicht liegt es daran, daß viele Behinderte keine wirtschaftlich verwertbare Leistung erbringen können/wollen und von daher immer auf Subventionen angewiesen sein werden. Sie sind also als ökonomische Projekte nicht so interessant. Außerdem sind entsprechende politische Aktionen meist nicht so spektakulär und lassen sich somit medienwirksam kaum verkäufen. In dieser Hinsicht ist die SV-Bewegung bisher nicht sehr innovativ gewesen.

Ausnahmen sind da Arbeitsgruppen mit dem Ziel des garantierten Mindesteinkommens. Dieses wäre eine Voraussetzung für das selbstbestimmte und -verwaltete Leben der Menschen. Aber auch innerhalb der Gruppe behinderter Menschen hat sich bisher

So hat sich in den letzten Jahren gezeigt, daß es nicht möglich war, den Anspruch der vollen Verantwortung aller Projektmitglieder (also auch der Behinderten) zu verwirklichen. Die gesellschaftlichen Bedingungen, wie Vormundschaften, andere einschränkende Bestimmungen in den Gesetzen oder das Normverständnis der großen Mehrheit ließen dies nicht zu. Dazu kommt, daß das Hineinwachsen in Verantwortung eine zeitlich langwierige Sache ist. Manche/r Behinderte, aus welchen Gründen auch immer, war dafür nicht die notwendige Zeit im Projekt. die so dringend notwendige überregionale und interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht ergeben. Im Dhrontal besteht der Wunsch, in Zukunft mit weiteren, ähnlich strukturierten Behinderten- und Nichtbehindertenprojekten zusammen zu arbeiten. Der Grundzug sollte sein: weg von der Verwahrung oder Pädagogisierung und hin zur Autonomie des Menschen. ●

(Bei Besuchsinteresse des Projektes in der Nähe von Trier im Luftkurort Morbach: 06533/3534.)

REZENSION

Ratgeber für die Praxis

Die Eingliederung gesundheitlich Beeinträchtigter stößt noch immer in vielen Unternehmen auf unüberwindbare Schwierigkeiten. Viele gesetzliche Vorschriften sollen dem mittelbar oder unmittelbar entgegenwirken. Sie ändern die Wirklichkeit jedoch nicht automatisch. Im Gegenteil: Solange sich niemand darin auskennt und sie einklagt, bleiben sie nutzloses Papier. Dabei lassen sich mit Hilfe der Gesetze Handlungsmuster durchsetzen, die Behinderten helfen, die Arbeit suchen, deren Arbeitsplatz bedroht ist oder die bessere Arbeitsbedingungen benötigen.

Wie, das aufzuzeigen ist Zweck des Buches »Behinderte in der Arbeitswelt«. Vorrangig wendet es sich an Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute der Schwerbehinderten sowie jede Art von aktiven GewerkschafterInnen. Mit seinen Tips über Erwerb und Verlust des Behindertenschutzes, den Bestimmungen zum Aufbau einer Interessenvertretung der Schwerbehinderten im Betrieb, zur Einstellung Schwerbehinderter, zu ihren Arbeitsplätzen und -bedingungen, zum Kündigungsschutz und zu den Rehabilitationsansprüchen kann es Engagement für Behinderte oder deren Selbstvertretung erheblich erleichtern.

Für Selbstverwaltungsbetriebe dürften vorrangig die Ausführungen zu den Rehabilitationsansprüchen von Interesse sein. Hier sind auch finanzielle Hilfen angeführt, die für die dauerhafte Eingliederung in Arbeit und Beruf angefordert werden können. Die reichen von Zuschüssen zur Anschaffung eines PKW über Umschulungsbeihilfen bis hin zu Krankengeldanspruch etc. Für alle, die sich über die gesetzlichen Grundlagen für Behinderte in der Arbeitswelt informieren wollen, ist das Buch auf jeden Fall hilfreich.

Heinz Bethmann / Rüdiger Kamm u.a.: Behinderte in der Arbeitswelt. Ein praktischer Ratgeber, dritte Aufl., Köln 1993, DM 29,90.

INSTRUMENT ZUR MACHTVERLAGERUNG IN DER BEHINDERTENPOLITIK

WEGE AUS...

Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter

Ideen und Unterstützungsmodelle aus anderen Ländern für selbstbestimmte Projekte behinderter Menschen gibt es reichlich. Die fehlenden finanziellen Mittel allerdings sind knapp. Abhilfe soll hier ein neuer Förderfond schaffen, der von behinderten Menschen selbst eingerichtet wird. Im folgenden Artikel stellt ein Mitbegründer der Interessenvertretung »Selbstbestimmt Leben« Deutschland – ISL e.V. – das Projekt vor.

Ottmar Miles-Paul, Kassel ● »Sind die denn verrückt geworden, schon wieder neue Steuern einzuführen?« oder »Wir zahlen doch schon genug Steuern für soziale Zwekke, da kriegen die von mir keinen Pfennig mehr,« so schießt es wohl so manchen durch den Kopf, wenn sie den Begriff der »Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter« zum ersten Mal hören. Doch bei einer genaueren Betrachtung der neuen Initiative, die die »Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen« in der BRD vor kurzem gestartet hat, stellt sich die Sache schon ganz anders dar. Nicht die kürzungswütige Bundesregierung, sondern behinderte Menschen selbst rufen zu dieser Steuer auf. Nicht Zwang, sondern freiwillige Einsicht liegt dem neuen Projekt zu Grunde und nicht die oftmals entmündigende Hilfe für Behinderte, sondern ein selbstbewußtes Streben nach gesellschaftlichen Verbesserungen von Behinderten selbst sind die Triebfedern dieses neuen Förderfonds.

WESHALB EINE SOZIALSTEUER

Wenn wir uns die staatliche Behindertenpolitik der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik genauer betrachten, wird uns schnell bewußt, daß hier eine Politik betrieben wurde, die weniger die Interessen von uns Behinderten in den Mittelpunkt stellt, sondern vielmehr vorrangig den Interessen der Wohlfahrtsverbände, Institutionsbetreibern oder den sogenannten Fürsprechern der Behinderten zugeneigt ist. Wie wäre es sonst zu erklären, daß trotz der Vergabe von Hunderten von Milliarden DM während der letzten Jahrzehnte in Deutschland immer noch ein solch totalitäres System der Aussonderung und Diskriminierung behinderter Menschen vorherrscht.

Hunderttausende von behinderten Menschen leben immer noch in Sondereinrichtungen, die öffentlichen Verkehrsmittel sind trotz enormer Abgaben nach dem Schwerbehindertengesetz an die Verkehrsbetriebe noch kaum für Gehbehinderte zugänglich und die Behindertenorganisationen werden fast ausschließlich von Nichtbehinderten beherrscht. Demgegenüber erhalten Projekte, die von behinderten Menschen selbst betrieben werden, in der Regel kaum eine ausreichende Förderung durch den Staat. Konkreten Forderungen der Betroffenen nach einem selbstbestimmten Leben werden Worthülsen entgegengesetzt und der Bewegung für Gleichstellungsgesetze wird die Hoffnung auf ein behutsam zu veränderndes Bewußtsein Nichtbehinderter vorgegaukelt, anstatt daß endlich entsprechende Gesetze verabschiedet werden, die uns eine Handhabe gegen Diskriminierungen einräumen.

Kurzum leben viele behinderte Menschen trotz erheblicher Geldmittel, die durch den Staat aus den Steuergeldern eingesetzt werden, immer noch in menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die Nichtbehinderte sich nicht bieten lassen würden, und der Traum von einem möglichst selbstbestimmten Leben in der Gemeinde ist für viele sogar noch ein ungeträumter Traum, weil die erdrückende Lobby der Behütung und deren Abhängigkeit dies kaum zuläßt. All dies wird durch unsere Steuergelder fortgeführt und tagtäglich fester zementiert. Diese Verwendung der Mittel ist nicht in unserem Sinne und bedarf daher einer konsequenten Gegenlobby, die dafür sorgen muß, daß die Gelder, die eigentlich zur Unterstützung von sozial Benachteiligten gedacht sind, in die richtigen Bahnen geleitet werden, die von den Betroffenen selbst geteert und kontrolliert werden. Daß dies möglich ist, zeigt uns ein Blick über unsere Grenzen hinaus nach Polen, wo z.B. 5 von 7 Beiratsmitgliedern des dortigen Rehabilitationsfonds, der mit einer Ausgleichsabgabe zustandekommt, selbst behindert sind.

ALTERNATIVEN SIND VORHANDEN

Wenn wir diese Kritik zum Ausdruck bringen, wird uns in der Regel entgegengehalten, daß die Sondereinrichtungen gerade für schwerer behinderte Menschen dringend notwendig sind und daß Diskriminierungen nicht durch Gesetze beseitigt werden können. Die »Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen«, die sich während der letzten Jahre – beeinflußt durch die internationale Entwicklung und ein beharrliches Vorantreiben ihrer Ideen – einige Freiräume schaffen konnte, um neue Ansätze in der Behindertenarbeit in die Praxis umzusetzen, hat diese Argumente der Aussonderer in weiten Bereichen durch praktische Beispiele Lügen gestraft. Uns behinderten Menschen wurde in der Geschichte immer wieder vorgehalten, was wir alles nicht können, was nicht möglich ist und was sich nicht durchsetzen läßt, ohne es auch nur einmal zu versuchen. Immer wieder sind wir gegen diesen Strom der Entmutigung und Erniedrigung angeschwommen und haben vom einen zum anderen Male die Skeptiker und Aussonderer Lügen gestraft und bewiesen, daß ein selbstbestimmteres Leben behinderter Menschen mit adäquaten Unterstützungen eben doch möglich ist.

Modelle wie die Selbstorganisation der persönlichen Assistenz (Behinderte als ArbeitgeberInnen ihrer AssistentInnen), die schulische Integration Behinderter oder die ermächtigende Beratung von Behinderten für Behinderte in den Zentren für selbstbestimmtes Leben durch Behinderte selbst sind Unterstützungs- und Lebensformen, die wir uns z.T. gegen den erbitterten Widerstand von staatlichen Stellen und Rehabilitationsfachleuten erkämpfen mußten.

Mangelnde Zuschüsse von Kommunen, dem Bund und den Ländern, die Schwierigkeit, behindertengerechte Büroräume zu finden und bezahlen zu können, oder die mangelnde Bereitschaft von traditionellen Trägern, mit uns zu kooperieren, haben uns nicht davon abgehalten, unseren Weg zu gehen, zu humpeln oder zu rollen und wieder und wieder zu beweisen, daß es eben doch möglich ist, daß wir uns gegenseitig dabei unterstützen, selbstbestimmter in unseren Gemeinden zu leben. Heute existieren in der BRD 12 Zentren oder Initiativen zum selbstbestimmten Leben Behinderter, die den Kampf gegen die Windmühlen der Stahlhelme in der Behindertenbürokratie führen und oft nicht wissen, ob sie nächstes Jahr noch genug Geld zur Weiterführung ihrer Arbeit haben. Einige weitere Initiativen befinden sich in den Startlöchern, ähnliche Angebote von Behinderten selbst anzubieten. So wie es uns immer wieder gepredigt wurde, daß es nicht ratsam ist oder nicht funktioniert, daß Behindertenorganisationen ausschließlich von den Betroffenen selbst geführt werden, ist es nun auch an der Zeit zu zeigen, daß wir Behinderten selbst wesentlich effektiver über die Vergabe von finanziellen Mitteln urteilen können und auch die entsprechende Macht dazu bekommen müssen.

Behinderten-Demonstrationszug in der Kasseler Innenstadt

FÖRDERFONDS FÜR EINE GEGENLOBBY

Während wir also genügend Ideen sowie erfolgversprechende und international längst als praktizierbar erwiesene Unterstützungsmodelle haben, gezielt an der Fortbildung von weiteren aktiven behinderten Menschen arbeiten und eine Anzahl von hochmotivierten selbst betroffenen StreiterInnen für unsere Bewegung haben, fehlt es uns schlichtweg häufig an den Mitteln, diese Projekte konsequent voranzutreiben und erhebliche Verbesserungen für behinderte Menschen zu schaffen, von den Energien die verloren gehen ganz zu schweigen, die die stetige Unsicherheit über die Weiterfinanzierung der Arbeit mit sich bringt.

Mit der Gründung des Förderfonds »Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter« wollen wir ein Instrument schaffen, daß diesem Mißstand entgegenwirkt und die Mittel beschafft, die notwendig sind, um unsere Angebote auszubauen und entsprechende staatliche Finanzierungen zu bekommen, so daß dadurch letztendlich eine Gegenlobby gegen die dominanten Anbieter in der Behindertenarbeit geschaffen wird, die von uns Betroffenen selbst getragen wird.

WIE FUNKTIONIERT DIE SOZIALSTEUER?

Die Sozialsteuer ist eine freiwillige Zahlung, die entweder monatlich, viertel-, halbjährlich oder jährlich an den Verein »Sozialsteuer zum selbstbestimmten Leben Behinderter« entrichtet wird. Um eine gezielte und vorausschauende Förderung betreiben zu können, wird eine monatliche Zahlung vorgeschlagen, die entweder direkt vom Arbeitgeber überwiesen oder per Dauerauftrag bzw. Einzugsermächtigung abgebucht wird. Als Richtwert wird hierbei 10 % der Lohnsteuer angestrebt, was jedoch individuell entschieden werden und bis zur einmaligen Zahlung an den Sozialsteuerverein variieren kann. Der Vorteil einer solchen regelmässigen Zahlung besteht darin, daß es sich um einen regelmässig eingehenden Festbetrag handelt, der es dem Förderfond ermöglicht, auch längerfristige Förderungen vorzunehmen, so daß Einstellungen von Behinderten über Sonderprogramme zur Förderung der Beschäftigung Behinderter wahrgenommen werden können. Für die geleisteten Mittel wird bis zum 31.1. des folgenden Jahres eine Spendenbescheinigung ausgestellt, so daß die geleisteten Mittel von der Steuer absetzbar sind.

WER UND WAS WIRD GEFÖRDERT?

Wieviele Projekte vom Sozialsteuerverein in welcher Höhe gefördert werden können, hängt natürlich entscheidend davon ab, wieviele Menschen bereit sind, den Sozialsteuerverein zu unterstützen. Aus den Einnahmen von 1993 wird u.a. der erste Förderpreis zum selbstbestimmten Leben Behinderter an das Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben vergeben, der mit 3.000 DM dotiert ist und dem Berliner Zentrum für seine weitere Arbeit zu Gute kommt. Die Behindertenzeitschrift »Die Randschau« wird ebenfalls vom Sozialsteuerverein gefördert, sowie der Gleichstellungsfond des Initiativkreises Behinderter für die Herausgabe von »Behinderte in Action«. Last but not least wird es uns in diesem Jahr auch möglich sein, die Herausgabe eines Info-Blattes zum selbstbestimmten Leben Behinderter durch die Interessenvertretung »Selbstbestimmt Leben« Deutschland – ISL e.V. – zu fördern.

Grundsätzlich soll der Fond Projekte unterstützen, die den von der ISL e.V. formulierten Grundsätzen des selbstbestimmten Lebens Behinderter entsprechen, also von Behinderten selbst durchgeführt und von Behinderten selbst kontrolliert werden und dazu geeignet sind, die Gleichstellung und Selbstbestimmung Behinderter zu fördern. Die Förderung des Aufbaus eines flächendekkenden Netzes von Beratungszentren zum selbstbestimmten Leben Behinderter ist dabei das vorrangige Ziel dieses Förderfonds, so daß dementsprechend auch nur Arbeitsplätze für Behinderte aus Mitteln des Fonds gefördert werden.

Ein Förderrat, der sich ausschließlich aus Betroffenen selbst zusammensetzt, entscheidet über die Vergabe der Mittel und das weitere Vorgehen des Fördervereins, der durch einen 3-köpfigen Vorstand vorangetrieben wird. Dieser Förderrat wird alle 5 Jahre gewählt und arbeitet eng mit der Interessenvertretung »Selbstbestimmt Leben« Deutschland – ISL e.V. – zusammen.

WAS BIETET DER FONDS DEN MITGLIEDERN?

Neben der Möglichkeit durch die Förderung aktiv am Ausbau der »Selbstbestimmt Leben Bewegung behinderter Menschen« teilnehmen zu können und damit neue Wege in der Behindertenarbeit und -politik mit voranzutreiben, veröffentlicht der Sozialsteuerverein in Kooperation mit der Interessenvertretung »Selbstbestimmt Leben« Deutschland – ISL e.V. – ein regelmässig erscheinendes Info, das über neue Entwicklungen in Sachen Selbstbestimmung Behinderter informiert, einen Überblick über die Vergabe der Mittel gibt und geförderte Projekte vorstellt.

JEDE/R IST WICHTIG!

Entgegen dem weitverbreiteten Glauben, daß einzelne Personen nichts bewegen können, zählt beim Sozialsteuerverein jedes Mitglied. Durch die Förderung dieses Fonds kann eine Grundlage für eine neue Initiative, die behinderte Menschen unterstützt, selbstbestimmter zu leben, und die für unsere Rechte kämpft, geschaffen oder auch einfach Solidarität gezeigt werden. Durch selbst noch so kleine Beiträge können neue Funken entstehen, die so manches Engagement zum Erglühen bringen können und hoffentlich bald einen Flächenbrand hinsichtlich der Förderpraxis in der Behindertenarbeit auslösen, der eindeutig Initiativen von Behinderten selbst bevorzugt.

Tragt mit dazu bei, daß mit dem Sozialsteuerverein nicht nur ein Instrument geschaffen wird, durch das die Initiativen für ein selbstbestimmtes Leben in der BRD gestärkt werden können, sondern vor allem auch, daß wir die traditionellen Fonds für Behinderte herausfordern, endlich mit ihren entmündigenden und uns bevormundenden Strukturen Schluß zu machen und Behinderte selbst darüber entscheiden lassen, wohin die Gelder fließen. Die Zeit der Sorgenkinder muß endlich durch eine Zeit selbstbestimmter und gut organisierter behinderter Menschen ersetzt werden. Packen wir's an! ●

ZUR VERTIEFUNG

»Wo anders arbeiten«

So hieß die Fachtagung, die im März in Hamburg gemeinsam vom Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. und dem Spastikerverein e.V. durchgeführt wurde. Die Dokumentation dieser Tagung sowie die dort verabschiedete »Hamburger Erklärung«, aus der wir im Einleitungstext (Titel) zitiert haben ist beim Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte, Brehmstr. 5-7, 40239 Düsseldorf zu erhalten.

Gleichstellungs-/ Antidiskriminierungsgesetz

Der Initiativkreis Gleichstellung Behinderter – ein verbandsübergreifendes Personenbündnis für Gleichstellung gegen Diskriminierung – hat ein Eckpunktepapier für ein umfassendes Gleichstellungs-/Antidiskriminierungsgesetz herausgegeben, in welchen genauer verdeutlicht werden:

- Ziele des Gesetzesvorhaben;
- Vorschlag für eine Verfassungsergänzung;
- Allgemeine Regelungen für ein Gleichstellungsgesetz;
- Durchsetzungsvorschriften für Diskriminierungsverbote durch Vereine und Verbände;
- Beispiele für Gleichstellungsregelungen;

Das Papier kann über den Initiativkreis Gleichstellung Behinderter, c/o ISL, Ottmar Miles-Paul, Kurt-Schumacher-Str. 2, 34117 Kassel angefordert werden.

HANDYNET – CD-ROM Nr. 6

In aktualisierter 6. Auflage liegt jetzt die CD-ROM-Version von HANDYNET vor. HANDYNET ist das europäische computergestützte Informationssystem und Netz für behinderte Menschen. Es enthält rund 48.000 Daten über technische Hilfsmittel, Adressen von Organisationen, Herstellern und Vertreibern sowie Hinweise auf gesetzliche Regelungen in den EWG-Mitgliedsstaaten. Die Angaben können in allen neun Amtssprachen der Gemeinschaft, in Digitalton oder in Blindenschrift abgerufen werden. Zudem sind auf der CD-ROM 2.144 Illustrationen zu 1.700 der erfaßten Produkte zu finden. Die CD-ROM ist kostenlos zu beziehen bei: Institut der Deutschen Wirtschaft, Frau Semmt, Gustav-Heinemann-Ufer 84-88, 50968 Köln,
Tel. (02 21) 376 55 15, Fax 376 55 55.

Handynet hilft Behinderten bei der Suche nach Daten

»Helios flash« heißt ein Informationsheft, das vom Aktionsprogramm der Gemeinschaft zugunsten behinderter Menschen in zweimonatigen Abstand veröffentlicht wird. Die aktuelle Ausgabe beschäftigt sich u.a. mit Handynet, einem Informationssystem über technische Hilfsmittel. Die Hauptstütze des Systems – eine CD-ROM-Version mit fast 50.000 Informationen – wird ständig aktualisiert. Gegen Jahresende soll die CD-Datenbank in allen Mitgliedstaaten auf den Markt kommen. Parallel dazu bestehen auch direktere Kommunikationsmöglichkeiten wie das E-Mail-System, das ab Ende diesen Jahres auf sämtliche Helios-Partner ausgeweitet werden soll. Weitere Themen von »Helios flash« sind die Bewertung des Programms Helios, Aktivitäten zum Erfahrungsund Informationsaustausch sowie ein Überblick über Veranstaltungen in den kommenden Monaten.

Abonnement-Wünsche (die Hefte werden kostenlos abgegeben) werden bearbeitet von der Expertengruppe Helios, 79 avenue de Cortenberg, B-1040 Brüssel, Tel. (00322) 738 06 00, Faxe: 735 16 71. Der Text kann übrigens zur Übertragung für blinde oder sehbehinderte Menschen auch auf Diskette geliefert werden. InteressentInnen sollten bei Anfragen den von ihnen benötigten Software-Typ nennen.

AUF DEN SPUREN DER PARTISANiNNEN IN NORDITALIEN

Heute noch leuchtende Augen

Vor 50 Jahren existierte in Norditalien die selbstverwaltete PartisanInnenrepublik Montefiorino. Bereits nach 45 Tagen wurde dieser erste demokratische Gehversuch von deutschen Truppen brutal niedergeschlagen. – Der Bericht einer Studienfahrt des BILDUNGSWERKS für Friedensarbeit, Bielefeld.

»Wir hatten damals kein politisches Bewußtsein, nur keine Lust, den Krieg weiterzuführen. Zu den Partisanen zu gehen, war ein Akt der Selbstverteidigung.«

So wie Sergio sprechen viele der alten KämpferInnen von ihrer ursprünglichen Motivation, sich zum Teil als 15jährige den PartisanInnen anzuschließen.

Eine Woche lang werden wir uns auf die Spurensuche der PartisanInnen in Norditalien, in der Emilia Romagna, begeben. Wir – das ist eine Gruppe von 18 Leuten aus Bielefeld und anderen Städten, die aus ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen kommen und in dieser Woche ihren Bildungsurlaub in Italien verbringen wollen.

Zehn ehemalige Partisanen, heute alte Herren zwischen 65 und 80 Jahre, begleiten unsere Gruppe zunächst für drei Tage in den Apennin und frischen dort selbst alte Erinnerungen auf.

Wanderung auf den Spuren von PartisanInnen des Zweiten Weltkrieges in Norditalien, Juli 1994 Foto: Jürgen Siegmann

PARTISANiNNENREPUBLIK

Die Emilia ist eine Region alter »roter« Tradition, in der es schon zu Beginn des Jahrhunderts die stärkste ArbeiterInnenbewegung Italiens gab. Diese Region war Massenbasis der Genossenschaftsbewegung und Hauptschauplatz der politischen und militärischen Auseinandersetzungen zwischen »Roten« und »Schwarzen/Faschisten« (Bertoluccis Film »1900« wurde hier gedreht).

Unsere Tour führt durch das Gebiet der ehemaligen PartisanInnenrepublik von Montefiorino. 45 Tage – von Mitte Juni bis Ende Juli 1944 – hat die selbstverwaltete Freiheit innerhalb der 20monatigen deutschen Besatzung funktioniert.

1.200 qkm umfaßte dieses kleine, von den PartisanInnen befreite Gebiet, dieser erste demokratische Gehversuch. An dessen Selbstverwaltungsstrukturen beteiligten sich im Laufe der eineinhalb Monate ca. 6.000 PartisanInnen, bevor 5.000 deutsche Wehrmachtssoldaten zusammen mit italienischen Faschisten in einem 3 Tage währenden Großeinsatz brutal dagegen vorgingen und alles zerstörten.

Den Zeitzeugen von damals ist heute noch anzumerken, mit welchem Enthusiasmus sie vor 50 Jahren für den Frieden gekämpft haben. »Wir wollten den Krieg beenden, wir wollten Freiheit. Politisiert wurden die meisten von uns erst im Laufe der Zeit.«

Wir halten in Monchio, einem kleinen Dorf, in dem im März '44 deutsche und italienische Faschisten mit Kanonen, Flammenwerfern und Maschinengewehren einen Massenmord an der Zivilbevölkerung verübten. Doch die Reaktion der Bevölkerung war nicht die von den Faschisten beabsichtigte: Der Zulauf bei den PartisanInnen erhöhte sich erheblich, eine Brigade hat den Namen des Ortes bis zur Befreiung getragen.

Von Monchio aus führt die Straße in Serpentinen mit 20 % Steigung zum »Parco della Resistenza« in St. Giulia. Dieser 1993 eingeweihte Widerstandspark – im Herzen der ehemaligen PartisanInnenrepublik – ist ein internationales Projekt von KünstlerInnen aus sieben Ländern, die hier in Form von 14 Steinplastiken ihre Ideen zum Befreiungskampf ausgedrückt haben.

Auch das Widerstandsmuseum im Schloß von Montefiorino ist – wie uns die Bürgermeisterin mitteilt – erst kürzlich eröffnet worden und deshalb noch nicht ganz vollständig.

Beim Anblick der Originalwaffen, -uniformen, -schreibmaschinen, -flugblätter und Sabotageanleitungen bekommt mancher alte Partisan leuchtende Augen. Dario erzählt, wie praktisch es damals war, das zusammenklappbare Gewehr der Marke X dabeizuhaben, weil man das gut verstecken konnte.

FRAUEN IN DER RESISTENZA

Hier im Museum ist auch den Frauen der Resistenza immerhin eine Ecke gewidmet – ein Thema, das sonst, in alter, internationaler Tradition, gern nur beiläufig gestreift wird. Wir erfahren hier von dem einzigen Partisaninnenkommando, das sich im Frühjahr '45 mit 180 Frauen bildete.

Viele italienische Frauen kämpften jedoch nicht auf der militärischen Ebene gegen den Faschismus, sondern stellten die Infrastruktur, ohne die die bewaffneten PartisanInnen nicht hätten überleben können. Frauen arbeiteten als »Staffettas« und überbrachten Nachrichten, Lebensmittel und Kleidung, besorgten Quartiere, sondierten oft die Lage, bevor ein Angriff stattfinden sollte. Sie waren es, die sich neben ihren Widerstandsaktivitäten auch weiterhin um das Überleben der Familie kümmern mußten.

Unseren Eindruck, daß der Anteil der Frauen an der Resistenza nicht entsprechend gewürdigt wurde und wird, bestätigen nicht nur Simonetta, Giovanna und Angela, die zu unserer Generation der 25- bis 40-jährigen gehören, sondern auch viele der Zeitzeuginnen, die wir noch im Laufe der kommenden Tage treffen werden.

Eine weitere Station ist Fontanaluccia, wo es den PartisanInnen 1944 gelang, eine eigene Krankenstation einzurichten. Vorher hatten sie die Verletzten in Etappen mühsam von den Bergen in die Po-Ebene hinuntertransportieren, d.h. -tragen müssen, um sie dort von kooperierenden ÄrztInnen in den Kellern der von den Faschisten kontrollierten Zivilkrankenhäuser operieren zu lassen.

CERVAROLO

Cervarolo – unsere Ankunft in diesem kleinen Dorf, das wir am nächsten Tag nach einstündiger Wanderung erreichen, erzeugt bei dem Ehepaar, an dessen Haus wir vorbeigehen, heftige Ablehnung. Sie gehören zu den wenigen Überlebenden, die sich vor dem Massaker der Deutschen, einer Vergeltungsaktion am 20.März 1944, hatten retten können.

»Diese jungen Deutschen kommen vielleicht in guter Absicht, aber ich bekomme schon eine Gänsehaut, wenn ich die deutsche Sprache nur von weitem höre.«

In Cervarolo wurden von der SS die anwesenden 26 Männer auf dem Dorfplatz zusammengetrieben und hingerichtet. Zwei Schwerverletzte konnten sich aus dem Leichenberg retten, da die Deutschen nach dem Inbrandsetzen der Erschossenen das Dorf sofort verließen. Eine Gedenktafel mit italienischem und deutschem Text, die eine Berliner Gruppe Ende der 80er Jahre spendete, wurde in Cervarolo gegen den Widerstand der Dorfbevölkerung vom Partisanenverband angebracht. Die EinwohnerInnen hatten kein Wort der verhaßten Sprache in ihrem Ort dulden wollen.

Fortsetzung nächste Seite

ITALIENISCHE GESCHICHTE:

1940	Dreimächtepakt zwischen Deutschland, Italien und Japan
25.7.43	Mussolini als Ministerpräsident abgesetzt u. festgenommen, nicht-faschistische Regierung unter Marshall Badoglio eingesetzt
8.9.43	Waffenstillstand mit den Alliierten, Ende der Achse Berlin-Rom
22.9.43	Republica Sociale Italiana (RSI), Marionettenstaat Mussolinis mit Hauptstadt Saló am Gardasee wird ausgerufen (gemeinhin gilt als Anfang der 8.9.43 und als Ende der 25.4.45, 600 Tage = 20 Monate)
13.10.43	erklärt Rest-Italien seinen damaligen Verbündeten den Krieg
17.6.- 30.7.44	PartisanInnenrepublik »Montefiorino« in den Regionen Reggio und Modena (ist jetzt gerade 50 Jahre her)
28.4.45	Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Italien; Mussolini wird auf der Flucht gen Schweiz und Deutschland von PartisanInnen erschossen

INTERVIEW:

»Ohne den Widerstand der Frauen wäre der Faschismus nicht besiegt worden«

Auszüge eines Interviews von Reiseteilnehmerinnen mit Priama, 56 Jahre, in Reggio Emilia, Juli 1994.

CONTRASTE: Wie würdest Du die Rolle der Frauen in der Resistenza beschreiben?

Priama: Die Frauen hatten eher eine untergeordnete Rolle, in dem Sinne, daß sie keine oder kaum Entscheidungspositionen besetzt haben. Aber das heißt nicht, daß sie nicht eine ausgesprochen wichtige Funktion hatten. Ohne die Frauen in der Resistenza, da bin ich mir sicher, wäre der Faschismus nicht besiegt worden.

In dem Moment, in dem der Partisanenkampf anfing, hat die Frau eine aktive Rolle in der Politik übernommen, was vorher nicht der Fall war ... Die Frauen haben damals 1943 z.B. eine große Demonstration hier organisiert für Brot, Frieden und Freiheit, an der sehr viele Menschen teilgenommen haben ... Ab dem 8. September 43 haben viele Frauen sich selbst organisiert und z.B. Deserteuren aller politischen Richtungen geholfen, Zivilkleidung zu bekommen, was damals sehr schwierig war.

Was war Deiner Meinung nach der charakteristische Unterschied zwischen dem Widerstandskampf der Frauen und dem der Männer?

Die Rolle der Frau war eine ganz andere als die der Männer. Die Männer sind entweder in den Wald gegangen oder in die Berge, und dann waren sie ganz bei den Partisanen. Sie sind also rausgegangen aus ihrer sozialen Umgebung.

Die Frauen hatten dagegen ein Doppelleben auszuhalten: Sich selbst zu schützen, aber auf keinen Fall aufzufallen gegenüber ihren Kindern, ihren Eltern, Verwandten, Nachbarn etc. Die Frauen mußten also ständig wechseln zwischen der Welt der Partisanen und ihrem Familien- und Arbeitsumfeld, dem illegalen und dem legalen Leben. Im Extremfall war es so wie bei zwei Schwestern, die ich kannte, die beide bei den Partisanen waren und dies nicht voneinander wußten.

Gab es Gewalt von Seiten der Männer gegenüber den Frauen in den PartisanInnengruppen?

Ich weiß nicht, was an sexueller Gewalt zwischen den Partisaninnen und Partisanen vorgekommen ist. Ich habe es immer eher als Kameradschaft gesehen, aber tatsächlich weiß ich es nicht. Aber jeder Frau, die in die Resistenza ging und damit aus der traditionellen Rolle fiel, war klar, daß sie damit sich und ihren Körper einsetzte und mit Vergewaltigungen zu rechnen hatte. Sie setzte damit teilweise ihre Jungfräulichkeit aufs Spiel, die ja damals auch noch einen sehr hohen Stellenwert hier in Italien hatte.

Was meinst Du, warum die Frauen von sich aus so wenig über ihren Kampf in der Resistenza sprechen?

Das Schweigen der Frauen hängt damit zusammen, daß die meisten nach der Befreiung wieder in ihren Privatbereich zurückgegangen sind. Viele, wie z.B. auch meine Mutter, konnten weder lesen noch schreiben und von daher auch ihre Erinnerungen nicht festhalten. Frauen haben oft völlig isoliert ihren Widerstand geleistet im Gegensatz zu den Männern, die in den Partisanengruppen ihren Rückhalt hatten.

Wie war der Umgang mit den ehemaligen PartisanInnen nach Kriegsende?

Nach dem Krieg ist ein Gesetz erlassen worden, das den Partisanen eine bessere Pension zubilligte oder den Verwandten der Gefallenen eine Entschädigung. Und in diesem Gesetz waren Männer und Frauen gleichgestellt.

Aber viele Frauen haben sich doch gar nicht als Partisaninnen registrieren lassen?

Ja, das stimmt. Da ist die Mentalität wohl unterschiedlich.

Wie geht es Dir angesichts der aktuellen politischen Situation in Italien, angesichts des Einzugs der Faschisten ins Parlament?

Ich habe sehr viel Angst und ich hoffe, daß die 4 Jahre, die dieses Parlament an der Macht ist, so schnell wie möglich vergehen. Ich fürchte für Europa, daß der Rassismus immer schlimmer wird. Aber wenn sich eine faschistische Diktatur hier wieder etablieren sollte, werde ich die Geschichte meiner Mutter, die damals sehr aktiv Widerstand geleistet hat, weiterführen und alles mir Mögliche dagegen unternehmen. Das Schlimme für mich persönlich ist, daß die Kommunistische Partei damals sehr stark war, aber heute am Boden liegt. Ich habe damit meine politische Heimat verloren.

Wie erklärst Du dir die wachsende Popularität der Faschisten hier in Italien?

Die Gründe für die Wahlsiege liegen meiner Meinung in den immensen Korruptionsskandalen, die aufgeflogen sind und in die auch die Sozialisten stark verwickelt sind.

Die Leute haben zu den linken Parteien kein Vertrauen mehr. Obwohl ich sagen muß, daß die »roten« Regionen, wie die Emilia oder die Toskana, am besten in Italien funktionieren.

Hier gibt es die besten Sozialversorgungen, und die Leute, die aus dem Süden, z.B. aus Neapel hochkommen, kommen, um hier Arbeit zu suchen. Die linken Regierungen haben hier ein gutes soziales System aufgebaut und ich wüßte nicht, was mir hier fehlt. Hier kann man gut leben. ●

Interview: Heike Herrberg, Sanne Kaperlat
Übersetzung: Renate Back

Anzeige

ZUM SUPER WAHLJAHR

graswurzel revolution

Monatszeitschrift für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

Massenzeitung

★ 7 Argumente gegen die Beteiligung an Wahlen ★ Die richtige Wahl: Basisbewegungen stärken, statt auf die "offizielle Politik" starren ★ Schicksalswahl gegen Rechts? ★ Zur Funktion von GRÜNEN/Bündnis 90 und PDS im parlamentarischen System ★ Das Parlament als patriarchale Institution ★ Anarchistische Alternativen: Selbstorganisation, Direkte Aktion, Libertärer Föderalismus
Vier Seiten im Zeitungsformat. Nur gegen Vorkasse. Mindestabnahme: 20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM, 100 Ex.: 30 DM, 400 Ex.: 100 DM, 1000 Ex.: 200 DM. Weitere Preise auf Anfrage.

Sonderheft zur Kritik der Parlamentarischen Demokratie

★ Aktuelle Grundzüge des anarchistischen Antiparlamentarismus ★ Die integrative Funktion des Parlaments: Eine Aktualisierung der Parlamentarismuskritik Agnolis ★ Der parteipolitische Abweg: Sozialismus als Staatlichkeit oder Anarchie? ★ Parlamentarismus und Frauenbewegung ★ Originaltexte von Reclus, Kropotkin, Oerter, Friedeberg, Rocker, Rühle ★ Wie organisiert sich die befreite Gesellschaft? Alternativen zum Parlament: Libertärer Föderalismus, Räte, direkte Demokratie
Neuauflage der Antiparlamentarismus Sondernummer. 100 Seiten im A4-Format. Einzelpreis 10 DM. Rabatte bitte erfragen.

Schnupperabo (4 Ausgaben) gegen 10 DM Vorkasse. **Jahresabo** (10 Ausgaben pro Jahr) kostet 35 DM.

graswurzel revolution Kirchstr. 14 29462 Wustrow Tel.: 05843/1403

WER WÄHLT, HAT DIE EIGENE STIMME BEREITS ABGEGEBEN!

FORTSETZUNG VON SEITE 10

»Ich habe heute noch Herzklopfen, wenn ich Euch davon erzähle«. Während Giuseppe, der Präsident des Partisanenverbandes spricht, werden in den Häusern am Platz um uns herum die Fensterläden geschlossen. Hier erleben wir zum ersten Mal nicht die Herzlichkeit und Offenheit, die uns in diesen Tagen immer entgegengebracht wird und uns oft schon mit Beschämung erfüllt.

TEE ODER TABAK

Wir haben inzwischen wieder einige Höhenmeter überwunden und stehen an der Stelle, wo im Mai '44 der erste Fallschirmabwurf seitens der alliierten Engländer für die PartisanInnen stattfand. Außer Waffen gab's auch Schokolade, Handtücher, Seife und Tee, den die PartisanInnen zunächst für Tabak hielten, da die meisten von ihnen aus armen Familien kamen und Tee nicht kannten. »Aber auch gekocht schmeckte er uns nicht« erzählt Roberto amüsiert ihre damaligen Erlebnisse, »den können die Engländer behalten«. Die Gedenktafel, die 1986 hier zwischen den Bäumen aufgestellt wurde, war im letzten Jahr Ziel eines Neonazi-Angriffs und ist erst seit einer Woche wieder hergestellt. Im Bus übersetzt uns ein Zeitzeuge später einen Zeitungsartikel über den aktuellen Skin-Aufmarsch vom 23. Juli 1994 in dem ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald.

Die Unterstützung der PartisanInnen durch die Alliierten dauerte nicht lange. Im Winter '44/45 wurde sie völlig eingestellt, da die Engländer und Amerikaner Angst hatten, die kommunistischen Partisanenverbände könnten nach Beendigung des Krieges eine zu starke Kraft in Italien werden. »Truman hat gesagt, er hoffe, daß der letzte kommunistische Partisan im Kampf mit dem letzten Faschisten fällt«, erinnert sich einer der Genossen.

KONTINUITÄTEN

In den 50er Jahren wurden viele ehemalige PartisanenkämpferInnen Opfer von Verhaftungen, weil sie z.B. Streiks zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen anführten. Jahrelange Untersuchungshaft war zum Teil die Reaktion auf diese Proteste.

»1960, als die Christdemokraten in die Allianz mit den Faschisten gegangen sind, gab es fünf Monate lang den Zustand, daß die Leute ständig auf der Straße waren, daß sie verhaftet und geschlagen wurden, daß Leute auf der Piazza erschossen wurden, es war nahezu ein Volksaufstand,« erzählt uns eine Zeitzeugin. Bei einer großen Demonstration im Juli 1960 gegen die Etablierung des faschistischen Bündnisses wurden auf der Piazza in Reggio Emilia fünf Menschen erschossen, darunter drei, die die Resistenza überlebt hatten. Die Umstände der Ermordung legten damals die Vermutung nahe, daß es sich hierbei um gezielte Morde gehandelt hat. Daß die Zeit der Resistenza und die Erfahrungen der PartisanInnen sich kaum in den Geschichtsbüchern wiederfinden, wie Antonio, der junge Historiker aus Reggio Emilia uns erzählt, versteht sich da fast von selbst.

In Ligonchio haben wir als »Deutsche Delegation«, wie wir überall empfangen werden, endlich die Gelegenheit, mit Frauen aus der Resistenza persönlich zu sprechen.

»Wir Frauen hatten ja damals nicht nur den Kampf gegen den Faschismus zu führen, sondern auch den gegen unsere Benachteiligung« erzählt Giaconda. Mit dem Ziel der Gleichberechtigung für Frauen wurden die »gruppi di difesa della donna« (Frauenverteidigungsgruppen) gebildet. Aber die politische Arbeit in den Frauenverteidigungs- und in den Versorgungsgruppen wurde nach dem Krieg nicht als Arbeit in der Resistenza anerkannt. Voraussetzung für diese Anerkennung war unter anderem die Beteiligung an drei bewaffneten Aktionen. Für viele Frauen bedeutete

Auf den Spuren..., Juli 1994 Foto: Sanne Kaperlat

das, auf die finanzielle Entschädigung, die es für ehemalige PartisanInnen gab, verzichten zu müssen. (vgl. Interview)

WIDERSTAND IN DER PO-EBENE

Zurück in Reggio Emilia, dem Ausgangsort unserer Spurensuche, erkunden wir am nächsten Tag die Po-Ebene mit dem Fahrrad. Das Wissen einiger TeilnehmerInnen um die Geheimnisse des Reifenflickens erweist sich auf unserem Weg in das 15 km entfernte Campegine mehrmals als sehr nützlich. Unser Ziel ist der Cervi-Hof, wo wir mit überlebenden Frauen der Cervi-Familie zusammentreffen. Die sieben Söhne wurden im Dezember 1943 hingerichtet, weil sie sich geweigert hatten, die obligatorische Lebensmittelabgabe an das faschistische Regime zu leisten und als eine der ersten aus der Region als Partisanen in die Berge gingen.

Ein Teil des Hauses ist heute als Museum gestaltet und beeindruckt durch eine Fülle von Dokumentationsmaterial. Die anwesenden Frauen, u.a. Maria, die Tochter eines der ermordeten Brüder, mit denen wir nachmittags im Garten zusammensitzen, wollen von uns wissen, wie der Widerstand unserer Familien im Faschismus ausgesehen hat. Leider kann niemand von uns eine/n WiderstandskämpferIn in der Familie vorweisen, vielmehr waren/sind die meisten von uns mit dem (bekannten) Phänomen konfrontiert, daß niemand unserer älteren Verwandten etwas gewußt haben will. »Im Gegensatz zu dem, wie Ihr die Situation hier erlebt habt, war es bei uns überhaupt nicht selbstverständlich, Leute zu verstecken, und heute erst wird das Tabu der vielen Denunziationen von Seiten der Zivilbevölkerung gebrochen«, sagt eine Teilnehmerin. Unsere positive Einschätzung des italienischen Widerstandes dämpft eine der anwesenden Zeitzeuginnen; denn »hier war auch nicht alles so gut, schließlich konnte sich Mussolini 20 Jahre halten. Der Massenwiderstand hat hier auch erst 1943 angefangen.« Und der anwesende ältere Genosse ergänzt, daß Reggio Emilia als »rote Provinz« schließlich nicht repräsentativ für ganz Italien ist.

Die Frauen verabschieden sich gegen Abend, da sie in die Küche zum örtlichen Unita-Fest müssen. Das traditionelle Fest der kommunistischen Partei, die sich seit der »Wende« PDS (Demokratische Partei der Linken) nennt, bildet auch für uns den Abschluß dieses eindrucksvollen Tages.

LA STORIA DELLA RESISTENZA

Eine weitere Station ist das Geschichtsinstitut von Reggio »INSTITUTO PER LA STORIA DELLA RESISTENZA E DELLA GUERRA DI LIBERAZIONE«, das 1967 gegründet wurde, um den Befreiungskampf der 40er Jahre zu dokumentieren. Heute wird es eher zu Forschungszwecken genutzt. Es gehört zu einem Verbund von insgesamt 65 Instituten verschiedener Landkreise in Mittel- und Norditalien, die den Schwerpunkt »Resistenza« haben und außerdem zur allgemeinen Zeitgeschichte arbeiten.

In Reggio existiert neben dem umfangreichen Archiv (250 Ordner und 7.000 Bücher), auch eine Fotothek, es werden regelmäßig ein Jahresalmanach zu Forschungsarbeiten bzgl. Regionalgeschichte herausgegeben, Weiterbildungsmaßnahmen mit LehrerInnen und Schulen durchgeführt, Diplomarbeiten betreut sowie Kongresse veranstaltet.

Begrüßt werden wir von Massimo, dem Direktor des Institutes und Mitglied in der Gruppe junger Historiker. Außerdem treffen wir noch jüngere Leute aus zwei Gruppen; bei diesem Termin soll es um antifaschistische Arbeit heute gehen. Die AktivistInnen einer Jugendgruppe innerhalb der anarchistischen Föderation begreifen ihren Schwerpunkt in der kulturellen Arbeit: »Das Problem ist nicht die politische Rechte, sondern die kulturelle Rechte«, ... »denn Berlusconi's Propaganda kommt unkommentiert per Fernsehen jeden Abend in alle Wohnzimmer«. Dem erstarkenden Patriotismus wollen sie Internationalismus entgegensetzen und leben u.a. auch mit Flüchtlingen zusammen. Während der großen Schulstreiks im vergangenen Jahr holten sie im Rahmen einer selbst organisierten Aktionswoche ZeitzeugInnen der Resistenza in die Schule.

Trotz vieler gegenseitiger Abgrenzungsbemühungen sind sich die VertreterInnen der Gruppen einig, daß so etwas wie ein »antifaschistischer Konsens« in Norditalien quer durch alle Parteien (ausgenommen der neofaschistischen MSI/AN) existiert. Diese Meinung wird auch in den zahlreichen Diskussionen mit den ZeitzeugInnen immer wieder formuliert. »Die Erfahrungen von Resistenza und Faschismus sind so prägend, daß sich eine antifaschistische Grundhaltung nicht so leicht verändern läßt«. – Schwer nachzuvollziehen, gehen wir von unseren Informationen über Lega Nord und Forza Italia aus.

Eine junge Frau räumt ein, daß der Mythos »Stark sein« als Konzept von den Rechten vertreten werde, somit sei es bei den Jüngeren »modisch, rechts zu sein«. Die Linke habe nichts entgegenzusetzen und »viele von uns haben das Grauen des Krieges nie erlebt«.

Welche Bedeutung dieser Krieg für die PartisanInnen hatte, haben wir in dieser intensiven Woche erfahren. Für alle TeilnehmerImen waren die persönlichen Begegnungen sehr beeindruckend, ebenso wie die Herzlichkeit und das Vertrauen, das uns die ZeitzeugInnen entgegengebracht haben. Wir hoffen, daß wir uns nicht zum letzten Mal begegnet sind! ●

Das BILDUNGSWERK für Friedensarbeit führt diese Seminarfahrt noch einmal vom 2. bis 11.9.94 durch, außerdem im Mai 95. BF, Alfred Bozi Str. 10, 33602 Bielefeld, 0521 / 17 91 48

Sanne Kaperlat, Heike Herrberg

ZUKUNFTSWERKSTATT FÜR EINE BESSERE PROJEKTFINANZIERUNG:

Wir sind der Staat

Die vergangene sozialpolitische Tagung der AG SPAK befaßte sich mit der Frage, wie gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit gerecht finanziert werden kann. Die Form der Zukunftswerkstatt erlaubte auch, Ideen zu formulieren, deren Umsetzung erstmal nicht unbedingt realistisch sein muß.

Von Dieter Koschek, Redaktion Sozialpolitik ● Es wird ein »Initiativen- und Projektefonds« eingerichtet, der sich besonders an die »Neuen Sozialen Bewegungen« richtet: Dieser Fonds soll aus verschiedenen Mitteln gespeist werden; entsprechende Haushaltsmittel der verschiedenen Ministerien (manche sprachen von der Hälfte des Haushaltplanes), zweckbestimmte Bußgelder, Sponsorenpools, Direktförderung des Fonds durch höhere Abschreibungsmöglichkeiten und höhere Spendenfreibeträge als »soziale Investitionen«. Denkbar ist auch ein eigener Sozialfonds der Projekte. Dieser somit gut ausgestattete Fonds sollte durch die Projekte in Form eines Projekterates für Selbstverwaltung, Innovationen und Utopien verwaltet werden, indem die »neuen Sachverständigen« – nämlich die Beteiligten selbst – selber verwaltet werden.

Dieser Fonds soll eine Pauschalfinanzierung für bewährte Projekte erarbeiten, neue Projekte risikofreudig fördern und bestehende Projekte als Zukunftsinvestition so fördern, daß Experimente möglich sind.

Als Verwaltungsebenen dieser Fonds wären Arbeitsgruppen und Beauftragte für Projektentwicklung auf allen politischen Ebenen zu sehen, besonders auf kommunaler. Dort müßte eine Projekt- und Initiativenentwicklung fortgeschrieben werden unter größtmöglicher BürgerInnenbeteiligung. Diese Verwaltungsebene soll notwendige Initiativen richtiggehend ausschreiben und entsprechend vergeben. Diese »Behörde« wäre auch für die Bereitstellung von Infrastruktur für Initiativen (Schreibbüros, Druckerei, Telekommunikation, ...) zuständig.

Dieser Initiativenfonds war eine der Ideen auf der Zukunftswerkstatt für eine bessere Projektfinanzierung der AG SPAK. Als weitere Ideen wurden die Grundsicherung und die Demokratisierung – speziell hier ein Grundrecht auf kreative innovative Initiative – genannt.

SOZIALPOLITIK VON UNTEN

Die Zukunftswerkstatt als eine »Sozialpolitische Tagung« ausgeschrieben, eine Reihe der AG SPAK, mit der sie versucht, Engagierte aus verschiedenen sozialen Bewegungen an einen Tisch zu bekommen – und dadurch zu der Entwicklung einer gemeinsamen Sozialpolitik von unten beizutragen.

Mit der Fragestellung wurde eine Diskussion aufgegriffen, die besonders aus dem Osten unserer neuen Republik kommt: Wie kann gesellschaftlich nützliche und notwendige Arbeit gerecht finanziert werden?

Der dafür ausgedachte Projektefonds fordert natürlich sofort zu weiteren Fragestellungen heraus, die die TeilnehmerInnen der Zukunftswerkstatt auf unterschiedlichste Weise zu erarbeiten versuchten.

Neben dem Versuch einer Aufstellung aktueller Finanzierungsmöglichkeiten wurde in weiteren Kleingruppen an der Konkretisierung des Fonds gearbeitet. Während die Oberziele relativ leicht zu finden waren (Abschaffung der Armut, Freies Kulturleben), war die Aufstellung von Kriterien für die Mittelvergabe schon erheblich schwieriger, denn das bürokratische Denken unserer Finanzgeber steckt viel zu tief in unseren Köpfen.

Ich war in einer Kleingruppe, die sich Gedanken gemacht hat, wie wir denn nun zu dem ersehnten Geldregen kommen können. Neben dem erwarteten Bewußtseinswandel, daß Veränderung und Dynamik nicht mehr als Kritik und Bedrohung erlebt wird, sondern als Leben und Qualität, stand die Frage nach einer kraftvoll und selbstbewußt auftretenden Bewegung im Vordergrund. So betrachteten wir die Bedingungen, wie sich soziale Bewegungen vernetzen müßten, um diesem Ziel einen Schritt näher zu kommen. Basisgruppen sollten sich drei Ebenen widmen: ihrer bisherigen inhaltlichen, der zwischenmenschlichen und der Zuordnung zu einer vernetzten Bewegung.

Voraussetzung für eine Vernetzung ist, daß die Selbstbestimmung der Gruppen und ihrer Zusammenschlüsse geachtet wird, daß keine fomalisierten Vorrechte entstehen und es keinen Zwang zur Mitarbeit gibt.

KOORDINATION UND VERNETZUNG

Die Vernetzung soll auf den bereits bestehenden sozialen Bewegungen aufbauen und deren Netze als Grundlage verstehen. Neben Koordinationsbüros, die zwischen den unterschiedlichen Bewegungen vermitteln und den Gesamtzusammenhang herstellen, sollten gemeinsame Aktionsformen wie Kampagnen (z.B. Jäger 2000 stoppen – Für soziale Sicherheit) oder Kongresse (wie z.B. die Alternativenversammlung oder das »Bürgerforum Paulskirche) versucht werden.

Als weitere Konkretisierung wurde genannt: Die Regionalisierung von Expertenpools in allen Bundesländern, die einen Überblick erstellen über die diversen sozialen Bewegungen und deren Netze.

Ein erster Schritt im Hinblick auf die Finanzierung könnte die Organisation eines Informationsaustauschs zwischen allen Empfängern öffentlicher Gelder sein - inclusiver derer, deren Antrag abgelehnt wurde. Durch ein solches Zusammenkommen wäre ein wichtiger Schritt möglich, um Vertrauen zu schaffen – notwendig im Hinblick auf den neu zu schaffenden Projektefonds.

Die Tagung soll intensiv ausgewertet werden und eine mögliche Fortsetzung der Arbeit – evtl. als Arbeitsgruppe – stand im Raum. Wichtig wäre auch, die Erfahrungen der bisherigen Ansätze von Selbsthilfeförderung in Bremen, Berlin, Nürnberg und München auszuwerten.

Die Tagung fand im selbstverwalteten Kulturzentrum Lagerhaus in Bremen statt – mitten im Ostertorviertel, das einem die Problematik der Drogenabhängigkeit unmittelbar erleben läßt. Die Vielfalt der Projekte im Lagerhaus spiegelte sich auch in der Verpflegung wieder: Bremer »Meeres«-Tiere und kurdisches Frühstück. Wie immer war der informelle Teil gleichberechtigt neben dem offiziellen Thema: wo trifft man schon mal dreißig erfahrene Frauen und Männer aus den unterschiedlichsten Projekten und Initiativen im Umfeld der sozialen Bewegungen. So kam es zu einem interessanten Erfahrungsaustausch am Rande der Diskussionen. ●

BÄCKEREIEN TREFFEN SICH WIEDER

Wer nachts bäckt, schläft tagsüber – oder ?

Ja früher, da trafen sich die Bäckereien regelmäßig, wie viele andere selbstverwaltete Betriebe. Alltagsstreß und BäckerInnenleben machte dem irgendwann den Garaus. Schon etwas länger her, an Pfingsten, trafen sich zum zweiten Mal 20 MitarbeiterInnen aus 6 Bäckerei-Kollektiven, um die vereinzelt privaten Kontakte wieder in Form eines regelmäßigen Treffens aufleben zu lassen. Ein Bericht von Andreas Küstermann, Redaktion Handwerk.

Foto: Andreas Küstermann

Daß man sich in Neckargerach in der Läufertsmühle traf, also wie schon das letzte mal in Süddeutschland, hing ursächlich sicher auch zusammen mit dem Engagement des Bäckereikollektivs Weber aus Winnenden bei Stuttgart, deren Kontaktfreude schon immer weit über den Laden vor der Backstube hinaus gegangen sind, obwohl Veranstalterin der freundliche Drache Mahlzahn aus Heidelberg war. Samstag früh also Schicht und Anreise zum Treffen: Doppelkorn aus Hannover, Störtebäcker, Oldenburg, K.O. Back München, von der Hofgemeinschaft Lindenhof, Mahlzahn aus Heidelberg und eine reisende Gesellin, die beim schönen Wetter die notwendige Wäsche ihrer Pfeffer und Salz gemusterten Konditorinnen-Kluft organisierte. Weniger als angemeldet, aber doch mehr als das letzte Mal. Und das Programm dicht gedrängt. Wollten die meisten doch Sonntag nach dem Mittagessen schon wieder die Heimreise antreten.

ERFAHRUNGSAUSTAUSCH

So wird meist genannt, was mit kennenlernen, vorstellen und dem allgemeinen Klatsch und Tratsch beginnt. Schließlich hat man sich ein Jahr nicht mehr gesehen. Das Thema Qualität und Rohstoffe bringt ans Tageslicht, daß auch hier Europa durch die Hintertür Einzug in die Backstube gehalten hat. Die EU-Bio-Kontrollverordnung hat nämlich alle bewogen, die letzten konventionellen Rohstoffe gegen kontrolliertbiologische umzustellen. Neben den anerkannten Anbauverbänden wie Demeter, Bioland und anderen kommen vor allem regionale KleinanbieterInnen und DirekvermarkterInnen zum Zug, ja werden im Zweifel regelrecht aufgebaut. So stammt die Brezel oder der Kipf womöglich vom Feld vor der Haustüre ab, was die Ökobilanz erfreut.

BROT UND LOHN

Die offensichtlichen Unterschiede zwischen manchen wohlhabenden und den etwas weniger betuchten Bäckereien führen über die Frage der Lohnstrukturen schnell zu den harten Marks. Stundenlöhne, Bedarfslöhne oder Gehälter sind alle vertreten, teilweise dann durch Aufbesserungen in Zuschlagsform. Entscheidungsfindungen im Alltag interessierten andere und der formelle Rahmen von Konsens oder Plenumshäufigkeit wurde bald für Fragen der Verantwortung im Alltag oder auch der Macht verlassen. Diskussionsleitung oder die Suche nach verdeckten Konflikten, Gesprächskultur und Motivation interessierten weitaus mehr. Bei Doppelkorn z.B. etabliert sich im Augenblick ein Leitungskreis mit jeweils zwei Leuten aus jeder der drei Abteilungen, die nun mit Mandat das tun, was vorher über heimliche Hierarchien ging.

DAS ALLTÄGLICHE IST POLITISCH

»Personalfragen« steht oft als Synonym für die Schwierigkeit, überhaupt jemanden Neues zu finden. Einarbeitungspläne gewährleisten dann aber bei Neubeginn, daß zumindest in den Backstuben die Rotation ziemlich verwirklicht ist. Selbst Politik wird in manch einer Backstube noch gemacht: Seele, so heißt ein längliches, genetztes Brötchen bei der Bäckerei Weber, waren früher mit dem Beinamen »Sandino« ausstaffiert, was bedeutete, daß ein fester Betrag des Jahreserlöses dieses Gebäcks in politische Projekte in Nicaragua floß. Die legendäre Qualität der Seelen hat sich zwar erhalten, das Geld fließt heute allerdings in Entwicklungprojekte in Kuba in Kooperation mit »Taller de la Solidaridad« in Darmstadt. Die Existenz der Kollektive und ihre Präsenz im sozialen Alltagsleben, »das Da-sein und etwas tun«, übertrage sich nach Ansicht vieler TeilnehmerInnen auch langsam auf die direkte Umgebung. Auch die eigene Versorgung in Form zusätzlicher Rentenversicherung interessierte, und so stand die Vorstellung des netz-Versorgungswerks mit auf dem Programm. Nicht nur die Revolutionen, auch ihre UnterstützerInnen werden älter.

ALLE JAHRE WIEDER

Da die meisten die Zeit als viel zu knapp bemessen empfanden, wird das nächstjährige Treffen wieder über Pfingsten – also etwas länger – angelegt sein. In Norddeutschland veranstaltet, soll es zusätzlicher Anreiz sein, den Kreis zu erweitern und vor der Haustüre, noch den einen oder die andere mehlbestaubte GesellIn nach der Schicht dazuzugewinnen. Apropos: Die Arbeitskluft der reisenden Bäckerin fand gerade genug Zeit, um trokken zu werden. ●

Kontakt:
Bäckerei Weber, Ringstraße 48, Winnenden

Anzeige

WECHSEL WIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.

Nr. 68, August 1994

Schwerpunkt:
Ingenieurinnen und Ingenieure
Das Dilemma der "Fortschrittmacher" ... Der Preis der 'Autonomie' ... Business Reengineering ... IngenieurInnenarbeit ist teilbar!

Naturwissenschaft und Technik:
Krebsregister: messen statt handeln ... Transplantationsgesetz und Hirntod

Gesellschaft und Politik:
Habermas und Müll ... Sozial-ökologische Erneuerung der Forschungs- und Technologiepolitik ... Lean Society

Frauen:
Alte Biologismen und neue Gene

Bestellen Sie mit diesem Coupon
☐ Probeheft für 3 DM in Briefmarken
☐ Das aktuelle Heft für 10 DM (Scheck!)
Bestellungen an WECHSELWIRKUNG, Mariabrunnstr. 48, D - 52064 Aachen

Contrast

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Kooperativ und solidarisch lernen

Unter dem Titel »ist Selbstverwaltung erlernbar?« fand vom 5. bis 14. August im Haus der Bildungsstätte Munzel bei Hannover das diesjährige Sommerseminar des »Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie« (TAK AÖ) der AG SPAK statt.

Peter Streiff, Redaktion Heidelberg ● Der offene Arbeitskreis der AG SPAK besteht seit sechzehn Jahren und hat sich zur Aufgabe gesetzt, Menschen aus selbstverwalteten Zusammenhängen, aus der traditionellen Wirtschaft und auch Studierende zusammenzubringen, um gemeinsam Gedanken und Konzepte zu alternativer Ökonomie zu entwickeln. Der Ausgangspunkt für die Arbeitsschwerpunkte im Sommerseminar war die Absicht, das Konzept einer »Akademie für kollektives Management« weiter voranzutreiben. Die Themen der drei Arbeitsgruppen dokumentieren allein schon, daß eine Mehrzahl der TeilnehmerInnen den persönlichen Zugang zum Seminarthema wählte: »Meine persönliche Lerngeschichte – lernen, leiten, führen«, »Normen und Regeln in alternativen Zusammenhängen« und »wie wir gelernt haben, zu lernen und zu leiten«.

Die letztgenannte Arbeitsgruppe geriet schnell ins Grundsätzliche, ersetzte die in unseren Zusammenhängen oft genannten – und daher auch schon mit einem etwas abgegriffenen Beigeschmack versehenen Begriffe – alternativ und selbstverwaltet durch kooperativ und solidarisch, um sich dann dem Themenkreis »kooperatives und solidarisches Lernen« zuzuwenden. Den allgemein bekannten Lernund Lehrformen, die viel mit Macht, Konkurrenz sowie Wertungen und Normen zu tun haben, wurden kooperatives Lernen gegenübergesetzt, die sich u.a. durch gegenseitige Unterstützung, Synergie sowie Vertrauen und sinnliche Wahrnehmung kennzeichnen.

Zum umfassenden Selbstverständnis von Selbstorganisation gehört auch, nicht nur darüber zu reden, sondern dies zu tun, was z.B. kulinarische Selbstversorgung und diverse kulturelle Aktivitäten beinhaltete. Die Umgestaltung und Pflege des Gartens wurde vom Frauenteam des Hauses mit Freude aufgenommen, waren sie doch ausgiebig beschäftigt mit der drohenden Streichung einer Stelle für Mädchenarbeit, die seit mehreren Jahren erfolgreich läuft und nun wegen kommunalpolitischer Intrigen zu scheitern droht.

Wie in der letzten CONTRASTE angekündigt, fand zu Beginn des Sommerseminars die Fortsetzung der letztjährig initiierten Alternativenversammlung statt. Dabei wurde über die Weiterentwicklung der im letzten Jahr vorgestellten Vernetzungsprojekte berichtet und diskutiert. Die Themen: Entwicklungszentren für den Norden, Projekt soziales Wirtschaften, Lobbying, europäische Projektemesse, Greencard, sowie neu die Initiative für eine demokratische Republik, die zu wesentlichen Teilen von Menschen aus der Friedensbewegung getragen wird und Mitte September beim Bürgerforum Paulskirche in Frankfurt ihren nächsten Höhepunkt erlebt. Zum Thema Greencard bildete sich für einige Tage am Sommerseminar eine Arbeitsgruppe, deren Diskussionsstand zu diesem von vielen mit Interesse verfolgten Projekt in einer der nächsten CONTRASTE veröffentlicht wird.

Detaillierte Informationen sowohl zu Ergebnissen der Alternativenversammlung als auch des Sommerseminars können angefordert werden bei: TAK AÖ, Andrea Gerth, Löwenstr. 8, 68259 Mannheim. ●

KURZ BERICHTET

Versicherungsmakler stiftet Umweltpreis

Einen Wettbewerbspreis über 10.000 DM für ökologische Projekte hat der Düsseldorfer Versicherungsmakler »versiko« ausgeschrieben. Aufgerufen sind gemeinnützige und gewerbliche Organisatonen sowie Privatpersonen, die zum Schutz oder zur Förderung der Umwelt einen sinnvollen und innovativen Beitrag leisten.

Hinter der Wettberwerbsidee steht der Gedanke, den Dialog über Umweltfragen zwischen Forschung und Wirtschaft, zwischen Organisationen und Einzelpersonen zu fördern und zu intensivieren.

Eine unabhängige Jury aus maßgeblichen VertreterInnen der Umweltbewegung (u.a. BUND und Ökobank) wird aus den Einsendungen das originellste und sinnvollste Projekt auswählen. Sollte diese sich für mehrere Einsendungen gleichermaßen begeistern können, ist eine Aufteilung des Preises möglich.

»Als ältester und größter Versicherungsmakler im ökologischen Umfeld möchten wir mit diesem Preis ein Signal setzen,« erläutert Alfred Platow von der versiko die Hintergründe des Förderpreises. »Wir möchten zeigen, daß der Mut, sich für unsere Umwelt nicht nur verbal, sondern praktisch zu engagieren, auch zum Erfolg führen kann. Das beweist nicht zuletzt der Erfolg, den unser Öko-Investment-Projekt im Rahmen der privaten Rentenversicherung erzielt hat.«

Einsendeschluß für den neuen Umweltpreis ist der 9. September 1994. Der oder die GewinnerInnen werden dann Mitte November im Rahmen einer Festveranstaltung in Düsseldorf bekannt gegeben.

Anzeige

Politische Berichte ★

Zeitung für sozialistische Politik

Der Dialog von Sozialisten aus Ost und West hat bei uns einen festen Platz.

Aus unseren letzten Ausgaben:
★ Korea: Atomkonflikt von USA hochgespielt
★ Ulla Jelpke: Bonn bedroht Kurden mit Deportation
★ Angelika Beer und Michael Haberkorn zum Umgang der Grünen mit der PDS
★ Hans Modrow zu WEU und Atomwaffenplänen der BRD
★ Die „Kritischen Polizisten" zum „Verbrechensbekämpfungsgesetz"
★ Irmgard Möller weiter in Haft
★ Von Rot-Grün zu Rot-Grün-Rot
★ Großmachtpolitik in Ruanda

Preis pro Heft: 2 DM, Jahresabo: 65 DM (neue Bundesländer: 39 DM)

Probeexemplare anfordern!
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. (0221) 21 16 58, Fax: 21 53 73

ANHÖRUNG IM BAUAUSSCHUSS DES BUNDESTAGES

Förderung des genossenschaftlichen Wohneigentums geplant

Nach der Rechtsauffassung der Regierungskoalition gilt die Genossenschaft noch immer als Eigentum zweiter Klasse und die Mitglieder sind demnach von einer steuerlichen Förderung ausgeschlossen. Der Problemdruck auf dem Wohnungsmarkt macht jedoch erstmals eine ideologiefreie Diskussion über Alternativen der Neubauförderung möglich, in der auch Genossenschaften einen gleichberechtigten Platz erhalten. Damit könnte der Weg frei werden, auch geringer verdienenden Bevölkerungsgruppen den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen.

Thomas Schaefers, Redaktion Genossenschaften ● Im Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages fand am 18. Mai 1994 erstmals eine Anhörung zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus statt. Der Ausschuß hatte eine Reihe von Verbänden und Sachverständigen eingeladen und um Beantwortung eines umfangreichen Fragenkatalogs gebeten. Gegenstand und Anlaß der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Ziel des Antrags sollte es sein, durch eine steuerliche Förderung der Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften Voraussetzungen für eine bessere Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus zu schaffen. Die Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften sollen eine steuerliche Förderung erhalten, die der Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums vergleichbar ist, inklusive einer Baukindergeldregelung für Familien mit Kindern. Damit soll verstärkt privates Kapital in den genossenschaftlichen Wohnungsbau gelenkt werden.

BESONDERE FÖRDERUNG DES NEUBAUS

Der GdW (Gesamtverband der Wohnungswirtschaft) schlägt in der Konkretisierung des SPD-Antrags folgendes vor: Für die Zeichnung von Geschäftsanteilen in Höhe von mindestens 10.000 bis maximal 100.000 DM sollte das Mitglied dann eine steuerliche Förderung erhalten, wenn mit diesem Kapital eine Neubaumaßnahme finanziert und das Mitglied SelbstnutzerIn einer Neubauwohnung wird – analog der Steuerförderung im Paragraph 10 e EStG für individuelles Einzeleigentum. Die Kapitalbeteiligung sollte einer Mindestbindungsfrist von zehn Jahren in der Genossenschaft unterliegen. Für die neuen Länder soll die Maßnahme nicht nur auf den Neubau beschränkt sein, sondern auch für die Modernisierung von Beständen gelten, da dies das vordringliche Problem in Ostdeutschland darstellt.

GENOSSENSCHAFT – EIGENTUM ZWEITER KLASSE?

Der GdW und andere Organisationen haben eine solche Steuerförderung für Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften bereits seit Jahren immer wieder gefordert. Erstmals jedoch befassen sich nun die Bundestagsfraktionen im Bauausschuß ernsthaft und konkret mit den ausgearbeiteten Vorschlägen. Der Verband hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, daß das genossenschaftliche Eigentum zwar kein individuelles Eigentum darstellt, aber auch mehr ist als die normale Mietwohnung und in seiner Ausgestaltung durch Mitgliedsrechte und Dauernutzungsrecht dem individuellen selbstgenutzten Wohnungseigentum so stark angenähert ist, daß auch eine steuerliche Förderung gerechtfertigt sei. Genossenschaftliches Eigentum stellt damit eine besondere Eigentumsform, eine spezifische Form des Gemeinschaftseigentums mit sozialer Bindung dar. Besonders nachhaltig unterstützen auch Vertreter der Wissenschaft und Forschung die vorgelegten Vorschläge. Wilhelm Jäger vom Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster stellte ebenfalls die besondere Qualität des Genossenschaftseigentums als Gemeinschaftseigentum in den Vordergrund.

Verwaltungsrechtler Walter Leisner stellte klar, daß Genossenschaftseigentum echtes Eigentum im Sinne des Grundgesetzes darstellt. Er warnte nachdrücklich davor, im Rahmen unserer Rechtsordnung Unterschiede zwischen verschiedenen Eigentumsformen und Klassen zu bilden. Das Grundgesetz unterscheide nicht zwischen direktem oder indirektem Eigentum. Insbesondere zitierte er den eindeutigen Verfassungsauftrag, selbst bei verschiedenen Eigentumsformen diese immer steuerlich gleich zu behandeln. Dieser Gleichbehandlungsgrundsatz sei unumstößlich und müsse auch das genossenschaftliche Eigentum einschließen. Eine steuerliche Gleichbehandlung sei auch schon deshalb gerechtfertigt, weil die gleichen Leistungen wie beim individuellen Eigentum erbracht werden: Ein Genossenschaftsmitglied bringt für seine selbstgenutzte wohnliche Versorgung privates Kapital auf, was eindeutig eine steuerliche Förderung analog der Förderung des Einzeleigentums rechtfertigt.

Bisherige sachenrechtliche Bedenken hinsichtlich der eingeschränkten Verfügungsgewalt hätten dahinter zurückzustehen, zumal durch die umfassenden Mitgliedsrechte in Genossenschaften ein fast vollständiges Verfügungsrecht bestehe, so Leisner weiter.

ALTSCHULDENHILFEGESETZ BENACHTEILIGT GENOSSENSCHAFTEN

In den neuen Bundesländern wurde von den Sachverständigen immer wieder die Behandlung des genossenschaftlichen Eigentums im Altschuldenhilfegesetz in Verbindung mit der Privatisierungs-Veräußerungsquote kritisiert. Danach sind die Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften gezwungen, mindestens 15 Prozent ihres Bestandes zu »privatisieren«, um von Altschulden entlastet zu werden. Die Sachverständigen forderten eine Anerkennung der genossenschaftlichen Rechtsform als Privatisierungsalternative zum Beispiel bei der Ausgründung von Bewohnergenossenschaften aus kommunalen Beständen. Dies vor allem in Hinblick auf die bereits realisierten Modellprojekte, die der GdW mit der Treuhandliegenschaftsgesellschaft bei der Privatisierung von Werkswohnungen durch die Gründung von Bewohnergenossenschaften beim Stahlwerk Maxhütte (CONTRASTE berichtete) und den Gröditzer Stahlwerken durchgeführt hat.

BISHER BREITE UNTERSTÜTZUNG, ABER ABLEHNUNG IM BUNDESTAG

Sämtliche schriftlich vorliegenden Stellungnahmen, die der Bauausschuß angefordert hatte, votierten eindeutig für eine steuerliche Förderung der Genossenschaftsmitglieder. Schon dies war auch für die Wohnungspolitiker der Fraktionen eine beeindruckende Tatsache. Einzig der Vertreter des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer hat sich in seiner mündlichen Stellungnahme zwar einer steuerlichen Förderung nicht verschließen wollen, sich aber gegen eine Gleichstellung des genossenschaftlichen mit dem individuellen Eigentum ausgesprochen.

Trotz einer positiven Würdigung der Vorschläge hat der Bauausschuß dem Bundestag eine Ablehnung des Antrags empfohlen. Mit den Stimmen der Koalition wurde der Antrag im Bundestag dann auch tatsächlich abgelehnt mit der »Begründung«, man wolle zunächst weitere Prüfungen der Rechtsgrundlagen vornehmen. Nach der Bundestagswahl im Oktober wird das Thema jedoch wieder ganz oben auf der Tagesordnung stehen. ●

LESERBRIEF

zu: Blätterwald e.G., Ausgabe Juli/August 94

Zur Sach-Ebene: Die Gegenüberstellung von 14.000 DM Maße und 2,1 Millionen Verbindlichkeiten ist kraß irreführend, handelt es sich doch dabei um die »freie« Maße nach Abzug aller Bank-Sicherheiten: das Warenlager, sämtliche Kunden-Forderungen und alle sicherheitsübereigneten Maschinen sind bei den 14.000 DM nämlich NICHT drin.

Zur Beziehungs-Ebene: Da wird das Schreiben des Amtsgerichts zum Ausgangspunkt einer Meldung genommen, mit Insider-Kenntnissen gemischt und ein schräges Bild daraus geformt, Vorstand und Aufsichtsrat einem schlimmen Verdacht ausgesetzt. Tut mir leid, Burghard Flieger, das ist ein völlig unakzeptabler Stil! Und auch von der Redaktion CONTRASTE hätte ich mehr erwartet, als reines Abdrucken, zumal persönliche Kontakte in der jüngeren Vergangenheit ja durchaus bestanden.

Arno Jung, Gießen

ANMERKUNG DER REDAKTION:

Im Amtsgerichtsschreiben heißt es wörtlich: »Dies ergibt sich aus den gerichtlichen Ermittlungen, insbesondere dem Gutachten des Sequesters Dirk Pfeil. Demnach ist bei der Schuldnerin lediglich eine Masse von 14.000 DM vorhanden, der Verbindlichkeiten von ca. 2,1 Millionen DM gegenüberstehen.« Eine solche Formulierung aus einem offiziellen Schreiben wurde als ausreichend solide angesehen.
Aufgrund dieses Leserbriefes besteht das Angebot an ein Vorstandsmitglied der Blätterwaldgenossenschaft, einen ausführlichen Hintergrundartikel über den Konkurs abzudrucken. Aus Zeitgründen ist dies abgelehnt worden. Stattdessen hat sich das Vorstandsmitglied aber bereit erklärt, für ein Interview zur Verfügung zu stehen. Dessen Abdruck kann hoffentlich in der nächsten CONTRASTE erfolgen. ●

Burghard Flieger

BUCHBESPRECHUNG

Lernen der Zukunft: kooperative Selbstqualifikation

Thema ist »das partnerschaftliche Verhalten von Personen mit unterschiedlichen Fachkenntnissen und Berufserfahrungen, die an neuen Aufgabenstellungen gemeinsam in der Gruppe voneinander und miteinander lernen und sich gegenseitig helfen, die dabei entstehenden Konflikte zu bewältigen«. Beispiele kommen aus Aus- und Weiterbildung, zu Lernstatt, Projektmanagement, Supervision, Planspiel, u.a.. Sie stammen meist von BMW, SEL, VW,. MBB, IBM, AEG & Co..

Der Ertrag für kleine Betriebe?

1. Die gruppenförmige integriert-ganzheitliche Form des Lernens, Miteinander-Lebens und Arbeitens ist trendy;
2. Auch in Großunternehmen tobt der Konflikt Kooperation – Hierarchie;
3. 'Selbständigkeit' und 'soziale Kompetenz' steigen im Wert, oft gegen die Vorgesetzten;
4. Die lernende Organisation bedarf dort einer Armada an Personal- und Organisationsentwicklern ...
5. Krisen und Konflikte sind zu sehen als Lebenselexier des Kleinbetriebs, die hierin geübten Menschen als sein (einziges?) Kapital.

Als 'Fundgrube' (Geleitwort) ist das Buch geeignet, erfordert Zeit. Die ein oder andere Perle ist zu bergen (z.B. Gerhard Schwarz zum Widerspruch zwischen Hierarchie und Projektgruppe). Andere Beiträge lohnen das Lesen nicht. Wie aussortieren? Ein auf 1/3 gekürztes 'The Best of Lernen der Zukunft' wären optimal. ●

Wolfgang Beywl

Heidack, Clemens: »Lernen der Zukunft: kooperative Selbstqualifikation – die effektivste Form der Aus- und Weiterbildung im Betrieb«, München 1993, [Lexika-Verlag] 148,– DM. (30 AutorInnen; 31 Beiträge, 515 Seiten.)

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

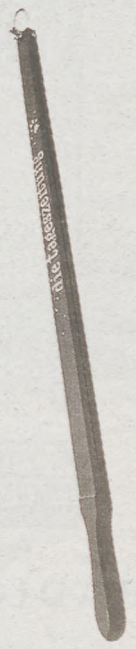
Anzeige

taz goes Tante Emma

Für alle, die nicht nur die taz lesen,
sondern mit der taz auch **kaffeetrinken, fahrradfahren, schreiben, sich die taz anziehen,**

Grüße verschicken oder die taz knitterfrei mit

sich 'rumtragen wollen, gibt's **„taz goes Tante Emma".**

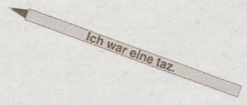


Bestellcoupon

Art-Nr.	Beschreibung	Preis	Anzahl	Zus.
1231	Sweatshirt, dunkelgrau, XL, (Aufdruck weiß/rot)	45,-		
1232	T-Shirt, mittelgrau, XL, (Aufdruck weiß/rot)	29,-		
1233	Postkarten-Set (3 Stück/4-farbig)	4,50		
1237	Pappkulis „Ich war eine taz", 10er-Set	10,-		
1238	Zeitungshalter aus Holz (rot/weiß)	15,-		
1240	Stahlthermosflasche mit gravierter Tatze (1/2 l)	69,-		
1241	Hanfgürteltasche	39,50		

Alle Artikel nur gegen Vorkasse (Verrechnungsscheck) und solange Vorrat reicht. Mindestbestellmenge DM 39,-.

Portopauschale 5,-
Gesamtsumme



Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Datum, Unterschrift: _____
O Verrechnungsscheck über die Gesamtsumme von DM _____ liegt hier bei.

Coupon & Scheck an: taz-Werbung, Kochstr. 18, 10969 Berlin.

contraste

taz, die tageszeitung.

INFORMATIONSMANAGEMENT

EDV-Netzwerke unerwünscht?

von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Die amerikanische Regierung scheint ja nach massiven Protesten aus der Industrie einzulenken: die hardware-implantierte elektronische Überwachung durch das CLIPPER-chip (vgl. letzte CONTRASTE) scheint nach neuen Meldungen erst mal vom Tisch zu sein. Der nachstehende eCE-Bericht aus Italien zeigt jedoch, daß eine Überwachung engagierter Computervernetzung dann vielleicht auch mit Brachialgewalt vorstellbar ist. Ist die Ära nach CLIPPER die Zeit der Razzien? Auch in Deutschland bekamen MailboxbetreiberInnen in diesem Jahr wiederholt unerbetenen Besuch durch die Polizei. Verschiedentlich erfolgten Beschlagnahmeaktionen von UserInnenlisten und -adressen.
Wir dokumentieren:

IN ITALIEN ...

Am 10. Mai 1994 brach in Italien eine Welt zusammen; genauer zwischen dem 10. und 12. Mai wurden etwa 120 Computer, 60.000 Disketten und eine noch unbekannte Anzahl von Modems und elektronischer Geräte von der Polizei beschlagnahmt. Unter dem Deckmäntelchen der Bekämpfung des »Besitzes illegal kopierter Software und elektronischer Geräte, die zur Fälschung geeignet sind« (also jeder Computer!) wurde kurzerhand das prominenteste und größte aller alternativen Netzwerke des Landes stillgelegt – Fidonet Italien.

Fidonet Italien ist ein Teil des weltweiten Fidonet, einer gemeinnützigen Organisation von ComputerbesitzerInnen, deren Ziel es ist, ihren BenutzerInnen Zugriff zu Informationen, Diskussionsmöglichkeiten und kostenlosen Computerprogrammen zu ermöglichen. Fidonet basiert auf der Bereitschaft seiner Mitglieder, ihre Informationen und Ressourcen mit anderen zu teilen. Im Laufe der Jahre hat sich Fidonet als wichtiges Informations- und Kommunikationsmedium vieler alternativer, auch politischer Gruppierungen etabliert. Raubkopien von Software sind für Fidonetter kein Thema – die Illegalität ist zu nahe, die Öffentlichkeit zu groß.

Wenige Wochen nach der ersten Aktion folgte ein zweiter Schlag: Betroffen waren diesmal hauptsächlich Rechner des Peace-Link-Netzes. Durch die internationale Szene ging ein Aufschrei des Entsetzens, der jedoch nie wirklich an die Öffentlichkeit drang. Zu fest ist die italienische Medienszene in den Händen von Berlusconi. Die Tatsache, daß im Staat des Medienzars eine lebendige, alternative Informations- und Diskussionsszene besteht, war offensichtlich ein Dorn im Auge der neuen Regierung. Die Fidonetter, die auf diese Weise um die politische Brisanz ihres Tuns erfahren mußten, bezahlen hier den Preis für eine »neue Politik«, für die es in ganz Europa Protagonisten gibt.

Ein Sprecher von Peace-Link meinte in einem Interview in der Zeitschrift »La Repubblica« (frei übersetzt): »Gerade als die weltweite BBS-Szene (Bulletin Board Systems) allgemein Anerkennung für ihre wichtige Rolle auf der kommunalen Ebene erreichte, zerschlugen die Gesetzeshüter in Italien diese Netzwerke, die immer schon deutlich gegen SoftwareKlau waren. Indem Dutzende von ehrlichen Mitwirkenden mit unmotivierten Beschuldigungen belastet wurden, war das Hauptziel dieses Schlags gegen die Aktivitäten der kleinen, lokalen Netze gerichtet – um Raum für die kommerziellen Netze zu schaffen.«

Im Rahmen dieser Aktion wurde etwa die Hälfte aller beteiligten Rechner außer Betrieb gesetzt oder beschlagnahmt. Fidonet Italien ist heute nur noch ein Schatten seiner selbst.

... UND IN DEUTSCHLAND?

In Deutschland kam aus den Reihen der CDU/CSU schon mehrmals der Vorschlag, den Zugriff auf Mailboxen einzuschränken oder zu verbieten. Vordergründig wurde dies mit verstärktem Vorgehen gegen Rechtsradikale und Rechtsextremismus begründet, die mittlerweile eigens aufgebaute Mailboxen zu ihrer Koordination verwenden – nachdem die Rechten durch die Selbstreinigungskräfte aus den verschiedensten Netzen, wie beispielsweise dem Fidonet, eliminiert worden waren.

Das Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FIFF), die deutsche Schwesterorganisation der eCE, betont, daß dies eine Änderung von Grundrechten zur Voraussetzung hätte. Ein solches Verbot (für Rechtsradikale) wäre wohl nur mit einer Gesinnungsprüfung vor einer Techniknutzung und/oder einer Zensur für elektronische Medien zu erreichen. Dies wäre nur mit einer Änderung des Grundgesetzes möglich. Die Effektivität und sogar schlichte Umsetzbarkeit eines derartigen Verbotes muß gut gegen den Abbau von Grundrechten aller abgewogen werden. Ein Verbot wäre für die Rechtsextremen technisch leicht zu umgehen. Die FIFF schlägt vor, doch endlich die vorhandenen Gesetze in voller Härte gegen Rechtsextreme anzuwenden, anstatt die Grundrechte der Allgemeinheit der Erosion auszusetzen. Nur HeuchlerInnen können nach Hoyerswerda, Rostock, Magdeburg, den Vorgängen im KZ Buchenwald und anderen die Meinung vertreten, man tue alles Nötige, um gegen Rechtsradikalismus vorzugehen.

Muß man Grundrechte erst abbauen, um sie gegen Rechtsradikale zu schützen?

DEAD OF CLIPPER?

Dagegen erste Erfolge des Widerstandes gegen Clipper aus den USA. Vize-Präsident Al Gore hat nun ein Einlenken der Regierung im Fall Clipper angedeutet. In einem Schreiben an Maria Cantwell, Mitglied des US-Kongresses, betonte Gore, Clipper sei weiterhin nur einer der Standards für sicheres Telefonieren, während man nun für die Entwicklung adäquater Verschlüsselungssysteme für Computernetzwerke auf die Zusammenarbeit mit Industrie und Universitäten setzen werde. Clipper war auf Grund der Tatsache, daß die US-Regierung und ihre Geheimdienste Zugriff auf die verwendeten Schlüssel gehabt hätten, äußerst umstritten.

Auch der Welt größte Computergesellschaft, die Assocation for Computing Machinery (ACM) hatte Ende Juni 1994 gegen den Verschlüsselungsvorschlag mit Clipper Stellung bezogen. ●

Aus: ecegramm, August 1994, Rundbrief HerausgeberInnen: EngagierteComputerExpertInnen (eCE), Postfach 160, A-1015 Wien

NEUE BROSCHÜRE:

Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik

Mit »Der Krieg der Apartheid in Angola und Mozambik« legt das Bonner »Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik« nun seine zweite Broschüre vor. Dabei beschäftigt sich die Broschüre ausführlich mit den Hintergründen der beiden Bürgerkriege in Angola und Mozambik, untersucht, welche Steine bereits in der Kolonialzeit einer friedlichen unabhängigen Entwicklung der beiden Länder nach ihrer späten formalen Unabhängigkeit in den Weg gelegt wurden, und zeigt vor allem auf, wie durch äußere Staaten der Konflikt angeheizt, verlängert und brutalisiert wurde. Gerade hier liegt auch die Berechtigung für den Titel der Broschüre, hat doch neben Zaire und den USA vor allem das Apartheidregime Südafrikas die beiden Contra-Armeen UNITA (in Angola) und RENAMO (in Mozambik) massiv aufgerüstet und ausgebildet und im Falle Angolas auch immer wieder direkt mit eigenen Truppen in den Krieg eingegriffen. Neben den Ursachen der Kriege wird auch auf die Kriegsschäden und -folgen beider Kriege für Wirtschaft und Bevölkerung eingegangen.

Darüberhinaus berichtet die Broschüre über das Scheitern des angolanischen Friedensprozesses nach der Wahl im Oktober 1992 und arbeitet dabei die klägliche Rolle der UNO, die den Friedensprozeß garantieren sollte, heraus. Für Mozambik faxte Frau Semin-Panzer einen Vor-Ort-Bericht zu, in dem sie über die Probleme der Umsetzung der Friedensvereinbarungen vom 4. Oktober 1992 berichtet. Sie zeigt auf, daß sich die Anzeichen für eine nationale »Regierung der Einheit« mehren, wie die beiden Bürgerkriegsparteien immer wieder den Friedensprozeß verzögern und stellt die Probleme und Folgen (beispielsweise Zunahme der Prostitution, bes. der Mädchenprostitution!) des UNO-Einsatzes in Mozambik dar. Weitere Beiträge setzen sich mit dem Minenterror in beiden Ländern auseinander, behandeln die Chancen und Probleme, die mit deutsch-mozambikanischen Schulpartnerschaften verbunden sind und berichten nicht zuletzt über die drohende Abschiebung der noch verbliebenen ehemaligen VertragsarbeiterInnen der Ex-DDR und darüber, wie diese schon in der angeblichen »internationalistischen« DDR diskriminiert wurden.
Zu beziehen bei: Archiv für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, Postfach 1219, D-48349 Everswinkel, Tel. (02582) 93 21. Preis: 5 Mark (Scheck oder Schein, keine Briefmarken) zzgl. 2 Mark Porto.

AUFRUF

Das Land denjenigen, die es bearbeiten

Informationsbüro Nicaragua ● Im Rahmen unserer Nicaragua-Serie drucken wir heute einen Aufruf zur Unterstützung der APT-Betriebe ab.

Die selbstverwalteten Kaffeebetriebe (APT-Betriebe) in Nicaragua benötigen Direktkredite zum Erwerb der ehemaligen Staatsbetriebe. Die Rückzahlungen und die Kreditzinsen sind durch Kaffeelieferungen an die Gepa abgesichert.

Bereits im März 1994 haben 83 Personen bzw. Gruppen aus der BRD Agrocafé, dem Zusammenschluß der Kaffee-APT-Betriebe, 300.000 US-Dollar als Kredit zur Verfügung gestellt. Gelingt es, durch diesen Aufruf weitere 170.000 Dollar bereitzustellen, ist die Finanzierung des gesamten Kaffee-APT möglich.

ENTSTEHUNG DER APT-BETRIEBE

Bereits wenige Wochen nach der Regierungsübernahme durch das Parteienbündnis UNO im Jahr 1990 sollten die noch bestehenden Staatsbetriebe zugunsten der ehemaligen Großgrundbesitzer privatisiert werden. Der Versuch, die feudalen Besitzverhältnisse wiederherzustellen, wurde von den LandarbeiterInnen nicht akzeptiert. Erst nach monatelangen Besetzungen, Streiks und Blockaden wurden den ArbeiterInnen 37 Betriebe mit rund 16.500 ha Gesamtfläche zum Kauf angeboten. Wir haben darüber in dieser Serie ausführlich berichtet.

BEDINGUNGEN FÜR DIE BETRIEBSÜBERNAHME

Sämtliche Kaffee-APT-Betriebe kosten einschließlich der Zinsen insgesamt 6,10 Millionen US-Dollar. Wird der Kaufpreis noch in diesem Jahr gezahlt, halbiert sich die Schuld auf 3,05 Millionen. D.h. die Regierung gewährt einen Rabatt von 50%. Agrocafé wird aus eigener Anstrengung rund 580.000 US-Dollar bereitstellen können. Mit der EDCS-Bank aus den Niederlanden gibt es zur Zeit vielversprechende Verhandlungen für einen Kredit über 2 Millionen US-Dollar.

MODELL DER KREDITVERMITTLUNG

Der/Die KreditgeberInnen schließen mit Agrocafé einen Darlehensvertrag. Agrocafé und die Gepa vereinbaren, für die nächsten fünf Jahre mindestens 69.000 kg Rohkaffee pro Jahr in der BRD zu vertreiben. Agrocafé tritt einen Teil der Kaffee-Erlöse für die Tilgungs- und Zinszahlungen an die Vermittlerstelle FairHandeln! e.V. in Kiel ab. Die Gepa verpflichtet sich, diese Gelder an den Verein FairHandeln! zu leiten. FairHandeln! übernimmt die Auszahlung und Verwaltung der Darlehen.

KREDITKONDITIONEN

Der/Die DarlehensgeberInnen erhalten nach eigener Einschätzung bis zu 6% Zinsen pro Jahr. Die Anlagedauer ist zwischen 1-5 Jahre wählbar. Um die Verwaltung überschaubar zu gestalten, beträgt die Mindestanlage 3.000 DM pro Vertrag. Leute mit weniger Geld können sich gern intern zusammenschließen. Der Darlehensvertrag wird in DM geschlossen, wobei der/die GeberIn einen Umtausch in US-Dollar zum Kurs am Umtauschtag akzeptiert. Für die Zinsund Tilgungszahlungen erfolgt eine Umrechnung von US-Dollar in DM, wobei ebenfalls der Kurs am Auszahlungstag zugrunde gelegt wird. Mit einem Darlehen unterstützen Sie nicht nur die ArbeiterInnen beim Aufbau ihrer Existenzgrundlage, sondern auch ein Modell der direkten und unmittelbaren Mitbestimmung.

Angesichts der stark gestiegenen Kaffeepreise auf dem Weltmarkt bleibt nur zu hoffen, daß der Mehrerlös auch denjenigen zugute kommt, die den Kaffee anbauen. Die Menschen auf den APT-Betrieben werden von den Preissteigerungen ganz direkt profitieren. Grundlage dafür war und ist auch in Zukunft die Möglichkeit zum Kauf der Betriebe.

»Der APT ist nicht automatisch aus der Privatisierung geboren, er ist die organisierte Zusammenfassung der Revolution.« (Jose Adan Rivera, Organisationssekretär der Landarbeiter-Gewerkschaft ATC).

Wir rufen alle Einzelpersonen, Gruppen oder selbstverwaltete Betriebe in der BRD, die den APT durch Kredite unterstützen können, auf, sich für weitere Informationen an FairHandeln! e.V., Kirchhofallee 14, 24103 Kiel, Tel. (0431) 67 10 08, zu wenden. ●

REZENSION

Krisenherd Europa

Das gemeinsame »europäische Haus« scheint sich immer mehr in Krisengebiete, Kriege und antisemitischen Wahn aufzulösen. Seit 1985 finden in Osteuropa politökonomische Umgruppierungsprozeße größeren Ausmaßes statt und Konflikte in Ost- und Westeuropa werden zunehmend renationalisiert und ethnisiert. Dem Nationalismus in »Osteuropa« entspricht in »Westeuropa« ein rassistisch unterfütterter Wohlstandschauvinismus, der sich z.B. in Deutschland als volksgemeinschaftliche Parole vom »Standort Deutschland« äußert. Mit »Krisenherd Europa« bekommt Mensch nun Informationen zu diesen Vorgängen in die Hand.

In den Beiträgen des ersten Teils werden die historischen Ursachen und der Ist-Zustand der regionalen und nationalen Konflikte in den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes (ehemalige Sowjetunion, Ungarn, Tschechien, Slowakei) und im ehemaligen Jugoslawien sowie in einigen Ländern der Europäischen Union (Nordirland, Schottland, Italien, Belgien) behandelt.

Der Band enthält auch theoretische Beiträge: Jürgen Elsässer referiert die Kontroverse zwischen Luxemburg und Lenin zum »Selbstbestimmungsrecht der Nationen«. Aus dem zustimmenden Verhältnis der deutschen Linken zur Nation leitet Elsässer ihr Versagen als Opposition angesichts von Wiedervereinigung und Neo-Rassismus ab. Heiner Möller, wie Elsässer dem antideutschen Spektrum zuzuordnen, beschreibt die Gefahr eines Sonderweges der neuen deutschen Großmacht, die durch die sogenannte Wiedervereinigung einen enormen Schub erfuhr und sieht die Relativierung des Nationalsozialismus als Bedingung für die neuzuschaffende »nationale Identität« der Deutschen an. Wie sich das neu gewonnene Selbstbewußtsein der Deutschen militärisch umsetzt und welche sicherheitspolitischen Konsequenzen die internationalen Umwälzungen für Europa haben untersucht Wilfried Karl.

Vorschläge für politisch antinationale Praxis gibt das Buch kaum, das ist vielleicht auch nicht möglich; der große Vorteil des Buches – neben den theoretischen Beiträgen -ist vor allem die umfangreiche Zustandsbeschreibung, die eine Ausgangsposition für eine noch zu formulierende Opposition sein könnte. Noch eine Anmerkung zum Preis: das Buch ist relativ teuer, inhaltlich ist dieser aber gerechtfertigt. ●

Bernd Hüttner

Andrea Komlosy u.a. (Hg.): Krisenherd Europa. Nationalismus, Regionalismus, Krieg; 432 S., 44 DM; Verlag die Werkstatt Göttingen 1994.

Anzeige

"Schmeiß die Fernsteuerung weg - schalt Dein Radio ein."

Das alternative Medienmagazin

RADIO VON UNTEN

berichtet seit acht Jahren
jeden Monat, in regelmäßigen
Rubriken über:

**Freie Radios in Ost und West,
Musikpiraten, Gegenöffentlichkeit,
weltweite politische Untergrundsender,
internationale Hörfunkentwicklung,
Radio-Technik, aktuelle Bücher, Platten, CDs
und vieles mehr.**

Einzelheft (48 Seiten), 5 Mark,
Jahresabo (12 Hefte frei Haus), 49 Mark,
Aktuelles Probeheft für 3 Mark in Briefmarken

Verlag Rainer Pinkau
Weender Straße 30, 37073 Göttingen,
Tel.: 0551 - 55121, Fax: 0551 - 44871

JOBS

Wir suchen für die **Küchenführung** unseres 60-Betten-Tagungshauses zum 1.1.95 eine Frau. Sie soll fachlich qualifiziert, engagiert und interessiert an eigenverantwortlicher Arbeit sein. Für die Wochenenddienste ist entsprechende Flexibilität notwendig. Die Freude am Kochen soll von Vollwertküche bis Standardkost reichen. Es handelt sich um eine ganze Stelle (38,5 Stunden) mit angemessener, an BAT orientierter Bezahlung. Bewerbungen bitte an / weitere Informationen über:
Haus Einschlingen
z. Hd. Michael Wolf
Schlingenstr. 65
33649 Bielefeld

Selbstverwaltete Tischlerei sucht GESELLIN mit Berufserfahrung im Bereich Möbel-/Innenausbau. Bitte kurze Bewerbungen an:
Abitare GmbH, Adalbertstr. 7/8
10999 Berlin

JOBSUCHE

Wir – zwei krative feministische Soziologinnen – sind wieder frei für ein soziales/alternatives (Forschungs-)-projekt. Forschungs- und Managementerfahrung in ähnlichen Projekten ist vorhanden. Am liebsten wäre uns ein Werkvertrag Tel./Fax (09 41) 2 44 08

Ebi sucht Umschulungsplatz in einem Tischlerei-Kollektiv in Berlin, Anfang 1995. Habe zwei Jahre Kollektiverfahrung im BäckerInnen-Handwerk.
Ebi Afkham
Schaufelderstr. 5
30167 Hannover
☎ (05 11) 71 37 06

PROJEKTE

Finkenburg, Große Land-WG zwischen Verden und Bremen mit Mosterei, Hühner, Schafen und Perspektiven sucht 3-4 MitbewohnerInnen, für die Ökologie und Selbstverwaltung keine Fremdworte sind.
☎ (0 42 04) 14 97

Kleine, alternative Monatszeitung, Nähe Bremen, sucht Praktikantin oder Praktikant für 1-3 Monate Mitarbeit in sämtlichen Bereichen. Unterkunft und Verpflegung ist frei. Interesse und Engagement sind erwünscht, großartige Vorkenntnisse im Mediengeschäft nicht unbedingt nötig (werden vermittelt).
Formlose Bewerbung an:
Torfkurier Verlags-GBR
z. Hd. Elke Paul
Everinghausen 42, 27367 Sottrum

WOHNRAUM STATT WARE

Sozial und ökologisch engagiertes Selbstbauprojekt sucht finanzielle Unterstützung für Zwischenfinanzierung von Kasernenumbau in Tübingen. Informationen über Sinn und Konditionen: Verein zur Förderung gemeinschaftlicher Wohn-und Lebensformen e.V., Reutlingerstr. 90b, 72072 Tübingen
☎ (0 70 71) 3 57 71.

ENERGIE

Wenn die Stromkosten zu hoch sind oder der Sommer zu heiß – dagegen kann man etwas tun. Eine Veringerung des Energieeinsatzes schont die Umwelt und oft auch die Kasse.
Weitere Infos bei:
ENERGIEKONZEPTE
Manfred Ziegler
Berchenstr. 45
78467 Konstanz

FRAUEN

Regionale Frauen-Branchenbücher!
Ende 1994 erscheinen die Ausgaben Ruhrgebiet und Köln/Bonn. Selbständige Frauen, Frauenbetriebe und Projekte können inserieren. Unterlagen anfordern bei:
SCHÖNE AUSSICHTEN e.V.
Gereonshof 36
50670 Köln
☎ (02 21) 91 28 07 80,
Fax 91 28 07 90

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im **voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15.** des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Die Gesundheitspartei Europa (GPS) informiert!

Wer erinnert sich?

Am Dienstag, den 2. August 1994, 12 Uhr, fand vor der Paulskirche in Frankfurt am Main eine Informationsveranstaltung zur Unterstützung der Freilassung von Irmgard Möller aus jahrelanger Haft statt. Es handelte sich damals auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges um einen Anschlag auf die Bombeneinsatzzentrale in Heidelberg, die für die Einsätze der B-52 Bomber auf Hanoi (Vietnam) zuständig war. (Ein abgeschossener B-52-Bomber liegt heute noch als Touristenattraktion für ehemalige Air Force-Mitglieder u.a. vor einer Kinderschule in einem kleinen Teich in Hanoi.)
Die Freilassung wird auch von der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe befürwortet. Leider macht der derzeitige Justizminister in Baden-Württemberg, unterstützt von Heidelberger Staatsanwälten, Schwierigkeiten. Dies ist unverständlich, zumal

1. Der Vietnamkrieg bekanntlich seit langem beendet ist (auch Mercedes plant zur Zeit mit AEG eine Produktions- und Handels-Niederlassung in Saigon (HCM)).
2. Der Vietnamkrieg auf einer betrügerischen Falschinformation des amerikanischen Kongresses durch gekaufte Rüstungs-Lobbyisten beruhte. (Vgl. hierzu die amtlichen Pentagon-Papers) Selbst Nixon teilte die Meinung von McGovern später in seinem Buch zu diesem Krieg, daß es einer der unnötigsten der Weltgeschichte war.

Gewinn gezogen aus den kriegerischen Auseinandersetzungen hat besonders die Firma Boehringer-Ingelheim mit ihrem damaligen Vorstandsmitglied Richard von Weizsäcker, die der US-Firma Dow Chemical das Know-How von Dioxin Agent-Orange zur Verfügung stellte, womit ein Großteil von Vietnam entlaubt und vergiftet wurde. Die Nebenwirkungen dieses Giftes sind heute noch überall, nicht nur in Vietnam evident. Die Besichtigung des Dioxin Agent-Orange Gruselkabinetts im Tu Du Krankenhaus HCM-Saigon mit verstümmelten Föten und Kindern ohne Arme und Beine etc. würde bestimmt auch den derzeitig noch amtierenden Justizminister und seine Staatsanwälte sofort umstimmen. Wenn diese sich dann noch erinnern, daß Herr von Weizsäcker bis heute unbestritten ca. 90 Millionen DM aus seiner Tätigkeit bei dieser Dioxin-Gift Firma Boehringer-Ingelheim "gut" gemacht hat, dann dürfte wohl der Freilassung von Irmgard Möller nichts mehr im Wege stehen.

Gesundheitspartei Europa (GPS), Sprecher Richard Herrmann,
Postfach 41 01 54, 68275 Mannheim, Tel. 0621/10 67 02, Fax 0621/10 67 03

SCHNIPSEL

DER AUFSTAND VON CHIAPAS

Video - VHS - ca. 75 min. - Farbe- dt. Übersetzung

Gezeigt wird die Entwicklung des Aufstands vom Januar bis Juli 1994.
Schwerpunkte sind dabei:
- Aufnahmen aus den Kampfgebieten
- Interviews mit KämpferInnen in Chiapas
- Darstellung der allgemeinen Situation, der Solidaritätsbewegung und der Regierungspartei (PRI) in Mexiko

Der Film wurde zusammengeschnitten aus 2 Videos von „Canal 6 de Julio". Beide Videos sind fast vollständig übernommen worden. „Canal 6 de Julio" ist ein Zusammenschluß von Leuten, die versuchen der offiziellen Berichterstattung in Mexiko etwas entgegen zu setzen. Die meisten Szenen, die im Video zu sehen sind, waren so nie im mexikanischen Fernsehen. Die Videos von „Canal 6 de Julio" werden aber auf öffentlichen Plätzen und auf Informationsveranstaltungen in Mexiko gezeigt.
Der Video (+ Infoblatt) ist für 20,- DM + 4,- Porto erhältlich bei
Emiliano Zapata
c/o Cafe Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

10117 Berlin, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58 (auch Fax); 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 (statt Telefon: Postkarte; 37073 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 69035 Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; 90429 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; 06844 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); 01099 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :

Autonome Frauenseite: 10117 Berlin, Ricarda Buch, Friedrichstr. 165, ☎ (030) 229 17 58; **Alternative Energie/Technik:** 10999 Berlin, Wuseltronik, Christian Lutz, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe:** 10999 Berlin, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Genossenschaften:** 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Handwerk:** 69035 Heidelberg, Andreas Küstermann, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 60 78; **Jugendumweltbewegung:** 37073 Göttingen, Peter von Rüden, Rasmus Grobe, Güterbahnhofstr. 10, ☎ (0551) 48 71 03, Fax (0551) 48 71 04; **Sozialpolitik:** 80337 München, AG SPAK, Dieter Koschek, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77 (Fax); **Naturkost:** 49008 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** 67434 Neustadt/Weinstr., Elisabeth Voß, Jahnstr. 11, ☎ (06321) 73 91, Fax (06321) 3 47 01
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

Mailbox:
CONTRASTE-LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

SONSTIGES

Ich will mich von älteren Exemplaren von Wandelsblatt & CONTRASTE trennen. Gebe ab: von Nr. 1 (Okt. '84) bis Nr. 62 (Nov. '89) – leider fehlt Nr. 9/11/17/22/23/38/54. Alles gegen Portoersatz.
Gerhard Wimmer, Bergiusstr. 44
86199 Augsburg
Das CONTRASTE-Archiv kann in diesem Fall die fehlenden Ausgaben beisteuern (gegen 15 Mark Unkostenersatz).

Solidarisch handeln–
Cuba unterstützen
Wir beschaffen Ersatzteile für die cubanische Basisindustrie, z. B.:
- Druckindustrie
- Textil
- Ernährung
- Industriegase
- Landwirtschaft

Taller de la solidaridad
Solidaritätswerkstatt e.V.
Ludwigshöhstraße 42
6100 Darmstadt
Telefon und Fax 0 61 51/6 40 56
Spendenkonto:
Postgiro Frankfurt am Main
BLZ 500 100 60 Kto 48 78 02 603
Bitte angeben, ob Spendenbescheinigung erwünscht

Antifaschistischer Taschenkalender 1995

**240 Seiten, DM 11,50,
ISBN 3-928300-23-7**

Ab Anfang September in jeder guten Buchhandlung, in eurem Infoladen, bei eurer Antifa oder bei uns:

Antifa-Kalendergruppe, c/o unrast, Postfach 8020, 48043 Münster.

WiederverkäuferInnen erhalten Rabatte!

Täglich links:

Die Tageszeitung **junge Welt**

Jetzt im Test-Abo:
Die ganz
neue Art Tageszeitung

Ja *ich bestelle die "junge Welt"*

für 4 Wochen zum Test-Preis von 15 DM (nur Vorkasse/Scheck, Briefmarken, bar).

Name ....
Str./Nr. ....
PLZ/Ort ....
Unterschrift ....

Das Test-Abo darf einmalig wahrgenommen werden. Wird der Bezug nicht vor Ablauf der 3. Testwoche gekündigt, wandelt sich das Test-Abo in ein reguläres Abonnement um. Ich kann diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen nach Absendung (Poststempel) schriftlich widerrufen bei: Junge Welt-Vertrieb, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin

*Datum/
2. Unterschrift* ....

Coupon und 15 DM einsenden an: Junge Welt, Postfach 39, 12414 Berlin

Selbständig. Ständig sicher?

Berufsunfähigkeitsversicherung mit ökologischer Kapitalanlage

- Die Rundum-Versicherung für Selbständige und Freiberufler: **Berufsunfähigkeitsrente Familienabsicherung Altersversorgung** sind abhängig vom Einkommen und Familienstand flexibel kombinierbar.
- Besonders günstige Leistungen durch unseren ökowerk-Rabatt!
- Sicherheitsgarantie durch die

Swiss Life
Schweizerische Rentenanstalt

Bitte schicken Sie mir den
○ Angebotsprospekt ökowerk-Sicherheitsplan
○ Selbstdarstellung ökowerk e.V.

Name Vorname
Anschrift
Beruf Telefon

Info-Coupon bitte an:
Berufsverband der ökologisch arbeitenden Selbständigen. und Freiberufler im ökowerk e.V.
Fichtenstraße 42, 40233 Düsseldorf
Telefon 0211/9737150, Telefax 0211/9737110

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TISCHLERINNEN

Das 5. Bundesweite Tischlerinnentreffen findet in diesem Jahr vom 23. bis 25.9. in der Nähe von Kassel statt. Informationen dazu bei: Fiona Dancy, Kirchweg 1, 34269 Kaufungen.

HESSEN-REIHE

Social-Marketing und Corporate Identity
Der ganzheitliche Blick auf die Arbeit.
Social-Marketing ist Planung, Organisation, Durchführung und Kontrolle von Marketing-Strategien und -aktivitäten, die zielgerichtet auf die Lösung sozialer und/oder wirtschaftlicher Aufgaben gerichtet sind. Corporate Identity bezeichnet das Selbstbild einer Organisation und meint die Teilbereiche
- Verhalten (Produkte, Dientsleistungen)
- Kommunikation nach innen und außen
- Erscheinungsbild (Logo, Räume, MitarbeiterInnen)

Zielgruppe sind (leitende) MitarbeiterInnen von sozialen, ökologischen und kulturellen Initiativen und Projekten.
Leitung: Marie-Luise Jung, Frankfurt
Termin: 16./17.9 1994, Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt

Mensch – Maschine – Macht
Neue Technologien und ihre Auswirkungen. Computer in Alternativbetrieben sind heute schon (fast) keine grundsätzliche Frage mehr. Doch wofür neue Informations- und Kommunikationstechnologien alles eingesetzt werden, löst berechtigterweise Diskussionen aus. Sowohl betriebswirtschaftliche, arbeitsorganisatorische und oft auch strukturelle Fragen spielen dabei eine Rolle.
Das Seminar richtet sich an MitarbeiterInnen, die vor der Einführung neuer Technologien stehen oder deren Einsatzbereich erweitern wollen sowie an solche, die ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet reflektieren wollen. Ziel ist das gemeinsame Erarbeiten einer Checkliste der Fragen und Themenkomplexe rund um die Einführung von neuen Technologien.
Leitung: Thomas Hardwig, Soziologe
Termin: 23./24.9. 1994, Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt

Corporate Identity
Das Bewußtsein bestimmt den Auftritt, Fremd- und Selbstbild selbstverwalteter Betriebe. Corporate Identity (CI) als Betriebs- oder Organisationsidentität, als ganzheitliche Form der Öffentlichkeitsarbeit und Strukturierungshilfe – zugeschnitten auf die Bedürfnis von MitarbeiterInnen aus marktorientierten Betrieben (Gewerbe, Handel, Dienstleistung).
Themen: Betriebsphilosophie und ihre Auswirkung nach innen und außen, Corporate Design (Erscheinungsbild), Werbung und PR, wahrnehmbares Verhalten.
Leitung: Burghard Flieger, Diplomvolkswirt und Soziologe
Termin: 7./8.10. 1994, Ökozentrum, Schäfergasse 46, Frankfurt

Kooperation statt Konkurrenz
Branchenspezifische Vernetzung am Beispiel der Holz-Branche. Ein Zusammenschluß verschiedener Betriebe ist umso handlungsfähiger, je mehr gemeinsame Interessen die PartnerInnen miteinander verbinden.
Themen: Lernen aus den Stärken der Anderen, Ressourcen effizienter nutzen (z.B. gemeinsamer Einkauf), gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.
Leitung: Andreas Küstermann, Schreinermeister; Doris Lehmann, Arbeitskreis Ökologie und Handwerk
Termin: Sa. 1.10., 19.11. 1994, Holzwerkstatt Filou, Wiesbaden
Anmeldung & Informationen:
AG Seminarreihe im VSBH
Karin Schröder
Lindenstr. 33a, 36037 Fulda

NETZ

»Betriebliche Finanzplanung
Um den wachsenden Anforderungen einer soliden Unternehmensfinanzierung gerecht zu werden, müssen UnternehmerInnen oder ExistenzgründerInnen durchaus keine »FinanzexpertInnen« oder »RechenkünstlerInnen« sein.
Grundkenntnisse der Unternehmensfinanzierung sind jedoch eine unbedingt notwendige Voraussetzung, um möglichen Liquiditätsengpässen begegnen zu können, eine solide Unternehmensentwicklung zu gewährleisten und mit Banken erfolgreich zu kooperieren.
Anhand praktischer Beispiele sollen diese Grundkenntnisse der Finanzierung und Finanzplanung dargestellt, erläutert und diskutiert werden.
Termin: 22./23.9.94
Kosten: 300 DM (240 DM für netz-Mitglieder)
Ort: Düsseldorf

Controlling in kleinen Einzelhandelsbetrieben
Controlling als betriebliche Denkphilosophie beschäftigt sich mit Zahlentransparenz, mit dem Setzen von Zielen und der Umsetzung in Pläne. Controlling ist nicht mit Kontrolle zu verwechseln; es ist kein Instrumentarium, um Mitarbeiter zu kontrollieren – schon gar nicht in kleinen selbstverwalteten Betrieben. Controlling zu machen bedeutet vielmehr. dafür zu sorgen, daß alle MitarbeiterInnen sich selbst kontrollieren können.
Dieses Seminar will die eintägige Vermittlung theoretischer Grundlagen verbinden mit der Vorstellung und Erörterung einer Anwendung in der Praxis. Vorgestellt wird ein Controlling-System eines Essener Naturkostladens. Zum Ausklang des zweiten Tages ist ein Besuch im Laden vorgesehen.
Termin: 19./20.10.94 in Essen
Kosten: 300 DM (für netz-Mitglieder 240 DM)

Anders Arbeiten – anders Entscheiden
Oft werden die Prozesse der Entscheidungsfindung in selbstverwalteten Betrieben/Projekten als aufreibend und schwierig empfunden. Konsensentscheidungen für Alles und Jedes sind meist zu langwierig und Entscheidungen von Einzelnen erweisen sich nicht als durchsetzbar.
Es gibt nicht die ideale Organisationsform oder die ideale Entscheidungsstruktur, sondern jeder Betrieb muß sie entsprechend seiner individuellen Gegebenheiten und Anforderungen entwickeln.
Die Entscheidungsfindung in der Gruppe als Prozeß betrachtet, ist die Voraussetzung, um dafür auch Methoden und Techniken entwickeln zu können. An konkreten Beispielen der TeilnehmerInnen wird gemeinsam erarbeitet, wie Entscheidungen zustande kommen und welche Alternativen sich anbieten.
Termin: 27./28.10.94 in Niederkaufungen
Kosten: 170 DM (130 DM für netz-Mitglieder)

Die Rechtsform GmbH
Tagesseminar am 18.10.94 in München
Kosten: 150 DM (120 DM für netz-Mitglieder)
Information & Anmeldung:
netz für Selbstverwaltung
und Selbstorganisation
Börnestr. 10
40211 Düsseldorf
☎ (02 11) 164 95 83
Fax (02 11) 35 15 91

JUGENDUMWELTBEWEGUNG

anders leben – anders arbeiten
Die vorgeszeichneten Bahnen befriedigen vor allem junge Leute immer weniger. Ökologische Krise, extrem ungleiche Lebensbedingungen auf der Erde, Konsumorientierung, Trennung von Arbeit, Politik und Leben, Vereinzelung und Hierarchien sind prägend für unsere Industriegesellschaft. Auf diesem Seminar wollen wir lebbare Alternativen vorstellen. Kommunen, selbstverwaltete Betriebe, Ansätze von gemeinsamer Organisation des Alltags wie Food Coops und Kinderläden sind Beispiele für Anfänge einer herrschaftslosen Gesellschaft, wie sie in libertären Theorien beschrieben wird. Ein EinsteigerInnen-Seminar für junge Leute, Kostenpunkt jeweils 30 bis 50 DM nach Selbsteinschätzung.
Termine, Ort und jeweilige Anmeldeadresse:
16.-18.9.94 Ort n.n., JUB Göttingen
9.-11.12.94 Ökostation Deister-Vorland, Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, Verden
Weitere Infos bei:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung, Kerstin Rabenstein, Esmarchstr. 42c, 22767 Hamburg

Gründung von Projektwerkstätten
Projektwerkstätten und Jugendumweltbüros sind Häuser oder Räume, die für Umwelt-Projektarbeit ausgestattet sind. Bibliothek, Layoutwerkstatt, Platz für Treffen, Archive... Die Möglichkeiten sind vielfältig.
Jugendumweltbüros und Projektwerkstätten werden von den NutzerInnen selbstverwaltet, Entscheidungen von denen getroffen, die sie betreffen. Es gibt keine Vereinsmeierei, Paragraphen und Vorstände. In Projektwerkstätten laufen örtliche, regionale, landes- und bundesweite Projekte, ganz nach den Interessen der NutzerInnen. Vor allem helfen Projektwerkstätten örtlichem Engagement auf die Sprünge. Engagierte Gruppen und Einzelpersonen bekommen eine Plattform zum Aktiv werden, die Kontinuität und Motivation fördert.
Das Seminar soll helfen, selbst eine Projektwerkstatt gründen zu können. Organisationstips, Erfahrungen aus der Praxis aber auch rechtliche und finanzielle Grundlagen stehen auf dem Programm.
Termin: 30.9. bis 2.10.94 in Koblenz
Kosten: 30 bis 60 Mark (Selbsteinschätzung)
Anmeldung & Information:
Jugendumweltbüro Göttingen
Güterbahnhofstr. 10
37073 Göttingen

EVG

Vernetzungsformen in der Direktvermarktung – Rechts- und Organisationsfragen in EVG's
Eine Möglichkeit neben anderen, Direktvermarktung zu organisieren, besteht in der Bildung von Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Sie sind geeignet, Vertrauen und Solidarität zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen zu fördern und das alte Mißtrauen abzubauen. Aber welchen rechtlichen Rahmen braucht dieser gute Vorsatz? Welche Absicherungen, Versicherungen, Verträge sind trotz eines guten Vertrauensverhältnisses nötig?
Welche Organisationsformen sorgen am besten für einen reibungslosen alltäglichen Ablauf in der Direktvermarktung?
In Ostdeutschland bilden sich neben EVG's noch andere interessante Formen der Verbindung von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen. Jörn Kutzner wird die Vernetzungsformen vorstellen.
Antonio Basetto berichtet über die Möglichkeiten, in der Vermarktung mit italienischen Kooperativen zusammenzuarbeiten.
Termin: 14./15.10.94 im Werkhof Lübeck
Kosten: 50 DM
Information & Anmeldung:
Hannelore Köhler
Ev. Jugendbildungsstätte Asel
26409 Wittmund
☎ (0 44 62) 52 89 u. (0 49 41) 6 41 73

Anderes Wirtschaften hat Zukunft

netz
Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:
netz-Bundesverband
Huckarder Str. 10-12
44147 Dortmund
Tel.: 0231/16 24 76
Fax: 0231/16 27 98

MEDIEN

Das elektronische Dorf – Der Himmel hängt voller Satelliten
In Europa strukturiert sich seit Jahren die Medienlandschaft völlig neu. Die politischen Grenzen sind durchlässiger geworden und die Sende- und Empfangszonen von Fernsehsatelliten decken sich längst nicht mehr mit nationalen Räumen. Das Massenmedium Fernsehen zählt zu den expansivsten Wirtschaftsfaktoren in Europa. Internationale Verflechtungen und Konzentration prägen den Medienmarkt.
Was bedeutet dieser europäische Medienwandel für die Sicherung der Meinungsvielfalt und für die gesellschaftlichen und kulturellen Aufgaben und Möglichkeiten des Rundfunks?
Die VeranstalterInnen wollen auf dieser Medientagung eine europäische Bestandsaufnahme über die medientechnischen – und medienpolitischen Entwicklungstendenzen vornehmen und nach Bewertungen und Gestaltungsmöglichkeiten suchen.
Parallel zu dem kommerziellen Mainstream auf dem Medienmarkt entwickeln sich in Europa gemeinnützige, lokale und regionale Radio- und Fernsehstationen. Sie ermöglichen dem einzelnen medienpraktische Erfahrungen und neue Zugänge in eine meist lokale Öffentlichkeit. Die Relevanz dieser Beteiligungschancen an den Medien für eine demokratische Entwicklung in der (europäischen) Gesellschaft, aber auch für eine gewerkschaftliche Arbeit kann beispielhaft an den langjährigen Erfahrungen aus den Niederlanden und Dänemark erörtert werden.
Auf diesem Erfahrungshintergrund können Perspektiven einer zukunftsorientierten gewerkschaftlichen Medienarbeit zwischen kommunikativen, partizipatorischen und Öffentlichkeitswirksamen Anforderungen in den Gewerkschaften diskutiert werden.
Ein Blick auf die Informationsflüsse und Machtkonstellationen im Nord-Süd-Verhältnis bettet Fragestellungen zur »Info-Übermacht« des Nordens und daraus resultierende alternative Medienprojekte und jüngste internationale Vernetzungsansätze in die Medientagung ein.
Termin: 2. bis 4.11.94
Information & Anmeldung:
bis 23.9.94
DGB-Bildungszentrum
Am Homberg 46-50, 45529 Hattingen
Tel. (0 23 24) 50 95 22/81

KULTUR

Kultur – Markt – Politik
Kulturverwaltung und Kulturfinanzierung im Wandel
Fachtagung vom 27. bis 28.9.94 im Film- und Kulturzentrum PENTACON Dresden.
Pogramm und Anmeldung:
Kulturpolitische Gesellschaft
Stirnband 10, 58093 Hagen

MAILBOX & PGP

Sicherer Datenaustausch für den Betrieb
In diesem viertägigen Seminarprogramm für Verantwortliche und Fachleute aus Betrieben wird ein Intensivkurs in Datenfernübertragung und Fragen der Datensicherheit geboten:
- Eine Einführung in die Geschichte, Struktur und Besonderheiten verschiedener Mailboxnetze. Hierbei sollen Gesichtspunkte wie betriebswirtschaftlicher Nutzen und Zuverlässigkeit und Sicherheit des Datentransfers gleichermaßen behandelt werden.
- Eine Vorstellung verschiedener sogenannter »Offline-Message-Reader« (Kommunikationsprogramme, die dadurch kostensparendere Datenübertragung ermöglichen, daß sie »Offline«, d.h. ohne ständigen Telefonkontakt funktionieren). Auf Wunsch können solche Programme auch auf dem mitgebrachten PC eingerichtet werden.
- Eine Vorstellung verschiedener Datenbanken sowie die beispielhafte Recherche in einer Datenbank.
- Eine Erklärung des besonderen Nutzens des Verschlüsselungsprogramms PGP für die Datensicherheit im Betrieb bzw. auch für die Verbindlichkeit der Wirtschaftskommunikation im Geschäftsverkehr (»elektronische Unterschrift«).

Das Seminar wird geleitet von Abel Deuring und Kurt Regenauer (Beratungsbüros Südschiene) und kann ab August 1994 wahlweise in Bielefeld, Dresden, Heidelberg oder Nürnberg abgehalten werden.
Es wird von einer Teilnahme von 10 bis 15 Leuten ausgegangen (Limit). In Baden-Würtemberg findet die erste Veranstaltung ab 14. Oktober 18 Uhr in Kooperation mit dem Netz-Landesverband in den Verlagsräumen von CONTRASTE statt.
Teilnahmegebühr: ohne PC – DM 100,–, mit eigenem PC – DM 50,–
Anmeldeschluß: 15.9.1994
Anmeldung: bei CONTRASTE in Heidelberg
☎ (0 62 21) 16 24 67
Fax: 164489
E-Mail ContrasteLink-N.cl.sub.de

FRAUEN

FRAU UND ARBEIT

Die Medien besser nutzen
Pressearbeit
1./2.10.1994
Ich will alles
Vielfalt und Gleichgewicht in der Lebensplanung
10. bis 14.10.94
Ich gestalte meine Zeit selbst!
Zeitgestaltung und Zeitmanagement
14. bis 16.10.94
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
20146 Hamburg
☎ (0 40) 44 49 60

WERKSTATT ESSEN

»Das Chaos ist weiblich« – Feministisches Management
Die Zusammenarbeit von Frauen in selbstverwalteten Betrieben, die ihres Versuchscharakters wegen auch Projekte genannt werden, hat nun schon eine zwanzigjährige Geschichte. Immer noch ist die Bedeutung solcher Projekte eine politische: Frauen wollen eine Alternative zu herkömmlichen Arbeitsverhältnissen entwickeln.
Wenn aber im alltäglichen Kampf um Marktanteile, Stellen und Geld immer neue Aufgaben zu bewältigen sind, ist oft keine Zeit, die im Projekt oder Betrieb überlieferten Wertvorstellungen und Strukturen zu überdenken und der Entwicklung anzupassen.
Das Seminar richtet sich an Frauen, die den Zusammenhang zwischen politischer Motivation und innerer Struktur und Kommunikation besser verstehen wollen, die sich professionelles Arbeiten wünschen, ohne die Radikalität des Anspruchs auf selbstbestimmtes Arbeiten und Leben aufzugeben.
Das Seminar, daß in Kooperation mit der Ökologiestiftung NRW, Dortmund durchgeführt wird, findet vom 7. bis 11.11.94 in Kescheid (Westerwald) statt.
Programm ist kostenlos anzufordern beim Werkstatt-Bildungswerk e.V., Grendelplatz 4, 45266 Essen.
☎ (02 01) 51 22 59

Frauennetzwerk Kiel

Feministische Bildungsarbeit – Ein Weg der Befreiung durch Wahrnehmung, Wissen und Erkenntnis
Feministische Bildungsarbeit ist für uns bewußtseinsintensivierende und -verändernde Praxis. Es geht um das Bewußtsein, daß Frauen sich entscheiden können, ob sie den herrschenden Diskurs repräsentieren und damit den Status quo erhalten, oder ob sie schöpferisch im Sinne einer Befreiung tätig werden wollen.
Welches sind die Ziele, Methoden, und Inhalte, mit denen wir im Kontext von Bildungsarbeit zur Frauenbefreiung beitragen wollen? Welche Freiheit wohin? Welche theoretischen Ansätze legen wir unserer Arbeit zugrunde? Widersprechen die institutionellen Bedingungen einer solchen Bildungsarbeit oder wie kann feministische Bildungsarbeit in Institutionen der traditionellen Erwachsenenbildung Gestalt gewinnen, wie in Frauenprojekten? Können Bildungsprozesse von therapeutischen Prozessen unterschieden werden?
Kurz gesagt: Es geht zunächst einmal um Selbstreflexion und Standortbestimmung und im weiteren um die Auseinandersetzung mit existierenden Konzepten und theoretischen Ansätzen.
Wir arbeiten analytisch und intuitiv, gehen von der Selbsterfahrung aus und berücksichtigen in der Methodenwahl die Ebenen Körper, Psyche und Geist.
Bildungsurlaub vom 9. bis 14.10.94
Anmeldungen:
Frauennetzwerk
zur Arbeitssituation e.V.
Schaßstr. 4, 24103 Kiel
☎ (04 31) 67 88 30

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

— **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

— **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

— **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1